

Essays  
von Gerd Eisenbeiß  
ab Februar 2024

Veröffentlicht auf dem  
Blog der Republik

(Version 8.05. 2025)

[www.blog-der-republik.de/author/gerd-eisenbeiss](http://www.blog-der-republik.de/author/gerd-eisenbeiss)

## Inhalt

56 Schamlos: Lösung zulasten Dritter .....	5
55 Russische Erzählungen zu 1945 .....	6
54 Nuklearträume .....	7
53 Zwei Looser.....	9
52 Rentenlogik.....	11
51 Schützt die Akzeptanz.....	13
des Grundgesetzes.....	13
50 Das US-Handelsdefizit - Trumps .....	14
Händelpolitik.....	14
49 Verzweifelt .....	16
48 Grüne Fernwärme .....	18
47 Trumps Ängste.....	20
46 Über das Funktionieren der Demokratie im 21. Jahrhundert .....	21
45 Trump im Caesarenmantel .....	23
44 2025 Wie es kommen kann!.....	25
43 Kernenergie im Wahlkampf .....	31
42. Magdeburg .....	33
41. Eine tragische Strategie.....	34
40. Syrien: nur ein Zwischenruf .....	35
GE, im Dezember 2024 .....	35
39. CO2: Historische Schuld oder arglose Ursache? .....	36
38. COP29 in Baku .....	38
37. Die (un)heimliche Landnahme .....	40
36. Eine kleine Menschheitsgeschichte .....	41
35. Donald post portas .....	43
34. Schmeißt sie raus! .....	45
33. Zum Nobelpreis für Wirtschaft .....	46
32. Klimaschutz nach dem 5. November .....	48
31. Über den Volkswillen .....	50
30. Kanzler führe! .....	53

29. 17 Prozent .....	53
28. Militärische Sicherheitsinvestitionen in Deutschland .....	56
27. Kurzanalyse der Landtagswahlen .....	58
im September .....	58
26. Vor 30 Jahren: Präsident Mandela .....	59
25. Draghis WUMMS und Europas Zukunft .....	61
24. Migration - unser Schicksal .....	63
23. Arbeitskräftemangel .....	65
22. Die islamische Teilwelt vor (un?)gewissen Entwicklungen .....	67
21. Verhandeln über die Ukraine .....	68
20. Keine Demokratie .....	72
ohne Anstand und Vertrauen .....	72
19. Sichere Stromversorgung .....	75
braucht keine Batterien, aber der Verkehr! .....	75
18. Arbeitszeitverkürzung- .....	76
Unrealistische Ideen .....	76
17. Olympisches - schneller, weiter, höher! .....	78
16. Trumps Redenschreiber – aufgedeckt .....	79
15. Russland muss Klimaschutz fürchten! .....	80
14. Ein verärgertes Zwischenruf .....	81
13. Migration: .....	82
Was taugt das Ruanda-Model? .....	82
12. Selbstfahrende Autos – aber .....	84
bitte nur in einer Welt ohne Feinde .....	84
11. Wo leben wir eigentlich? .....	85
Zwar nicht im Paradies, aber .....	85
10. Sozialen Frieden sichern .....	87
Erbschaften besteuern .....	87
9. Donald ante portas .....	88
8. Technologieoffenheit .....	91
Es könnte ein positiver Begriff sein .....	91
7. Abendland – Morgenland .....	93

Christentum – Islam .....	93
6. Israel - von der Gründung in eine gefährdete Zukunft.....	97
<b>5. Terror – Nur ein Zwischenruf im Elend und Propagandagetöse um Krasnogorsk</b> .....	<b>100</b>
4. Russland. Ein paar Beobachtungen und Gedanken zum Verständnis mit einem unwahrscheinlichen Schluss - auch für Putin .....	100
3. Gelingt eine friedliche Wende.....	103
zu Globaler Nachhaltigkeit? .....	103
2. Gaza und Ukraine .....	108
Unrealistische Gedanken? .....	108
1. Was Deutschland seinen großen Zielen schuldig ist.....	110

# 56 Schamlos: Lösung zulasten Dritter

GE, im Mai 2025

Die USA, sicher der reichste unter den großen Staaten der Welt, glaubt mit bisher stabiler Mehrheit, von anderen ausgebeutet zu werden und einen unerfüllten Bedarf nach Größe zu fühlen. So wählte es im November 2024 einen Präsidenten, der völlig schamlos auf sich selbst als den Größten und Wunderbarsten zeigt – Weltenherrscher (neuerdings auch mit Papst-Allüren).

Und es folgt einem Führer, der alle Lösungen darin sieht, Vorteile für echte Amerikaner zu Lasten Dritter zu versprechen und realisieren zu können. Dieser Appell an unbedingten Egoismus eines möglichst weißen Amerikas verfängt, obwohl ähnlich hohe religiöse Glaubensintensität wie die „christlichen“ USA nur Pakistan oder Guatemala aufweisen. Man hat den Eindruck, dass es in solch glaubensintensiven Gruppen weniger darauf ankommt, gut zu den Menschen zu sein als zu Gott, also den Propheten nicht zu beleidigen oder sexuell unberührt in die Ehe zu gehen. Dabei sind die einzelnen Mitglieder auch solcher Gruppen durchaus hilfsbereit gegenüber Armen oder anderen Benachteiligten, aber eben individuell und nicht als Gruppe. Kann man das Knie-an-Knie-Treffen zwischen Selenskyj und Trump in Rom auch so interpretieren, dass es Auge-in Auge eben auch Trump schwer fällt, Gemeinheiten zu vertreten, die ihm im Oval Office, umgeben von seinen Vasallen, vor einer Massenversammlung oder in einem Tweed regelrecht Spaß machen.

Was weite Kreise in Westeuropa mitunter an zu viel Moral in der Innen- und Außenpolitik fordern, hat die Trump-Mehrheit in den USA definitiv zu wenig.

Nun habe ich vor den Wahlen in USA und Deutschland auf diesem Blog eine Analyse „Nur 17 Prozent“ veröffentlicht, in der ich die Methoden der fast überall reüssierenden Rechtsnationalisten beschrieben habe, wie sie ein Schleppnetz für alle Unzufriedenen und sektiererischen Außenseiter ohne Rücksicht auf konsistente und realistische Problemlösungen aufbauen und betreiben. Das stößt auch seröse Konservative zunehmend ab und öffnet Karrierepfade für immer radikalere Personen und Ziele; das kann man sehr gut in der Entwicklung der US-Republikaner oder auch der AFD erkennen.

Und die versprochenen Problemlösungen appellieren grundsätzlich an den Egoismus der Menschen, denen Vorteile zulasten Dritter verheißen werden, also Minderheiten, Ausländern, Andersgläubigen und insbesondere „abgehobenen Eliten“, die „das Volk verraten“. Der deutsche NAZI-Faschismus vor 100 Jahren lässt grüßen.

Da die versprochenen Problemlösungen zulasten Dritter in der Regel in demokratisch rechtsstaatlichen Ordnungen nicht realisierbar sind, ist die in Trump-USA, PIS-Polen, Netanjahu-Israel oder Orbán-Ungarn zu besichtigende Strategie an die Macht gekommener Populisten, einen Vorrang der Politik gegenüber dem Recht zu fordern und wie Trump durch Ignorieren der Gerichte zu praktizieren.

Der Druck, das bestehende Recht zu ignorieren, ist umso größer, je schamloser man die Probleme der Gesellschaft im Kampf um die Macht dramatisiert hat, um die allgemeine Unzufriedenheit zu steigern und damit den Erfolg des ausgelegten Schleppnetzes zu fördern. Dem bietet der Populist dann seine eigene kraftstrotzende Führernatur an, was immer wieder verfängt.

Haben dann die gewonnenen Anhänger ihre politische Identität an eine solche Person und Partei gebunden, vielleicht mit Trotz oder gar Stolz auf ihre Eigenständigkeit gegenüber dem „System“, bemerken sie nicht mehr, wie sich der Charakter ihrer Partei verschiebt. Insbesondere glauben wohl viele nicht – oder sie verdrängen es -, was die Parteiführung mit der angestrebten Macht anstellen wird. So hat die PIS in Polen vor ihrem ersten Wahlsieg nicht gesagt, welchen Umbau der demokratischen Ordnung sie plante. Auch Weidel/Krah/Höcke und Kickl verbergen hinter Deuschtümelei, Migrationsstopp und Remigration das Regierungs- und Staatsmodell, mit dem sie als „Volkskanzler“ herrschen wollen.

Wie in Ungarn und USA bestehen die Instrumente faschistoider Rechtsparteien darin, zuerst die seriösen Medien durch Beschimpfungen und Diffamierung als Lügenpresse unglaubwürdig zu machen, ja Hass zu schüren auf ehrliche Journalisten, Andersdenkende und Ausländer. Zu beobachten ist auch der Versuch, reiche Autokraten-Freunde zum Kauf kritischer Medien zu bewegen. Schließlich werden auch Gerichte und Richter beschimpft und diffamiert, bis man sie einfach ignoriert wie Trump

oder entlässt wie in Polen unter PIS, um gefügte Parteigänger einzusetzen. Ist die Unabhängigkeit wettbewerblich freier Medien auf ein Minimum reduziert wie auch in Russland, ist das Rechtswesen der Regierung unterstellt wie in Russland und Türkei inoffiziell aber effektiv, dann steht der Alleinherrschaft nichts mehr im Wege. Dass die polnischen Wähler 2023 gerade noch die demokratische Kurve gekriegt haben, beruhigt nicht, weil sich die PIS bis heute nicht entscheidend geändert hat; am 16. Mai wird die Präsidentenwahl zeigen, ob sie trotz der gemachten Erfahrung in früheren Amtszeiten wiederkehrt wie Trump. In nächster Zeit wird auch die Entwicklung in Italien und der Slowakei zu beachten sein sowie die Stichwahl in Rumänien am 18. Mai, wo die 41% für den rechtradikalsten Kandidaten in der ersten Runde Schlimmes für die weitere Entwicklung der EU befürchten lässt; ähnlich katastrophal ist der Nachwahlsieg der Farage-Partei sowie die Entwicklung bei den immer radikaleren Konservativen in England.

Haben faschistoide Parteien die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit gerupft, bleiben drei Strategien zur Vollendung (bei Putin zu besichtigten):

- die Regierung präsentiert sich als Vollstrecker des reinen, homogenen „gesunden“ Volkswillens
- Opposition wird als Verrat am Volk oder gar Terrorismus geächtet (bei Trump und Erdogan schon Realität)
- Ausland und Ausländer sind grundsätzlich Feinde (Ausnahme: befreundete Autokraten).

Nun könnte man sich die Haare raufen, weil diese Strategien zulasten Dritter zurzeit eher mehr als weniger Anhänger finden. Die Entwicklung nach den ersten 100 Tagen Trumpregierung ist gemischt: Trumps „job approval“ steht bei – 6% (am 6. 5.), Australien und Kanada haben in nationalen Wahlen die Trump-Bewunderer und Imitatoren klar abgewiesen, in Europa ist tragischerweise das Gegenteil zu beobachten, etwa bei Le Pens RN in Frankreich sowie bei AFD in Deutschland und FPÖ in Österreich, die nach den letzten Wahlen sogar noch zugenommen haben, so dass man wieder vor den Deutschen Angst haben muss – auch um die Deutschen!

Man muss schon fragen: Was läuft in Europa so gründlich schief, wo doch jeder sieht, dass man zwischen einem feindlich-aggressiven Russland und den zumindest völlig unzuverlässigen USA nur gemeinsam stark genug ist, Freiheit sowie wirtschaftliche und ökologische Interessen einigermaßen zu wahren?

## 55 Russische Erzählungen zu 1945

GE, im April 2025

Die Gedenkveranstaltungen an das Ende des 2. Weltkriegs auf den Seelower Höhen und in Torgau sollten auch daran erinnern, dass Deutschland nicht nur von den NAZIs befreit wurde, sondern zugleich im nordöstlichen Teil einer sowjetisch aufgezwungenen Diktatur ausgeliefert wurde.

An diesem Sieg über NAZI-Deutschland haben allen voran die „angelsächsischen“ Mächte USA, England, Kanada mitgewirkt, die Sowjetunion dürfte ihren Anteil am Sieg nicht unwesentlich dem „Pacht- und Leihvertrag“ mit den USA verdanken, der sie mit Waffen aller Art unterstützt hat. Dazu ist in Wikipedia zu lesen:

Ende 1941 stand die Sowjetunion kurz vor dem ökonomischen Kollaps. Die wichtigsten Industrie- und Landwirtschaftszentren des Landes, u.a. der „Brotkorb“ Ukraine und große Teile des Zentrums der Schwerindustrie, des Donezbeckens, das in der Bedeutung dem Ruhrgebiet für

Deutschland gleichkam, waren besetzt. Zwar wurde ein großer Teil der Industrieanlagen Ende 1941 nach Osten evakuiert und so dem deutschen Zugriff entzogen, doch dauerte es, bis die hinter dem Ural in den Weiten des Landes wiedererrichteten Werke den daraus resultierenden Produktionseinbruch ausgeglichen hatten. Die Lebensmittelversorgung für 65 Millionen von den 130 Millionen Menschen in den verbliebenen Gebieten fiel aus. Die Zufuhr von Eisenerz, Kohle und Stahl fiel um 75% und die Versorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen, wie Aluminium, Mangan oder Kupfer um mehr als zwei Drittel. Vom einstmaligen Rohstoffreichtum verblieben nur noch Holz, Öl und Blei.

An Waffensystemen erhielt die Sowjetunion bis 1945 von den USA u.a.: 14.795 Flugzeuge, 7056 Panzer, 8218 Flakgeschütze, 131.633 Maschinengewehre, 105 U-Boot-Jäger, 197 Torpedoboote, 15.417 Millionen Paar Stiefel sowie, auch von anderen westlichen Alliierten, 17,5 Mio. t Schiffsgüter.

Der größte Teil der Lieferung kam aber nicht in Form von Waffen, sondern in Form von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Maschinen und Industrieausrüstungen, z.B. Stahl und Chemikalien, fast 80.000 Jeeps und 150.000 leichte Transportfahrzeuge, 1900 Lokomotiven, Funkstationen und Feldtelefone.

Dass diese Unterstützung nicht nur unter Stalin verschwiegen wurde, sondern auch heute unter Putin nicht erwähnt wird, dient der Glorifizierung des Großen Vaterländischen Krieges und dem nationalistischen Pathos, das Diktatoren so lieben.

Wichtig ist aber auch festzustellen, dass es nicht nur Russen waren, die die Rote Armee ausmachten, sondern in etwa proportionalem Anteil Soldaten und Generäle aus den nicht russischen Sowjetrepubliken wie Ukraine, Kasachstan oder Lettland. An der Spitze stand damals der Georgier Stalin, ein skrupelloser Machtmensch; und das mächtige Politbüro bestand wohl ganz überwiegend aus den Generalsekretären der kommunistischen Parteien der 15 Mitgliedsrepubliken. Also waren alle Nationen der Sowjetunion beim Siegen beteiligt und dann auch beim Unterdrücken der Freiheit in Deutschland, Osteuropa und ihrer eigenen Bürger.

Es ist also nicht gerechtfertigt, bei den Gedenkveranstaltungen nur an Moskau und seinen Botschafter zu denken oder Russen einen unangemessen großen Anteil am Sieg über Hitler zu geben.

Ebenso sollte der Wahrheit zuliebe nicht ganz ignoriert werden, dass es auch georgische, moldawische und estnische Politiker waren, die Deutschland so lange geteilt hielten – nicht nur russische! Allerdings war es ein Russe, Gorbatschow, dem Deutschland später seine wiedergewonnene Einheit verdankt; diesem aber wird heute in Russland keine Würdigung zuteil, weil Putin dessen großartige Politik der Freiheit zur größten Katastrophe des 20. Jahrhunderts erklärt hat.

Waren eigentlich die Botschafter der 14 anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf den Seelower Höhen und in Torgau geladen und dabei? Es ist schon werkwürdig, dass darüber nichts zu erfahren ist, nur die uneingeladene Anwesenheit eines Botschafters desjenigen Teils der Sowjetunion, die am wenigsten aus ihrer traurigen Geschichte lernen will – oder vielleicht einfach nicht darf.

## 54 Nuklearträume

GE, 12. März 2025

Immer wieder lese ich, dass Stimmen aus der Wirtschaft billigen Nuklearstrom fordern, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden. All denen sei gesagt: billige Kernspaltungsenergie gibt es nicht – nur sehr teure! Und Kernfusionsstrom gibt es schon gar nicht und auch noch lange nicht, schon gar nicht in kommerzieller Verfügbarkeit. Die Welt wird im Wesentlichen ohne mehr Nuklearenergie

auskommen müssen, denn der absehbare Neubau durch Chinesen, Russen, Koreaner und Inder wird den altersbedingten Abbau der noch verfügbaren Kraftwerke nicht kompensieren, weil es zu teuer wäre.

Laut NEI (Nuclear Energy Institut, USA) waren Mitte 2024 438 Reaktoren mit insgesamt 393 Gigawatt (GW) in Betrieb, die 2023 2.552 TeraWattstunden (TWh) lieferten. Gegenüber diesen aus einem pro-Nuklear Institut kommenden Zahlen sind die aktuelle Angaben des nuklearkritischen WNISR (World Nuclear Industry Status Report) um 18 Reaktoren und 25 GW niedriger.

Die meisten Reaktoren laufen in USA (94), Frankreich und China (je 56), Russland (36) und Südkorea (26). Im Bau sind laut WNISR 61 Reaktoren mit 61 GW Leistung. Diese Reaktoren werden etwa 10 Jahre Bauzeit benötigen, bei manchen (wie z.B. Hinkley Point C in GB) ist die Fertigstellung aus Kostengründen fraglich – auch die von Macron angekündigten 6 Neubauten dürften noch auf erhebliche Finanzierungshürden stoßen.

Den Neubauprojekten stehen aus Altersgründen gut 200 Stilllegungen bis 2050, allein 43 bis 2030 gegenüber. Wahrscheinlich wird die Zahl der betriebenen Reaktoren also schon in den nächsten 5 Jahren abnehmen und ihr Anteil an der Stromversorgung erst recht.

Gut 20% der laufenden Reaktoren stehen in den USA. Eine vollständige Liste<sup>1</sup> dieser US-Reaktoren zeigt: von den 94 Anlagen gingen bis 2024 nur 2 nach 1996 in Betrieb, ein weiteres soll jetzt auch in Georgia<sup>2</sup> in Betrieb gegangen sein, d.h. 92 Reaktoren sind schon länger als 29 Jahre in Betrieb! Für diese sind oder werden Verlängerungen auf 80 Jahre Betriebszeit beantragt. Nun ist Strom aus bestehenden alten Anlagen zunächst recht billig, weil die Investitionen abgeschrieben oder jedenfalls nicht rückholbar sind. Ob aber die Sanierungs- und Modernisierungskosten bei den beantragten 26 Verlängerungen auf 80 Jahre noch wirtschaftlich vertretbar sind, kann ich nicht beurteilen; nach deutschem Recht würde dabei der Stand von Wissenschaft und Technik gefordert; ob die US-Modernisierungsaufgaben ebenso hoch sind, weiß ich nicht, und die Kosten kenne ich auch nicht.

Dass die Neubauprojekte kaum in demokratischen Rechtsstaaten mit unabhängigen Gerichten stattfinden (35 von 61 allein in China und Russland oder in anderen Ländern von der russischen Rosatom gebaut) zeigt, dass es ihnen an Wirtschaftlichkeit und öffentlicher Akzeptanz fehlt.

Aus all dem folgt, dass es geradezu absurd ist, was die Union und rechtliche Parteien über Kernenergie erzählen. Wenn jemand aus rein wahltaktischen Gründen Volksvermögen aus opportunistischen Gründen vernichtet hat, dann die christ-liberale Bundesregierung 2011 nach Fukushima, als sie gut laufende Kraftwerke entgegen ihrer eigenen Überzeugung stilllegte und damit den Strom teurer machte, um doch noch die damals anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu gewinnen, was bekanntlich in beiden Fällen nicht gelang.

Nun wird von denselben Leuten schwadroniert, kleine Kernkraftwerke seien viel billiger und viel umweltfreundlicher; einige Start-ups versteigen sich bei der Einwerbung von Geldern sogar zu der Behauptung (z.B. Newcleo in Turin), solche Reaktoren würden ihren Abfall rezyklieren können, als hätte es nicht schon vor Jahrzehnten Uran-Plutonium-Mischungen in kommerziellen Brennelementen gegeben und als wären die Spaltprodukte und andere Transurane als Plutonium 239 kein Nuklearmüll. Man darf sicher sein, dass ein SMR (small modular reactor) teureren Strom produzieren wird als ein System aus Sonne, Wind etc. ohne Nuklearabfall.

Und wenn ich schon von nuklearem Schwadronieren schreibe, gleich noch ein paar Bemerkungen zur Kernfusion, deren physikalisch-technisches Gelingen in einigen Jahrzehnten ich gar nicht in Frage stellen möchte. Aber gerade hat das Büro für Folgenabschätzung beim Deutschen Bundestag die Lage aktuell bewertet und die offenen Fragen markiert: ob die Hürden je zu erträglichen Kosten überwunden werden können, ist offen. Für mich, der einige Jahrzehnte lang auch für die Fusionsforschung

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Nuklearanlagen\\_in\\_den\\_Vereinigten\\_Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Nuklearanlagen_in_den_Vereinigten_Staaten)

<sup>2</sup> Die beiden jüngsten Reaktoren sollen 44 Mrd. \$ gekostet haben (geplant waren 14 Mrd.)

Partner war, ist die größte Hürde die Materialfrage: man muss ein Material für die Reaktorwände finden, das die enorme Belastung durch Teilchenbeschuss aus dem Mio. Grad heißen Plasma nicht nur jahrelang ohne Verlust seiner Festigkeit und anderer wichtigen Eigenschaften aushält und zugleich den nuklearen Brutprozess gestattet, um aus Lithium den erforderlichen Fusionsbrennstoff Tritium herzustellen, den die Natur nicht liefern kann.

Wenn ich trotzdem unverändert für die international koordinierte Fusionsforschung eintrete, dann nicht, weil sie demnächst einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte, sondern weil die Menschheit auch im nächsten Jahrhundert noch Mengen von Strom brauchen wird und ein langfristiger Erfolg der Kernfusion nicht ausgeschlossen werden kann.

Wir Europäer sollten gerade im Gegensatz zu Donald Trump und seinen Spießgesellen auf die seriöse, selbstkritische Wissenschaft hören. Wer sie versteht, muss geduldig erklären, wer sie nicht versteht, sollte wenigstens keine Märchen erzählen.

## 53 Zwei Looser

Und viele Verlierer

GE, 12. April 2025

Eine Weile sah es so aus, als erhalte Putin letztlich alles, was er durch militärische Drohung oder Aggression haben will, z.B. die Ukraine – anfangs sogar mittels „Spezialoperation“ in nur 14 Tagen. Hätten es die russischen Truppen so bis Odessa und Lwiw/Lemberg geschafft, wären Moldawien und die Balten kein Problem mehr gewesen. Teilgebiete Georgiens hat er schon, den Rest liefert der georgische Milliardär Iwanischwili als „Georgischen Traum“ frei Moskau.

Dann wollte uns der Präsidentschaftskandidat Trump glauben machen, er werde überall Frieden bringen innerhalb kürzester Zeit, insbesondere in der Ukraine und Palästina. Denn neben der territorialen Erweiterung der USA durch Kanada, Grönland, Gaza und die panamaische Kanalzone ist der Friedensnobelpreis eines seiner wichtigsten Ziele.

Beide haben das gemeinsame Ziel, die kooperative Weltordnung zu zerstören – Trump, weil er als Immobilienhändler und König des „deals“ komplexere Aspekte der Welt weder versteht noch verstehen will (die möglichst absolute Macht ist ihm Instrument, nichts lesen und wenig verstehen zu müssen!).

Desgleichen ist Putin die Nachkriegsordnung der Welt aus anderen Gründen verhasst. Auch er hält die internationalen Organisationen für unwichtig, weil sie auch seine absolute Macht gefährden. Er will das russische Kolonialreich wieder erstehen lassen, um als großer Nachfolger der Zaren und Stalins in die ewige Geschichte einzugehen. Beide bekämpfen daher auch rechtstaatliche Begrenzungen ihrer Macht. Liberalität und Globalisierung sind ihnen zuwider und insbesondere die Europäische Union ein Dorn im Auge, weil sie eine wirtschaftliche Großmacht schon ist und eine politische werden könnte; beide riskieren dabei, die friedliche EU auch zu einer Militärmacht werden zu lassen.

Beide, Trump und Putin, können mit der Macht des jeweils anderen gut leben, die jeweiligen Macht- und Einflusszonen gegenseitig respektierend. Trump bewundert Putins Führungsstärke, Putin dürfte Trumps Ungeschicklichkeiten verachten, sich aber letztlich über die Zerstörungswut Trumps freuen.

**Aber: beide wollen Sieger sein ohne jeden Schaden an Cäsarenmantel und Zarenkrone;** beide wollen im Inneren ihres Machtbereiches keinerlei Widerspruch oder gar Opposition. Trumps Satz, die demokratische Opposition in USA sei terroristisch, könnte auch von Putin (oder Erdogan) stammen. Beide wollen sogar die Geschichte ihrer Länder umschreiben als reine Glücks- und Erfolgsgeschichte.

**Es scheint, dass beide nun erkennen müssen, dass sie ihre Ziele in einem Maße verfehlen, dass die drohende Blamage zur Gefahr für die Welt wird; denn was tun solche Egomane nicht alles, um ihr Scheitern zu vertuschen oder ihre eigenen Völker, ja die ganze Welt für ihr Scheitern zu bestrafen.** Schon Hitler soll am Ende gesagt haben „Das deutsche Volk ist meiner nicht wert, also kann es untergehen“. Sicher werden beide mit Lügen-Propaganda und Unterdrückung kontroverser Informationen versuchen, den Leuten weiszumachen, alles laufe nach Plan (so Putin zur missglückten Spezialoperation Ukraine); Trump hat noch etwas Ruhe vor der Offensichtlichkeit seines außenpolitischen Scheiterns. Immerhin scheint er bemerkt zu haben, dass er nach einer russischen Übernahme der Ukraine als großer Looser dastehen würde. Und seine Minister können offenbar an der Kompetenz ihrer Behörden auch nicht vorbei dilettieren: so hat sich gerade Gesundheitsminister Kennedy zu Anti-Masernimpfungen bekannt und Außenminister Rubio wiederholt zu NATO oder Grönland nicht wiederholt, was sein Präsident so daher geredet hatte. Auch Trumps Zollpolitik dürfte ihn in Kürze entscheidend viel Unterstützung kosten, wie man es bei den Nachwahlen in Florida und der Richterwahl in Wisconsin gesehen hat. Auch dazu hat sein Kumpel Musk nun eine Gegenposition bezogen, indem er eine Freihandelszone mit Europa befürwortet.

Interessant wird da auch das Problem einer **iranischen Atombombe**. Während Trump die iranischen Schützlinge in Jemen bombardiert, und dem Iran selbst mit einer Bombenhölle droht, wenn er nicht klar verzichtet, hat sich Putin in eine enge Partnerschaft mit dem Mullahregime manövriert, um Drohnen und andere Waffen für seinen Krieg zu erhalten. Auch in Syrien, wo die Strategie Putins und des Iran gescheitert ist, steht Trump hinter der israelischen Aggression auf alles, was dem Iran wichtig war. Allerdings vermässelt er die syrische Chance durch seine blinde Unterstützung von Netanyahus Syrienaggression.

Auch in **Palästina** stellt sich Trump so absolut hinter Netanjahus Vernichtungsfeldzug und erkennbar auch hinter dessen Selbstschutzaktionen gegen den israelischen Rechtsstaat, dass Putin wohl bald die arabischen Stimmen im Weltkonzert auf seine Seite ziehen kann. Aus der Sicht des internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, müsste sich der Haftbefehl gegen Netanjahu eigentlich auch auf Trump beziehen, wenn die USA dieses Gericht anerkennen würden. Wer wie ich der Meinung ist, dass Israel zurzeit seine eigen Zukunft in höchstem Maße gefährdet, wird auch da Trump weder als Friedensfürst noch als Sieger sehen.

In der **Ukrainepolitik** sehe ich bei Trump die Einsicht reifen, dass er die Ukraine und auch Teile davon sowie ihre souveräne Zukunft nicht verschenken kann, ohne als Verlierer auf dem Platz zu stehen. Er ist schon unverantwortlich weit gegangen, den Tatbestand der Aggression zu ignorieren und die russischen Eroberungen in der Ostukraine anerkennen zu wollen.

**Andererseits hat sich Putin durch die Annexion von 4 ukrainischen Regionen und der Krim die Hände gebunden, territoriale Kompromisse einzugehen.** Aus Putins Sicht wäre es auch ein riesiges Risiko, den russischen Soldaten und der Bevölkerung erklären zu müssen, dass man mit der wesentlich kleineren Ukraine nicht fertig würde. Dass Putin es darauf nicht ankommen lassen will, kann man daran erkennen, dass er in einem Maße aufrüstet (40% des Budgets und 10 % des BIP) und sein Militär auf 1,5 Mio. Soldaten aufstockt. Er investiert in den absoluten Sieg, der ihm nahe scheint, weil Trump den Westen zerbröseln.

Ich weiß, dass viele Beobachter bezweifeln, dass Putin weitere territoriale Erweiterungen jenseits der Ukraine anstrebt, aber ich bin mit ihnen einig, dass das spekulativer Treibsand ist, auf dem man keine Sicherheit bauen kann. Putin würde nach einer gelungenen Einnahme der (fast?) ganzen Ukraine ein Beschäftigungsproblem für seine Armeen und seine Rüstungsindustrie haben. Alles hängt dann davon ab, ob er an einen US-NATO-Schutz für die Balten glaubt oder nicht.

Trump muss klar werden, dass er der historische Verlierer sein wird, wenn er die freien Völker Ost-Europas im Stich lässt. Es ist trotz Selenskyjs Demütigung dabei geblieben, dass Trump die Ukraine als Ganzes nicht ausliefern möchte; vielmehr möchte er, dass die USA für ihre Unterstützung bezahlt

werden. Das angestrebte Rohstoffabkommen soll nicht nur Milliarden liefern, sondern den Friedensfürsten Trump auch als größten Staatsmann aller Zeiten ausweisen, also als GRÖSAZ, engl. GRESAT. Dass er der größte Präsident aller Zeiten ist, hat er ja bereits selbst verkündet, GRÖPAZ/GREPAT reicht aber nicht. Schließlich hat bereits eine innerrussische Umfrage Putin als größten Staatsmann aller Zeiten (vor Stalin!) gesalbt, da muss er noch gleichziehen (der Titel GRÖFAZ für Führer gilt seit dem tausendjährigen Reich Hitlers als verbrannt).

Was also ist zu erwarten: Trump wird den ukrainischen Kampfplatz weder als Friedensfürst noch als Sieger verlassen. Um nicht als Verlierer dazustehen, wird er Putin keinen Sieg gönnen können, wird also die Ukraine weiter unterstützen und gemeinsam mit den Europäern stabilisieren – und das nur aus persönlichen Motiven, nicht etwa, weil er der Freiheit des ukrainischen Volkes Bedeutung und Wert an sich beimisst. So wird sich der Krieg doch eher weiter hinziehen, bis die Opfer auf russischer und westlicher Seite zu Ermüdung und Bereitschaft zum Einfrieren einer Kampflinie führen werden.

**An diesem Ende werden nur Verlierer stehen: 2 prominente Looser und viele Völker, insbesondere in der Ukraine und Russland, die große Verluste an Menschen und Wohlstand zu beklagen haben.**

**Leider werden sich diese Verluste überall addieren mit jenen, die Trump mit seiner handelspolitischen Irrfahrt sowie der Zerstörung des Westens und jener Weltordnung verursacht, die nach 1945 unter Führung der USA entstanden ist.**

**Gewinner werden insbesondere asiatische Staaten und einige gut organisierte Staaten des Südens sein, die sich raushalten und von der zunehmenden Unbeliebtheit der USA (und überhaupt des Westens?) profitieren können.**

## 52 Rentenlogik

Wie sie auch im Sauerland verstanden wird – nur nicht von Parteien

Eine Hommage an Franz Müntefering

von Gerd Eisenbeiß, im Januar 2025

Es ist eine sehr allgemeine Beobachtung, dass Zumutungen sehr viel unkritischer aufgenommen werden, wenn sie sich scheinbar von selbst ergeben, als wenn sie politisch transparent entschieden werden. Gerade solche Probleme wie die Finanzierung angemessener Renten tun sich daher leichter mit Systemen wie den schwedischen Aktienfonds als mit dem deutschen „Generationenvertrag“ zwischen jungen Beitragszahlern und alten Rentnern. Denn in diesem System sind die Folgen einer demographischen Alterung perfekt transparent: die gesetzliche Rente kann nur auf einem passablen Niveau gehalten werden, wenn einerseits die Beitragszahler (die „Aktiven“) höhere Abzüge hinnehmen und andererseits die arbeitgebenden Unternehmen, Behörden etc. ebenfalls höhere Beiträge an die Rentenanstalt abführen. Es ist wichtig zu verstehen, dass diese Unternehmensbeiträge indirekt die Einkommensspielräume der Aktiven entsprechend verkleinern, so dass man sagen kann:

**Was den Rentnern ausgezahlt wird, haben die Aktiven aufzubringen.**

Diese Logik der gesetzlichen Rente in Deutschland ist nun politisch unangenehm, weil steigende Abzüge auf dem Gehaltszettel Unzufriedenheit erzeugen – möglicherweise auch das Wahlverhalten zugunsten solcher Kräfte verschieben, die diese Logik mit intransparenten Versprechungen verschleiern.

Deshalb muss man sich solche Konzepte anschauen.

Ein trivialer Weg zu höheren Alterseinkommen ohne Erhöhung der Lohnabzüge ist, **selbst Ersparthes und die Zinsen im Alter** zusätzlich zu verbrauchen. Auch dies ist allerdings eine Entnahme aus der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, die diese Wertschöpfung ja nicht größer macht, also

unmerklich den Aktiven nicht zur Verfügung steht. „Unmerklich“ bedeutet, dass es unmöglich<sup>3</sup> scheint, die Wirkungskette nachzuzeichnen, in der dieser Vermögenskonsum der Rentner den Lohn- und Konsumspielraum der Aktiven kompensatorisch einengt. Diese Logik ist beinahe zwingend – beinahe, weil die volkswirtschaftliche Wirkung einer zusätzlichen Spartätigkeit kaum nachzuzeichnen ist, zumal es generell keine Kapitalknappheit gibt und Deutschland bereits eine sehr hohe Sparrate privater Haushalte aufweist<sup>4</sup>.

Man kann den Rentnern auch überproportional mehr zukommen lassen, indem man die **betriebliche Zusatzversorgung** ausbaut oder die Beamten einbezieht; auf den 2. Blick merkt man aber, dass im ersten Fall die Lohnspielräume entsprechend kleiner werden, es also den Aktiven doch entzogen wird – man kann sich auch einbilden, Unternehmensgewinne oder Dividenden seien eine für die Aktiven harmlose Geldquelle für den wachsenden Rentnerberg. Dass solche Vorstellungen gerade bei „Linken“ populär sind, überrascht, wo sie doch sonst so scharfsinnige Analysen über die Machtverhältnisse in der globalisierten Marktwirtschaft vortragen – ich jedenfalls teile diese Sicht, dass Unternehmen und Aktionäre die Gewinnziele entsprechend erhöhen, also ebenfalls die Lohnspielräume der Aktiven verkürzen würden.

Wenn die **Beamten** wie die Angestellten im Öffentlichen Dienst samt der dabei üblichen Zusatzversorgung bezahlt würden, lieferte die erhoffte Schlechterstellung der Beamten wahrscheinlich einen kleinen Gewinn für die Allgemeinheit; es wäre eine interne Umverteilung in der Gruppe der „Rentner“, wie man sie natürlich auch zulasten anderer Bezieher höherer Renten fordern kann. Eine spürbare Entlastung der demographischen Rentenproblematik ist davon nicht zu erwarten! So kann man auch anderen Mitbürgern etwas wegnehmen, etwa den Millionäre und Spitzenverdienern oder den Bürgergeldbeziehern und diesen Gewinn auf den Rentnerberg legen. Mit solchen Stellschrauben verändert man ein klein wenig die Situation, aber nicht die Dynamik der Demographie.

In der öffentlichen Rentendebatte wird häufig mit **Altersarmut** argumentiert, die zu berücksichtigen sei. Richtig! Da wird man sozialpolitische Maßnahmen aus Steuermitteln benötigen, aber bitte auf der Grundlage richtiger Zahlen! Viele statistische Angaben berücksichtigen betriebliche Zusatzversicherungen nicht oder wissen nichts von den Regelungen, die als „goldener Handschlag“ bezeichnet werden, also eine Verabschiedung in den Ruhestand mit hoher Einmalzahlung. Und Alte wie ich gelten in manchen Statistiken ungeachtet einer Beamtenpension als arme Kleinrentner, wenn sie eine von der Pension abgezogene Minirente aus früherer Angestelltentätigkeit erhalten.

Sehr ernst zu nehmen ist das **schwedische Modell einer Aktienrente**. Es ist wahrscheinlich ebenso leistungsfähig wie das richtig weiter entwickelte deutsche System mit dem „Generationenvertrag“. Es zieht den Aktiven den Rentenbeitrag nur auf andere Weise aus der Tasche – zugegebenermaßen so undurchschaubar, dass es sozial weniger Akzeptanzprobleme hat. Deutschland hätte diesen Weg auch beschreiten können – vielleicht schon zu Bismarcks Zeiten oder nach dem 2. Weltkrieg – hat es aber nicht. Wenn jetzt und in den nächsten Jahren den Lasten des Rentnerbergs noch ein Zwangssparen in Aktienfonds hinzugefügt würde, wäre meines Erachtens realökonomisch nicht nur nichts gewonnen, sondern gerade bei den geringen Einkommen der Stress erhöht. Freiwillig kann ja jeder sparen, wie und womit er will und kann. Man beachte auch Fußnote 1: dass Schweden und Schweiz nur 4%-Punkte höhere Sparrate haben als Deutschland finde ich erstaunlich und Anlass, das deutsche System nicht schlecht zu reden.

Je häufiger ich über die demographische Verschiebung in alternden Gesellschaften nachdenke und diskutiere, desto klarer scheint mir, dass nur 2 Möglichkeiten an der Wurzel des Problems anpacken, weil sie die Zahl der Aktiven gegenüber der der Rentner erhöhen.

---

<sup>3</sup> Es ist schwer, einem komplizierten Apparat nachzuweisen, dass er kein perpetuum mobile ist, der Energie aus dem Nichts schöpft. Man weiß aber auch ohne Prüfung, dass es das nicht gibt!

<sup>4</sup> [www.laenderdaten.de/wirtschaft/sparquote.aspx](http://www.laenderdaten.de/wirtschaft/sparquote.aspx) für 2015 27,3%, Schweden und Schweiz nur 4% mehr, USA und GB 9 b.z.w. 15% weniger

Bezüglich des **Arbeitskräfte-Imports** fehlt in der Öffentlichkeit eine klare Aussage über den Netto-Effekt, denn diese ausländischen Arbeitskräfte brauchen ihrerseits ja auch wieder Wohnungen, Kinder- und Altenbetreuung und Verwaltungsinfrastruktur – ganz abgesehen davon, dass sich in den europäischen Staaten eine Ausländerfeindlichkeit verbreitet hat, die erkennbar die Demokratie selbst gefährdet. Gelingt eine gute Eingliederung vor allem junger Fachkräfte, so kann das die Probleme mit der Rente eine Zeit lang mildern, bis sich ihr generatives Verhalten dem der europäischen Staaten anpassen wird. Die Bevölkerungspyramide dürfte sich so nicht nachhaltig ändern – es sei denn, man unterstellt einen dauerhaften Zuzug aus anderen Ländern und Kulturen und gäbe damit jenen Futter, die von Umvolkung schwadronieren.

Die Bemühungen von Staat und Wirtschaft um **Aktivierung nicht arbeitender Mitbürger** sind sicher steigerungsfähig; allerdings ist in Anbetracht einiger Megatrends der globalen Entwicklung (Wettbewerb neuer Marktteilnehmer, Engpässe bei natürlichen Ressourcen) eher damit zu rechnen, dass es in Kernbereichen der deutschen Exportindustrie zu einem Wertschöpfungs- und Beschäftigungsabbau kommen wird. Bei Frauen ist damit zu rechnen, dass mehr qualifizierte Frauen arbeiten wollen – nicht nur in Teilzeit; die Grenzen einer Eltern-Mobilisierung liegen allerdings auch offen: ob man das begrüßt oder kritisiert, mit Kindern ist doppelte Berufstätigkeit der Eltern oft schwer zu realisieren. Eine Betreuung der Kinder außer Haus stößt auf enge Grenzen verfügbaren Betreuungspersonals und ist nicht für jede Familie attraktiv.

**Es bleibt also als einzig nachhaltige Maßnahme gegen den auch von den „Wirtschaftsweisen“ prognostizierten Rentenkollaps die allmähliche weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters**, gegen die sich so viele in Deutschland wehren, weil sie nicht Franz Müntefering, sondern unverständlicherweise denjenigen glauben, die behaupten, irgendwelche meist unverständenen Finanzierungsmethoden könnten den Rentnern geben, was den Aktiven nicht genommen werden müsste.

**Wir müssen also erkennen und anerkennen, dass die Demographie unseres Landes unser Schicksal ist, dem wir nicht durch alternative Finanzierungen aus dem Weg gehen können.**

## 51 Schützt die Akzeptanz des Grundgesetzes

Ein erschreckter Zwischenruf nach Berlin

GE, 17. März 2025

Heute morgen bin ich, ein Klimaschutzbefürworter und Förderer seit mehr als 30 Jahren, zutiefst erschrocken, als gemeldet wurde, die GRÜNEN hätten durchgesetzt, dass Deutschland 2045 klimaneutral werden **müsse**. Die kolportierte Formulierung für Art. 143h soll lauten: „Der Bund kann ein Sondervermögen für zusätzliche Investitionen ... zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 .... errichten.“

Diese Formulierung darf unter keinen Umständen bedeuten, dass das Grundgesetz ein Datum für die Klimaneutralität festlegt. **Es gäbe keine wirksamere Methode, das Volk gegen das Grundgesetz aufzuhetzen, denn Deutschland wird auch bei bestem Willen 2045 nicht klimaneutral sein können.**

**Damit keine Regierung gezwungen wird, die Bürger kurz vor 2045 zu irrsinnigen Investitionen zwingen zu müssen, müssen die Wörtchen „bis 2045“ unbedingt gestrichen werden, sonst**

droht ab 2040 ein Volksaufstand, gegen den die Empörung über das grüne Heizungsgesetz ein Säuseln war.

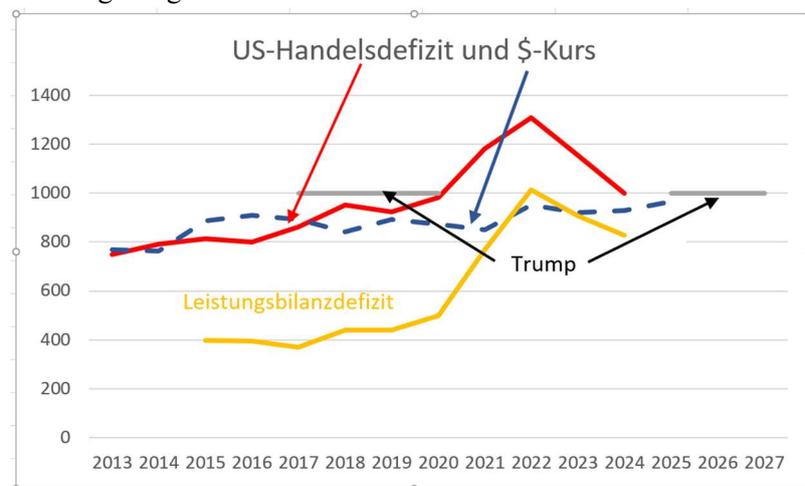
Im Übrigen freue ich mich über den Erfolg der Partner des demokratischen Bogens, eine Einigung über die dringend erforderliche Änderung der Schuldenbremse erreicht zu haben.

## 50 Das US-Handelsdefizit - Trumps Händelpolitik

GE , 14. März 2025

Händler statt Handel – Macht statt Partnerschaft – NATO-Beitrag gegen Schutzgebühr der „Kunden“: die Erpressungs-Deals eines Immobilienhändlers. Nun sind die Zölle gegen Kanada, Mexico und China in Kraft – der Handelskrieg ist eröffnet.

Ich habe mal die Handels- und Leistungsbilanz der Jahre 2013 bis 2024 angeschaut und im Diagramm visualisiert zusammen mit dem Dollarwert in EURO. Man sieht, dass das US-Handelsdefizit bis 2022 weniger stark angestiegen ist



(auf über 1300 Mrd. \$) als das Leistungsbilanzdefizit. Schaut man nur auf die Handelsbilanz, so erbt Trump 2025 genau jenes Defizit, das er 4 Jahre zuvor hinterlassen hat, allerdings ein deutlich höheres Defizit in der Leistungsbilanz. Trumps eigene Bilanz nach seiner ersten Präsidentschaft zeigt seine damalige Erfolglosigkeit an der Defizit-Front. Wem der steile Anstieg danach anzurechnen ist – Biden oder Trump – ist schwer zu beurteilen, weil es eine gewisse Nachlaufzeit in der Wirkung politischer Maßnahmen gibt; jedenfalls scheint die Verringerung der Defizite nach 2022 ein klarer Erfolg der Biden-Präsidentschaft zu sein.

Das seit viel längere Zeit bestehende Defizit in der Handelsbilanz bedeutet, dass die US-Bevölkerung sehr viel mehr Waren konsumiert hat, als sie selbst produziert hat. Das wurde mit Billionen von Dollar bezahlt, die als Vermögenswerte in öffentlichen und privaten Schatztruhen, z.B. bei Nationalbanken in China oder Japan etc gehalten werden – jedenfalls nicht zum kompensierenden Warenkauf in den USA.

Obwohl die Wechselkurse zwischen Währungsgebieten, auch zwischen Dollar und EURO, von mancherlei Faktoren wie z.B. auch der Zinspolitik – abhängen, widerspiegelt der allmähliche Wertgewinn des Dollars gegenüber dem EURO eine Überraschung: der Dollar-Anstieg dürfte der US-Exportwirtschaft tendenziell geschadet und zum Handelsdefizit beigetragen haben. Der Anstieg von 21% innerhalb der letzten 12 Jahre liegt fast bei jenen 25%-Zöllen, mit denen Trump die Welt bedroht.

Dieser Wertgewinn der US-Währung ist Ausdruck und Folge der ungeheuren Stärke Amerikas, die Trump als notorischer Lügner und in Systemverständnis unterbelichteter Immobilienhändler leugnet, um sein MAGA-Motto verkaufen zu können. Es könnte also gut sein, dass Trumps Zollpolitik im Erfolgsfall den Dollar weiter nach oben treibt, wenn uns das Zerstörerische an seiner Politik nicht alle inklusive der USA selbst schwer schädigt mit unvorhersehbaren Folgen für die Handelsströme, Währungen und Wohlstand. Offenbar sehen die Börsen zunächst das Gegenteil: nicht nur die Aktienkurse fallen in den letzten Tagen, sondern auch der Dollar in seinem Außenwert; manche Beobachter meinen schon, Trump ziele geradezu auf eine Schwächung des Dollars ab, um die Handels- und Leistungsdefizite zu mindern.

Der ganze Widersinn wird deutlich, wenn man feststellt: Trump hat Amerika klein geredet, um wieder Größe zu versprechen, die er nun anpeilt, in dem er seine Außenbewertung schwächt; er hat einen Sieg über die Inflation versprochen, und sie mit seiner erratischen Zollpolitik erhöht.

Entgegen der unverständlichen Wirtschaftstheorie Trumps leben die USA seit Jahrzehnten sehr gut mit diesen Defiziten bei Handel und Leistung. Andere, insbesondere China und Deutschland, haben für die US-Konsumenten gearbeitet und waren mit dem verdienten „Dollar im Safe“ zufrieden. Der US-Dollar hat eben eine einzigartige Rolle als Weltreservewährung! Dass diese Dollars aus dem Safe geholt und plötzlich auf den Markt geworfen werden könnten, ist ein weltwirtschaftliches Horrorszenario, das allerdings diejenigen, die das täten, mit in den Zusammenbruch reißen würde.

Trump sieht die Situation vom Arbeitsmarkt her als Schaden für die US-Wirtschaft, der Arbeitsplätze geklaut würden. Er dürfte jene geschätzt bis zu 100 Mio. arbeitsfähigen US-Bewohner im Sinn haben, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die niedrige offizielle Arbeitslosenzahl von einigen Prozent steht dem nicht entgegen, weil sie eben nicht die Arbeitsfähigkeit sondern die Arbeitsmarktverfügbarkeit ausweist. Auch wenn 10 Mio. illegale Immigranten abgeschoben werden, gibt es ein ausreichendes Reservepotential an Arbeitskräften.

Unterstellt man einen gewissen Erfolg der Trumpschen Brachialpolitik im Sinne von Importbremsung durch Zölle, darf man also erwarten, dass der Dollarwert eher weiter ansteigt und die erhofften Wettbewerbsvorteile schmälert oder gar kompensiert. Dass eben diese Politik die Preise auf dem US-Markt erhöhen wird, nimmt Trump als kurzzeitigen Effekt hin, denn er wünscht sich einen Investitionsboom durch ausländisches Kapital, das sich hinter den Zollmauern höhere Profite erhofft.

Trump's merkantilistisches Denken wurde auf brutale Weise deutlich, als er kürzlich sagte, die EU sei geschaffen worden, um die USA abzuzocken; dass europäische Politiker ihren Euro gerne als konkurrierende Weltreservewährung etablieren möchten, interpretiert Trump wohl als Teil der gegen die USA gerichteten Politik. Man darf also vermuten, dass seine Einigung mit Putin über die Teilung der Welt in Herrschaftsgebiete der großen Atommächte (wahrscheinlich mit Respekt gegenüber Chinas Ansprüchen) den gemeinsamen Willen widerspiegelt, die EU und ihre Währungsgemeinschaft und damit ihren Binnenmarkt zu zerstören. Diese von Putins Russland schön länger gesteuerte Zerstörung der EU von innen, wird nun seit kurzer Zeit erkennbar von der US-Administration und ihrer Milliarden-sclique mitgetragen. Die Freude Orbans, der AFD und ihrer in allen EU-Staaten erfolgreichen Freunde ist unverkennbar.

Es ist zu erwarten, dass es aus USA auch erhebliches Sperrfeuer geben wird gegen die europäische Handelspolitik, wo sie in Südamerika oder Indien Freihandelsabkommen abschließen und mit Inhalt füllen möchte.

Was nun also noch dringender wird, ist eine Reinigung der EU von Mitgliedstaaten wie Ungarn, die klar auf der anderen Seite des Konfliktes stehen – im Zweifelsfall durch einen außerrechtlichen, mit Notwehr begründeten, faktischen Suspendierung ihrer Mitgliedsrechte. Deutschland, Frankreich und Polen, möglichst mit Spanien und Italien müssen gemeinsam führen und ggf. Macht über EU-Recht stellen.

Wichtig ist auch europäische Strategie der Stärkung jener immer noch vorhandenen US-Mehrheit, zu der immer noch auch viele Anhänger der Republikanischen Partei gehören dürften, die Trumps Amoklauf gegen nationale und internationale Organisationen sowie jahrzehntelange Partnerschaften nicht für richtig halten. Gleichzeitig darf es nicht zu einer sicherheitspolitischen Entkopplung oder gar Gegnerschaft zu den USA kommen – dazu sind wir viel zu sehr abhängig von amerikanischen Waffen-, Kommunikations- und Aufklärungssystemen. Dass der Immobilienhändler Trump auch diesen Sektor als Teil seines Geschäftes ansieht, ist bereits andernorts beschrieben worden: die NATO-Mitglieder seien keine Verteidigungspartner, sondern Kunden, die für den Schutz durch die USA zu bezahlen hätten. Da Europa beste Waffensysteme braucht, wird man sie klugerweise in den USA kaufen und damit auch das Handelsbilanzdefizit verringern.

Das alles erfordert leider diplomatische Freundlichkeit gegenüber dem Präsidenten, aber Klarheit in der inhaltlichen Abgrenzung wie es offenbar Macron vorgemacht hat.

## 49 Verzweifelt

GE, im März 2025

An unseren Grenzen und in der Ukraine sind inhumane und ungerechte „Lösungen“ nicht mehr zu verhindern.

Es ist eine verbreitete Neigung der Politik, Kompromisse in schwierigen Partnerschaften für gut zu erklären, auch wenn sie nur erforderlich, aber keinesfalls gut sind. Warum eigentlich? Kann man nicht sagen, der Kompromiss war im Interesse demokratischen Funktionierens der verantwortlichen Regierung notwendig, aber wir als Partner im Kompromiss finden trotz Zustimmung die Lösung unverändert falsch?

In dieser Lage befinde ich mich als einfacher Bürger im Hinblick auf unsere, also die europäische und deutsche Position zur **Immigration** aus Nicht-EU-Staaten. Ich teile und ich teile unverändert Angela Merkels Haltung vor 10 Jahren, die Grenzen vor Flüchtlingen aus Kriegs- und Elendsgebieten nicht zu schließen. Dass sich Angela Merkels Satz „Wir schaffen das!“ falsch gewesen sei, sehe ich bei den guten Integrationserfolgen seither nicht, aber ich sehe, dass auch sie die Böswilligkeit politischer Konkurrenten und die Verführbarkeit der Menschen durch populistische Ideologien falsch eingeschätzt hat. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie es den aufgenommenen Menschen vor den EU- oder auch deutschen Grenzen in Lagern in Nord-Afrika oder anderswo ergangen wäre, und ich kann auch nicht leichtfertig verdrängen, dass diese Menschen dann ja in einem anderen Staat dieselbe Belastung der einheimischen Bevölkerung gewesen wären. Dass es Kriminalität und Mord gibt, ist leider ein Normalzustand der Gesellschaft – mit oder ohne Immigration. So viel zu meiner persönlichen Einstellung.

Aber kann ich länger ignorieren, dass immer mehr deutsche Mitbürger diese Meinung nicht teilen und sich besser von radikalen Parteien repräsentiert fühlen, die nicht nur rücksichtslos mit

Flüchtlingen, sondern auch zerstörerisch mit der demokratischen Ordnung umgehen wollen, die zurück in erzkonservative, völkische und rassistische Ideologien führen wollen, im Bündnis mit Diktatoren und Machttypen wie Trump und Musk.

Deshalb beginne ich zu fürchten, dass humanitäre Demokraten wie ich die Schlacht verlieren werden gegen das **immer stärkere Bündnis von xenophoben Erzkonservativen, Neo-Nazis, Russlandschwärmern, EU-Gegnern und Sektierern wie z.B. Klimaleugnern und Impfgegnern – verstärkt durch Menschen in den östlichen Bundesländern, denen schon die SED-Nachfolger eingeredet hatten, sie seien ausgebeutete Opfer**, denen niemand zuhört. Ich wäre ja optimistischer, wenn dieses erschreckende Bündnis nicht in fast allen EU-Staaten auf dem Vormarsch wäre, nun gefördert durch die US-Regierung und ihr unsägliches Spitzenpersonal, das nicht mehr Willens ist, Wissenschaften und Wahrheiten oder gar Menschen- und Völkerschicksale im ihrem Handeln zu berücksichtigen.

Unser Planet steht vor ökologischen Veränderungen, die wir nur noch dämpfen können, wenn wir genau der Wissenschaft folgen, die die US-Regierung gerade sabotiert – zur Freude von AFD und ihren Partnern in allen EU-Ländern, der Schweiz und Großbritannien, wo sich die Opposition von Tories und Faragisten im Eilschritt nach rechts außen bewegt.

Deshalb also beginne ich zu fürchten, dass wir eine Entscheidung treffen müssen zwischen solidarischer Aufnahme aller Elenden dieser Welt, die es im Sahel, im Sudan oder in Afghanistan nicht mehr aushalten, UND einer rigorosen Abweisungspraxis an den Außengrenzen – besser der EU als an Binnengrenzen.

Und wenn wir den traurigen, inhumanen zweiten Weg wählen müssen, um unsere Freiheit in Demokratie zu sichern, dann sollten wir das unter keinen Umständen als gut bezeichnen, sondern als bittere Notwendigkeit, weil unsere eigene Bevölkerung sich und ihre eigenen demokratischen Bürgerrechte bedroht – vereinzelt bereits mit terrorartigen Angriffen auf demokratische Mandatsträger und Institutionen. Ich habe schon früher plastisch formuliert: „Ich habe keine Angst vor Ausländern, sondern vor den Deutschen!“.

Es ist aber auch vorhersehbar, dass die ja nicht unsichtbar bleibenden Wirklichkeiten in den Flüchtlingslagern vor den Grenzen eine neue moralische Empörungswelle hervorrufen werden. Weil auch das die Menschen nicht aushalten werden, wie Kinder, Frauen und Männer in diesen Lagern vegetieren werden, bis eben diese Bilder und Berichte abschreckend zurückwirken auf die Migrationswilligen im fernen Süden und Osten, auf den Traum von einer besseren Zukunft in Europa zu verzichten. Und es werden dann teilweise dieselben Mitbürger gegen diese Inhumanität protestieren, die vorher genau auf solche Maßnahmen gedrängt haben, denn Populisten haben keine Überzeugungen, sondern Machtwillen mit welchen Mitteln auch immer.

Deshalb darf man, wenn man diesen zweiten Weg geht, ihn niemals für gut erklären, sondern man muss der Bevölkerung sagen, dass sie, die Zivilgesellschaft, im Kampf gegen jene nach rechts driftenden Teile versagt hat, die den demokratischen Teil mit ihrer unbedachten Faschismusunterstützung erpresst haben.

Genauso werden wir es halten müssen, wenn sich **Trumps Verrat an der Ukraine** durchsetzt – und er hat die Macht dazu, weil er nur die US-Hilfe verweigern muss, um die Ukraine an Putin auszuliefern. Europa wird die Ukraine, Moldawien und die Baltenstaaten nicht verteidigen können, muss aber auch dabei bleiben, dass das Ergebnis der Trumpschen Verhandlungen zutiefst ungerecht, ja desaströs ist, weil es den Rückfall in das Recht des Stärkeren bedeutet, das wir in Europa zumindest für beerdigt gehalten haben. Auch da darf es kein „Schwamm drüber“ geben, wenn sich Trump und Putin in den Armen liegen werden. Wo? Ich empfehle Jalta auf der Krim.

Und trotzdem werden unsere Politiker zumindest freundlich mit Trump umgehen müssen, weil er seine Macht für seine Rachsucht und seinen Zerstörungswillen einsetzen wird, solange ihn nicht seine eigenen Anhänger sowie die Verfassungsorgane der USA stoppen. Europa ist weder industriell noch

militärisch unabhängig von den USA und muss nun auch noch sicherstellen, dass es nicht in seine Teile zerlegt wird.

**Wir stehen also an mehreren Fronten vor dem Dilemma, Politiken mitzutragen, die wir niemals für gut erklären dürfen.**

## 48 Grüne Fernwärme

GE, im Feb. 2025

Ich bin in meinem energieorientierten Wissenschaftler- und Managerleben immer wieder Hypes begegnet, die auf Missverständnissen beruhen. Bei all den neuen Technologien der Energieeinsparung und der erneuerbaren Energien, darunter auch Wasserstoff und Fernwärme, war meine Rolle die eines Forschungsmanagers in der Bundesregierung und in Forschungseinrichtungen.

Geradezu ärgerlich war die über Jahrzehnte in der Öffentlichkeit verbreitete Fehleinschätzung, Wasserstoff sei eine alternative Energiequelle; jetzt, wo Wasserstoff tatsächlich eine sinnvolle Komponente eines nachhaltigen Energiesystems werden sollte, ist die Allgemeinheit wohl ausreichend informiert, dass Wasserstoff ein Produkt ist, das aus anderen primären Energiequellen hergestellt werden muss – am besten durch CO<sub>2</sub>-freie Stromquellen wie Wind- und Solarenergie. Für eine gewisse Zeit hielt sich bei Politikern sogar die Ansicht, solar erzeugter Wasserstoff werde die Gasnetze füllen, so dass es in den Wohnungen bei Gasheizungen bleiben könne. Es ist aber einleuchtend, dass dieser Wasserstoff teurer wäre als der eingesetzte Strom, man also besser direkt mit Strom heizen könnte, was man aber aus Kostengründen nur in Ausnahmefällen tun sollte, denn elektrische Wärmepumpen sind effektiver.

Nun scheint dasselbe Missverständnis wie beim Wasserstoff mit der Erwartung an die Fernwärme verbreitet zu sein. Auch Fernwärme ist aber keine Energiequelle sondern eine Transport-Technologie für heißes Wasser. Fast nie wird darüber berichtet, wo die Wärmeenergie dieses heißen Wassers herkommen soll. **Verdienstvollerweise schreibt das Heizungsgesetz der Ampel-Regierung den Gemeinden vor, eine Wärmeplanung durchzuführen.** So können die Bürger bald erfahren, wie eines Tages oder auch recht bald die Wärmeversorgung ihrer Wohnung aussehen könnte, und sie werden dabei vermutlich lernen, dass es von der Fernwärme nicht sehr viel zu erwarten gibt. In Mannheim, das in den 80er Jahren ein Mekka für Fernwärmeinnovationen war, wurde man vor einigen Tagen sehr konkret: in 10 Jahren werde man das Gasnetz abschalten; als eine wichtige Wärmequelle werde man den Rhein mittels elektrischer Großwärmepumpen nutzen.

Fernwärme gibt es in Deutschland schon lange Zeit – besonders in Ballungsgebieten und den östlichen Bundesländern. Derzeit werden in Deutschland etwa 14% der 43 Mio. Wohnungen mit Fernwärme beheizt. Fernwärme ist in der Nutzung ähnlich komfortabel wie Erdgas; sie kommt ins Haus und braucht keine Tanks oder Speicher wie Öl und Holzhackschnitzel, kann aber nicht wie Strom und Gas von anderen als den lokalen Versorgern bezogen werden. Das erhöht tendenziell die Preise wegen fehlenden Wettbewerbs, was schon heute zu Konflikten zwischen Versorgern und Kunden führt. Auch die Knappheit geeigneter Wärmequellen wird preistreibend wirken.

Die Fernwärme kam und kommt heute noch fast durchweg aus Verbrennungsprozessen von Kohle, Erdgas und Müll – oft bei gleichzeitiger Stromerzeugung in thermodynamisch eleganter Kraft-Wärme-Kopplung; auch Hochöfen und andere Industrieprozesse mit stetiger Abwärme können dazu beitragen, solange sie zur Verfügung stehen.

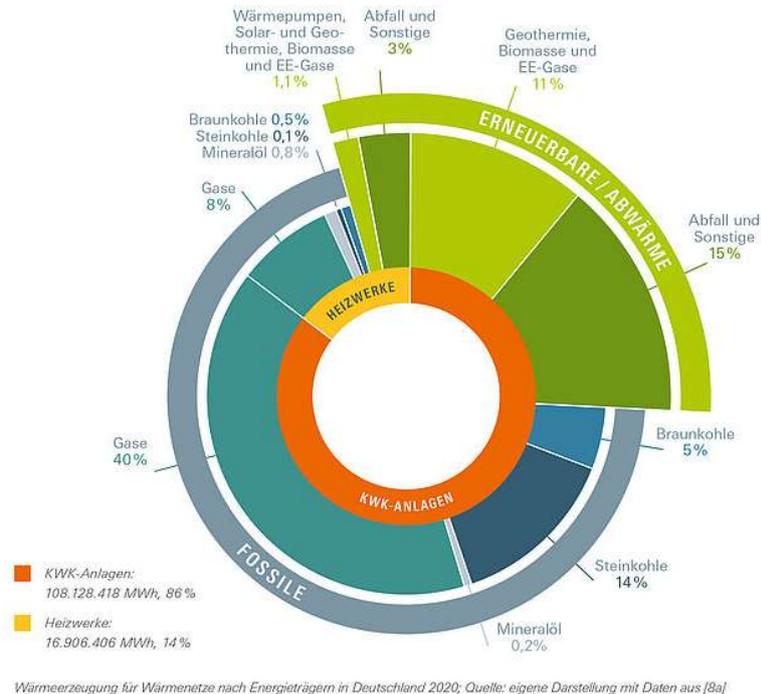
Für eine klimaschonende Zukunft muss aber bedacht werden, dass gerade Kohle, Gas und Öl nicht mehr eingesetzt werden sollen, als Wärmequelle also ausfallen werden. Die Fernwärmebranche (Arbeitsgemeinschaft Fernwärme, AGFW) hält

trotzdem eine Verdreifachung der Anzahl der Haushalte mit Wärmeanschluss bis 2050 auf fast 20 Mio. Haushalte für möglich. Das beruht wohl wesentlich auch auf der Erwartung, dass die Verbrauchswerte einer Wohnung durch bessere Wärmedämmung deutlich sinken werden; die Kosten werden dann weniger steigen, wenn möglichst viele Nutzer über das recht teure Wärmenetz versorgt werden, was jedenfalls in dicht besiedelten Gebieten sichergestellt werden muss.

**Wo also soll die Fernwärme herkommen**, auf die so viele hoffen? Die Antwort ist vielleicht nicht jedem klar: **aus Strom** – wo immer es geht unter Nutzung von Umweltwärme mittels elektrischer Wärmepumpen. Für Fernwärmezwecke kann es sich in der Nähe von Flüssen um die Wärme des Flusswassers handeln oder um Wärme aus der Tiefe, aus Aquiferen oder noch weit tiefer aus der heißen Erdrinde; diese Tiefen-Geothermie kann in Wärme-Kraft-Kopplung auch Strom liefern. Auch die Abwärme von Großrechenzentren oder mit Wasserstoff betriebener Metallurgie, z.B. CO<sub>2</sub>-neutralen Stahlwerken der Zukunft, wäre letztlich Wärme aus dem primären Einsatz elektrischen Stroms, denn auch der Wasserstoff wäre ja wieder ein Stromprodukt. Da Heizwärme in der kälteren Jahreshälfte gebraucht wird, in der Solarenergie weniger oder gar fast nichts liefert, wird es auf den Zubau von Windenergie ankommen, da und dort auf die Erschließung von Erdwärme (besonders hoffig: das Alpenvorland, das Norddeutsche Becken und der Oberrheingraben).

Aus alter beruflicher Erfahrung mit industrieller Abwärme als Fernwärmequelle habe ich diesbezüglich eine ziemliche Skepsis bewahrt: Industriebetriebe liefern nur selten Abwärme mit verlässlicher Stetigkeit, denn die Abwärme liefernden Produktionsprozesse unterliegen den veränderlichen Bedingungen des Marktes – sei es bei den hergestellten Gütern oder sei es bei den Energiepreisen. Die Kostenstruktur der Fernwärme wird deutlich kapitalintensiver sein als die der Gasversorgung, was anteilig höhere fixe Anschlusskosten gegenüber verbrauchsvariablen Kostenbestandteilen rechtfertigen könnte.

All dies bedeutet trotz des AGFW-Optimismus von 20 Mio. Hausanschlüssen, dass der ganz überwiegende Teil der deutschen Haushalte dezentral mit Strom beheizt werden wird, der über Luft- oder Erdwärmepumpen aus einer Kilowattstunde 3 bis 5 kWh Heizwärme machen kann. Zusätzlich können Biogas oder auch Holz eine gewisse Rolle spielen sowie zumindest in der Übergangszeit zum Winter Solarkollektoren, soweit sie auf den Dächern nicht von Photovoltaik verdrängt werden.



In wenigen Jahren werden überall die kommunalen Wärmeplanungen vorliegen, so dass für alle die künftige Heizung ihrer Wohnung oder Immobilie klar sein wird. Noch klarer wird dann auch werden, dass eine nachhaltige Zukunft ganz weitgehend auf elektrischem Strom beruhen wird, und der wird zu deutlich mehr als 60% auf Windkraft beruhen müssen, um die Winterversorgung zu sichern - und ohne Wasserstoff-Importe für die Industrie nicht auskommen, soweit diese dann gegen energetisch günstigere Standorte in Deutschland gehalten werden kann.

## 47 Trumps Ängste

Eine Analyse seiner Disziplinierung der Welt durch Angst

GE, im Februar 2025

Ich möchte keinesfalls die vielen widerspruchsfreien Deutungen Trump'scher Persönlichkeit und Politik mit einer alternativen Interpretation widerlegen. Mir scheint aber einen Wesensaspekt zu wenig beachtet: Könnte es sein, dass Trump schlicht **Angst hat vor der Undurchschaubarkeit der komplexen Wirklichkeit?** Dass er Angst hat, dass seine massive Unkenntnis und mangelnde Analysekompetenz, die er einer offenkundigen Lernresistenz verdankt, auffliegen könnte, und er wie der Kaiser im Märchen endet, dessen nicht vorhandene Kleider jeder zu bewundern hatte? Denn er ist ein Anführer im doppelten Wortsinn: Er ist ein Führer geblendeter Massen und er führt sie an, wie man Kindern vom Osterhasen erzählt. Nutzt er nun seine Macht, die Welt so einfach zu machen, dass er sie verstehen und beherrschen kann?

So versteht er offenbar von Wissenschaft so wenig, dass er weder ihre gesicherten Ergebnisse einordnen kann noch ihren selbstkritischen Suchprozess kennt. Das gilt für Medizin und Ökologie ebenso wie für wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und insbesondere die komplexe Koexistenz von vielen 100 Staaten und internationalen Organisationen.

Wer so im Nebel steht und doch den Kurs bestimmen will und nun auch kann, dürfte von Axt und Kettensäge träumen, um die Welt seinem Fassungsvermögen anzupassen. Für diese Sicht spricht auch seine Kabinettliste, die trotz erkennbar extremer Defizite an Qualifizierung von seinen Underlingen im Kongress gebilligt wird.

*Eine Ausnahme ist der intellektuell weit überlegene Elon Musk. Er hat begriffen, wie blind der Präsident herumwütet, und versucht nun, die Fäden in seinem Sinne zu spinnen: Weg mit dem Staat! Alle Macht den „freien“ Märkten und seinen superreichen Herren! Zwar trugen die USA das Gewand eines demokratischen Verfassungsstaates, doch verbarg dies kaum die schon lange dominante Plutokratie; das „Trusk“-Duo arbeitet nun an der Beseitigung dieses Gewandes.*

Nun hat Trump als Millionärssöhnchen und Immobilienhai aber doch einige Dinge gelernt: **Man muss nur herausfinden, womit andere erpressbar sind.** Er dürfte bei diesen Manövern relativ transparente bilaterale Situationen wie bei einem Immobiliendeal bevorzugen. Dabei geht es ihm stets ums Gewinnen an sich; denn dass Kooperation aus  $1 + 1 = 3$  machen kann, gehört nicht zu seinem Repertoire.

Natürlich weiß Trump, dass nur ein armer Schlucker wie der Kollege in Argentinien eine Kettensäge braucht. Trumps Waffen kommen aus der bewährten Gangsterpraxis: "Kaufst du nicht bei mir zu meinen Bedingungen, mache ich dir dein Geschäft und deine Lebensgrundlagen kaputt. Als US-Präsident brauche ich dafür nur Zölle und die Angst meiner „Partner“, den Zugang zum US-Markt zu verlieren". Oder in sicherheitspolitischer Dimension: „US-Schutz gegen andere Imperialisten in Moskau

und Peking gibt es nur gegen untertänigste Huldigung und Gehorsam!“ Kennen wir nicht exakt diese Methoden nicht von Mafia und Triaden gegenüber Pizzerien und Chinalokalen?

**Liebt er die Verbreitung von Angst so sehr, weil er selbst unter Angst leidet?**

Zeigen Trumps jüngste Vorstöße zur „Lösung“ des Gaza-Konfliktes oder zur vereinfachenden Arrondierung der US-Territorien um Kanada und Grönland nicht eben diesen Wunsch, die Welt möge sich an die Usancen des Immobilienhandels anpassen, damit sie ihm verständlicher wird?

Trump's Wiederaufstieg zum Präsidenten, der keinerlei Machtbeschränkung mehr anerkennen will, war ja auch denkbar primitiven Strategien zu danken:

1) *Beherrsche den öffentlichen Diskurs ohne Rücksicht auf Wahrheit und Anstand; „flood the zone with shit“, dann kann dich niemand mehr überfordern und du kannst dein Leben auf dem Golfplatz genießen.*

2) *Räume niemals eine Lüge oder einen Misserfolg ein, sondern wiederhole auch den größten Unfug solange, bis deine Anhänger dafür durchs Feuer gehen.*

3) *Male die Gegenwart nicht nur als Hölle, sondern als Folge kriminellen Verhaltens deiner politischen Gegner und von Immigranten.*

4) *Male die Zukunft unter deiner Führung als Paradies, verwende ständig Wörter wie „großartig“ – vor allem für dich selbst -, und verspreche die Lösung aller Probleme in kürzester Zeit.*

So hat Trump eine fast religiöse Gemeinde geschaffen, die es ihm erlaubt, das Gangsterprinzip der Disziplinierung durch Angst auch innenpolitisch sowie in der eigenen Partei zur Anwendung zu bringen: Wer nicht folgt oder widerspricht, wird als Abgeordneter im Kongress, als Gouverneur in Bundesstaaten oder auch als Staatsanwalt, Richter und einfacher Beamter Verfolgungen ausgesetzt und kann dann wohl seine weitere Karriere abschreiben. Bald werden wir amerikanischen Staatsbürgern Asyl zu gewähren müssen, die sich weigern, Trump-Lügen Wahrheit zu nennen und seinen Putschversuch von 2021 Patriotismus.

So wird nun mit MAGA nichts „Great“ sondern „Gruesome“:

**Make America Gruesome Again.**

Bereits jetzt nach wenigen Wochen ist Milliarden von Erdenbürgern gruselig, und zig Millionen spüren diese faschistoide und imperialistische Grausamkeit nach innen und außen. Denn Kettensägen sind brutale Werkzeuge, wenn sie ohne Verständnis der komplexen Waldökologie angewandt werden, und sogar blutig bei Anwendung auf Menschen.

Zurück zu des „Kaisers neuen Kleidern“, hier dem plutokratisch beschmutzten Verfassungsgewand einer US-Präsidentschaft: Wenn Trump auch aus Angst vor Entlarvung handelt, läge dann nicht ein Gegenrezept darin, deutlich zu publizieren, welches Trump-Bild in den Geschichtsbüchern der Zukunft wahrscheinlich ist? Kann es ihm und seinen jüngeren Anhängern egal sein, wie vernichtend diese Periode der US-Politik eines Tages beurteilt wird?

## **46 Über das Funktionieren der Demokratie im 21. Jahrhundert**

**GE, 28. Januar 2025**

„Die Demokratie scheint nur zu funktionieren, wenn der Glaube besteht, dass die Zukunft besser wird“ ist ein Zitat von Samuel Issacharoff einem Verfassungsjuristen an der New York University School of Law.

Dass dem demokratischen Westen dieser Glaube allmählich abhandenkommt, dürfte nicht unberechtigt sein. Es handelt sich um einen logischen Megatrend wie die globale Erwärmung; so wie das

Wetter um den Klimatrend herum schwankt, so dass viele Menschen sich mit dem Gedanken trösten, es sei doch immer mal kälter und mal wärmer gewesen, so wird der ökonomische Megatrend von Schwankungen der Konjunktur und des Regierungshandelns überlagert, so dass man stets behaupten kann, die Regierung sei schuld und man könne doch mit einem „Wachstumspaket“ den alten Expansionspfad wieder aufnehmen.

Nicht nur in unserem Bundestags-Wahlkampf werden zwei Argumentlinien für neuen Optimismus benutzt, die beide den Megatrend bewusst oder unbewusst leugnen. Es kommt den Propagandisten dabei auch nicht auf Wahrhaftigkeit an, sondern auf Wählerstimmen:

- man werde die nicht gehaltenen Versprechungen der Vergangenheit nun im besser gemanagten „Weiter so“ ganz sicher erfüllen und sogar mehr an Einkommen und sozialer Sicherheit realisieren
- man müsse nur die von weltfremden Eliten erfundenen und von „Systemparteien“ zur Knebelung des Volkes und des „Gesunden Menschenverstandes“ benutzten Ideologien wie Klimahysterie und Humanitätsduselei bei Minderheiten und Migration beiseitelegen. Ein radikaler „Politikwechsel“ könne den glücklichen Zustand der Vergangenheit wieder herstellen, wo Klima gottgegeben und ewig war und nur weiße Europäer überall hin durften.

Was sind nun diese Megatrends, die die Zukunft der westlichen Demokratien und insbesondere auch Deutschlands prägen werden und schon erkennbar beeinflussen:

- ökonomisch ist es der Wettbewerb mit immer mehr gleich kompetenten Menschen in aller Welt. Auf die Dauer kann kein Land besser leben als ein anderes, wenn beide gleiches Kompetenz- und Leistungsniveau haben; wer von der Natur zusätzliche Nachteile hat insbesondere bei Rohstoffen und Energien, wird sich besonders anstrengen müssen, um auch nur sein Niveau zu halten. Und wer demographisch altert, hat ein zusätzliches Problem. In der Vergangenheit konnten Westeuropäer Waren verkaufen, die für andere fast konkurrenzlos attraktiv waren; so konnten hohe Erlöse erzielt werden. Jetzt bietet z.B. China ebenfalls gute Autos, Laser und Solartechnik an und Indien Pharmazeutika und Stahl. Das Exportland Deutschland merkt dies besonders und muss zugleich erkennen, dass ein Gutteil des „Wohlstandsgewinns“ der letzten Jahrzehnte durch Vernachlässigung wichtiger Infrastrukturen „verdient“ worden ist – Bahn, Brücken und Bundeswehr sind unabwiesbare Beweise.
- aus ökologischen Gründen wird die Menschheit insgesamt viel Arbeit und Ressourcen aufwenden müssen, um die geschädigte Natur des Planeten zu sanieren und trotz wahrscheinlich unaufhaltsamer globaler Erwärmung und Extremwetter-Katastrophen gut und sicher zu leben. Man kann dabei Lebensqualität gewinnen aber sicher keinen Zuwachs an Konsum, was für die ganz große Mehrheit der Menschheit die Kardinalfrage jener Hoffnung auf bessere Zukunft ist – auch in den Demokratien.

Demokratische Rechte und Freiheiten werden unverändert dort hoch geschätzt, wo sie fehlen und Gewalt herrscht, nicht aber dort, wo sie selbstverständlich geworden sind, langweilig und oft wegen der vielen Streitereien ärgerlich.

Gerade in Wahlkampfzeiten wie gerade erst in USA oder jetzt in Deutschland wird all das sehr plastisch: die Freiheit wird genutzt, um immer mehr Parteien ins Rennen zu schicken, die immer kleinere Anhängerschaften mit Schlagworten an sich binden wie „Frieden“ oder „Remigration“, die die Langeweile sorgfältigen Abwägens durch Entertainment überwinden, wobei Lügen und Beschimpfungen die notwendige Aufmerksamkeit schaffen. Wieviel ist jenen Freiheit wert, denen gesagt wird, sie seien das Maß guten Urteilsvermögens, repräsentierten den gesunden Menschenverstand, während die Verführer über die mangelnde Kompetenz der Normalbürger und ihre Neigung zum ressentimentgeladenen Vorurteil lachen. Denn es ist wie beim BREXIT: man will ja gar keine „Volksherrschaft“ a la „take back control“, sondern nur die Befriedigung des machtgeilen Egos.

Wenn diese Analyse einigermaßen richtig ist, dann stellt sich die ernste Frage, ob Politiker und Parteien in unseren Demokratien noch fähig sind, die globalen Wahrheiten und Trends selbst zu schildern und die Bevölkerung auf die Herausforderungen einzuschwören. Der ehemalige Ministerpräsident und Verfassungsrichter Peter Müller hat kürzlich in der Süddeutschen Zeitung bei ähnlicher Sicht der Dinge Verständnis geäußert, dass Politiker eben keinen Selbstmord begehen würden; wer negative Wahrheiten erkläre, habe schon verloren.

Wenn also Politiker die Demokratie nicht retten können, dann blieben eben doch nur Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft mit Autorität und Beliebtheit, also Künstler, Wissenschaftler, erfolgreiche Unternehmer und Gewerkschaftler, Autoritäten religiöser Gruppen, also die geschmähten Eliten, sich zusammenzutun zu einer riesigen Kampagne für die faktengerechte Darstellung der Lage des Landes in einer Welt, die das Ende des materiellen Wachstums spürt und gerade deshalb den Frieden nur wahren kann, wenn sie auch den ärmeren 7 Milliarden Menschen ihren Aufstieg gönnt und ermöglicht. Europa müsste dabei nicht arm werden – nur ärmer an Schnickschnack und Luxus.

## 45 Trump im Caesarenmantel

Ein Beitrag zur größten Inauguration der Weltgeschichte

Von Gerd Eisenbeiß , im Januar 2025

Mit der Persönlichkeit Donald Trumps haben sich schon unendlich viele Beobachter auseinandergesetzt, auch ich selbst. Zweck dieser Analysen war zumeist der Versuch einer Verhaltensprognose für die Zeit seiner Machtausübung. Da es sich bei den allermeisten Beiträgen genauso um Ferndiagnosen handelt wie hier bei meinen Aussagen, also um Meinungen ohne wissenschaftliche Beweiskraft, sehe ich keinen Grund, meine Schlussfolgerungen nicht in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

**Was also ist mein Bild dieses Mannes und was meine Erwartung?**

**Ich sehe da eine absolut egozentrierte Person, die in ihrer Performance 2 Oberziele verfolgt:**

- **die eigene globale Wichtigkeit tagtäglich unter Beweis zu stellen**
- **bestehende und selbst initiierte Konfliktfelder stets als Sieger zu verlassen.**

**Wenn man sich auf dieser Grundlage fragt, was kommen könnte, klingt manches fast selbstverständlich wie Satire – aber wer ist da überrascht?**

Das erste Ziel ist schon jetzt tagtäglich zu beobachten. Möglicherweise gibt es in seinem Team Leute, die ihm jeden Tag einen Satz, einen Vorschlag, eine Beleidigung, eine Lüge, einen Tabu-Bruch oder jedenfalls etwas in dieser Art vorschlagen mit dem Ziel, Aufmerksamkeit und Aufregung zu erzeugen und in die Schlagzeilen und auf die Bildschirme zu kommen. Trump möchte die nationale und globale Agenda konkurrenzlos bestimmen; alle sollen über ihn reden – selbst wenn sie den Kopf schütteln.

Wir Normalmenschen in Kleinstaaten sollten uns also darauf einstellen, dass da nach den US-Ansprüchen auf Grönland, Panama-Kanal und Kanada, auf 5%ige Rüstungsbudgets, nach Forderungen auf Abriss europäischer Windanlagen und Kauf amerikanischen Fracking-Gases noch vieles kommt wie zum Beispiel die Forderung, Ramstein als exterritoriales US-

Territorium abzutreten und Leute wie Starmer und Scholz ins Gefängnis zu stecken und Alice Weidel zur Kanzlerin zu machen.

Zum Handwerk des Trump-Teams wird auch das Streuen von Gerüchten gehören, die Trump in den Mittelpunkt stellen, z.B. Scheidungsgerüchte oder Nobelpreisnominierungen. Wäre es für Trumps Griff nach Grönland wegen nationaler Sicherheit nicht vorteilhaft, ein Gerücht in die Welt zu setzen, Russland verfolge dort militärische Interessen? Ein Dementi aus Moskau wäre leicht zu entkräften, da Moskau stets lügt, bis es angreift. Für die Boulevardpresse und entsprechende TV-Sender wird das Gerücht wochenlang Substanz liefern, dass zwischen Donald und Giorgia M. mehr ist als eine Staatsaffäre. Apropos Friedensnobelpreis: Trump könnte öffentlich beklagen, dass der Preis unangemessen niedrig sei; Musk könnte dann „spontan“ eine Verdreifachung der Preisdotierung anbieten. Das würde wiederum wochenlang alle Medien beschäftigen mit der Frage, ob da nicht der Friedens-Nobelpreis Trump-würdig ausgestattet werden soll. Und natürlich stehen Mengen von vorschlagsberechtigten Personen bereit, Trump auf die Vorschlagsliste zu setzen – natürlich erst, wenn zu seinem 2. Oberziel entsprechende Heldentaten vollbracht wurden.

Heldentaten! Siege! Was könnte das sein?

Da Trump nur wenig Zeit zu brauchen behauptet, um den Ukrainekrieg zu beenden, wird er sich alsbald mit Putin treffen. Nach intensiven Gesprächen auf allen Ebenen könnte es dann zu einem bilateralen Entscheidungstreffen kommen. Trump könnte es insbesondere im Nachhinein als genialen Schachzug preisen, Putins Einladung nach Jalta gefolgt zu sein. Denn das geheim vorverhandelte Ergebnis wäre ganz nach Trumps Geschmack – ein Riesenerfolg seiner „Kunst des Deals“: Putin behalte nur die Krim, verzichte aber auf die Ukraine und – das wäre dann seine, Trumps, historische Großtat – auf alle Ansprüche auf amerikanisches Territorium einschließlich Grönland und Nordpol - so jedenfalls Trumps Darstellung für seine jubelnden Anhänger nach dem Treffen. Im Interesse der Menschen, des Friedens und geschichtlicher Gerechtigkeit werde die Ukraine Teil von Belarus und damit der russischen Diktatur entzogen bleiben.

Trump dürfte nach einem solchen Erfolg dänische Proteste ignorierend auch darauf hinweisen, dass MAGA so seine buchstäbliche Erfüllung finde, da Grönland die USA um 2 Mio. km<sup>2</sup> größer machen werde. Amerika werde sicherer und die Amerikaner könnten wieder ruhig schlafen wie damals, als er in Singapur Kim Jong-on als Freund gewonnen habe.

Eine andere Großtat könnte die Wiedervereinigung Chinas sein, von Trump als weiteres Beispiel eines genialen Deals vermittelt. Die geniale Lösung wäre ein Kompromiss: Taiwan übernehme Festlandchina und Xis politische Organisation die Regierung dieses neuen China. Nach der Einigung könnten die Freunde Don und Jing-ping eine gemeinsame Kreuzfahrt durch Trumps Panamakanal ankündigen, die beide nach Taipeh bringen würde.

Da würde der Ruf nach dem Friedensnobelpreis nicht länger auf sich warten lassen.

Genial könnte auch Trumps Lösung des Palästinakonfliktes sein. Trump könnte in Gaza einen neuen Golfplatz anlegen lassen, auf dem er sich mit Freund Netanjahu treffen würde. Donald würde Bibi mit seiner Autorität und seinem sprichwörtlichen Charm von der Zwei-Staatenlösung überzeugen. Man könnte übereinkommen, den Palästinenserstaat östlich des Euphrat im Nordosten Syriens einzurichten, sobald Erdogan das Gelände von dort lebenden Terroristen gesäubert hat.

Im Lichte, ja im Glanz solcher Erfolge könnte es auch Trump auffallen, wie logisch Australien und Neuseeland Teile eines pazifisch orientierten Amerikas wären. Wer will ausschließen, dass dieser Gedanke in einer seiner nächsten großen Reden auftaucht? An diesem Blog-Beitrag wird es nicht gelegen haben – dazu ist Trump selbst, sein Freund Musk und das Team MAGA viel zu kreativ, den Stoff zu finden, aus dem man dem Präsidenten einen Caesaren-Mantel weben kann. Trump soll kürzlich gesagt haben – und ich hoffe, dass mein Zitat ihn nicht versehentlich abwertet - er sei der Mittelpunkt des Universums – wir dürfen erwarten, dass er das noch bewiesen wird!

## 44 2025 Wie es kommen kann!

Ein deutscher Alptraum

Gerd Eisenbeiß, im Dezember 2024

2040 wurde nach dem erfolgreichen Sturz der deutschen „Volksregierung“ eine Dokumentation der Ereignisse seit 2025 erarbeitet. Man wählte die Form, Meldungen chronologisch zusammenzustellen, die die Schritte beim Abbau der rechtsstaatlichen Demokratie dokumentieren; hier ein Auszug mit wesentlichen Etappen:

Berlin, 26. September 2025: Heute hat der Bundeswahlleiter das endgültige Bundestagswahlresultat bekannt gegeben: Stärkste Partei wurde die neue „Allianz freier Deutscher“ (AFD) mit 37%, ihr folgten die CDU mit 18%, die GRÜNEN mit 13%, die SPD mit 12% und die Freien Wähler mit 7%. Unter den gescheiterten Parteien sind zu nennen die CSU, die nur in Bayern angetreten ist, die Bewegung Sarah Wagenknecht und die LINKE mit je 3,8% sowie einige Splitterparteien. Damit beansprucht die Allianz und ihr Kanzlerkandidat Björn Krahdella, mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden. Die Allianz für Deutschland Krahdellas war aus einer Fusion der früheren Alternative für Deutschland mit verschiedenen Gruppen wie den Freien Sachsen und Identitären Jugendgruppen hervorgegangen; ihr Führer Krahdella gilt als kraftvolle Vereinigung von Eigenschaften früherer AFD-Granden.

*Die Wahl war nötig geworden, weil am 23. Februar 2025 keine Regierungskoalition gebildet werden konnte. Zwar waren Union und SPD mit zusammen 45% koalitionswillig, aber ihnen fehlen einige Stimmen zur Mehrheit; diese bestand aus AFD (22%), Grünen (15%) und BSW (9%). Union und SPD erklärten, weder mit AFD noch mit BSW koalieren zu können. Die Grünen wurden von der CSU ebenso entschieden abgelehnt. Die SPD drohte dem Kanzlerkandidaten der Union mit ihrer Verweigerung zu weiterer Zusammenarbeit, falls er sich von der AFD wählen und tolerieren lassen wolle. So amtierte Kanzler Scholz über ein chaotisches Frühjahr ohne Mehrheit und mit Nothaushalt.*

*Derweil verschärfte sich die Wirtschaftskrise mit rasch ansteigenden Arbeitslosenzahlen. Gleichzeitig stiegen die Umfragewerte von AFD und BSW, da auch ein neuer Flüchtlingsstrom aus USA Deutschland erreichte – Menschen auf der Flucht vor Trumps Rachediktatur. Schließlich ermöglichte Scholz und der Bundespräsident Neuwahlen im Frühherbst in der Hoffnung auf eine kompatible demokratische Mehrheit.*

Berlin, 5. Oktober 2025: In den letzten Tagen haben sich alle Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sein werden, zu den verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten positioniert. Nachdem Herr Aloys Erlanger, der Vorsitzende der Freien Wähler, erklärt hatte, dass man zu Gesprächen mit Herrn Krahdella bereit sei, da man gemeinsam eine stabile Regierung bilden

könne, äußerte auch Friedensreich Mai, der CDU-Vorsitzende, seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Koalition der Größten, wenn seitens der Allianz der Fortbestand der Demokratie garantiert werde.

Berlin, 13. Dezember 2025: Gestern erklärten die Herren Krahdella und Erlanger, dass man sich einig sei, eine gemeinsame Regierung zu bilden, um dem Deutschen Volk endlich wieder eine nationale Regierung zu bieten. Man werde sich als „Volksregierung“ bezeichnen und handeln, Deutschland also den Deutschen zurückgeben, wie es insbesondere Herr Gauland und Herr Erlanger schon seit Jahren gefordert hätten.

Berlin, 13. Januar 2026: Heute konnte nach langen Verhandlungen zur Personalliste und zum Regierungsprogramm die Volksregierung unter Kanzler Krahdella gebildet werden. Es besteht eine solide Mehrheit im Bundestag für die Wahl des Bundeskanzlers. Seitens des Bundespräsidialamtes hieß es trocken, der Bundespräsident werde den gewählten Kanzler auch ernennen, behalte sich aber vor, die Kabinettsliste kritisch auf Verfassungstreue der Kandidaten zu prüfen.

Berlin, 26. Februar 2026: Der Regierungssprecher teilte von der letzten Kabinettsitzung mit, man habe in großer Einigkeit beschlossen, eine Nationalgarde aufzustellen, die dem Bundeskanzler direkt unterstellt werde.

Hamburg, 1. März 2026: Journalisten der „Norddeutschen Zeitung“ und des ZDF behaupten, festgestellt zu haben, dass bei der Aufstellung der Nationalgarde auffällig viele junge Männer aus der AFD-Jugend sowie der Identitären Bewegung eingestellt würden.

Mainz, 5. März 2026: Das ZDF berichtet von Demonstrationen hunderttausender Bürger in vielen Städten gegen die neue Regierung und ihre Nationalgarde.

Berlin 22. März 2026: Die Regierung gibt bekannt, dass sie den Personalmangel an den deutschen Gerichten durch eine kräftige Aufstockung bekämpfen wolle; gleichzeitig seien „strukturierende Maßnahmen“ in der Organisation des Gerichtswesens vorgesehen, um unsinnig lange Verfahren zu vermeiden. Der Justizminister, ein Landwirt aus Bayern von den Freien Wählern, erklärt dazu: „Wenn eine Schuld für das intelligente Volk unzweifelhaft ist, sollten Gerichte kürzeren Prozess machen dürfen“. Wegen der bisherigen Überlastung älterer Richter werde er in kritischen Fällen Frühpensionierungen durchführen und engagierten jungen Juristen eine Chance geben.

Berlin, 2. Mai 2026: In der lange erwarteten Bundestagsrede hat sich Bundeskanzler Krahdella erstmals seit der Wahl an die Menschen mit nicht-deutscher Identität gewandt und sie gebeten, ihren Heimat- und Herkunftsländern bei deren Entwicklung zu helfen. Deutschland werde seine beträchtliche Entwicklungshilfe auf die humanitäre Unterstützung bei der Übersiedlung konzentrieren. Es sei für alle in Deutschland wichtig, dass man sich zuhause fühle und unter Gleichgesinnten, wobei kulturelle und religiöse Geborgenheit ein wichtiges Menschenrecht sei. Er werbe für Verständnis, dass auch das Deutsche Volk lange genug Gastgeber, ja großzügiger Gastgeber gewesen sei. Wenn dieses Kapitel nun abgeschlossen werde, werde Deutschland sich bei finanziellen Rückreisekosten wiederum großzügig zeigen. Auch bat der Bundeskanzler um Verständnis, dass die Wohnungsengpässe Räumungen erforderlich machten, die natürlich nicht die deutschen Stammbewohner betreffen. Es sei darüber hinaus wichtig, dass die Heimreisenden in ihren Ländern von der großen deutschen Kultur berichteten, die daselbst sicher als Vorbild begriffen werde. Schließlich stehe für die Volksregierung der Mensch im Mittelpunkt, dessen Recht auf Heimat er mit allem Nachdruck unterstütze.

Der Regierungssprecher kommentierte die Aussagen des Bundeskanzlers später mit einem trockenen „Versprochen – Gehalten“.

Nach Abschluss der Bundestagssitzung traf sich der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten Geerd Wilders aus den Niederlanden und Viktor Orban aus Ungarn sowie Volkskanzler Kickl aus Wien, um die ersten Schritte zur Auflösung der EU zu besprechen. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen gab es bei diesem Gespräch heftige Kontroversen darüber, ob

man der Russischen Föderation engere Kooperation anbieten sollte, was der Niederländer strikt ablehnte.

Berlin, 6. Juni 2026: Die unsägliche Berichterstattung einiger Medien, insbesondere von ZDF und ARD, führte gestern zu ersten Festnahmen von Journalisten und Redakteuren wegen Verbreitung von Falschnachrichten zulasten des deutschen Volkes und seiner Volksregierung. Die „Norddeutsche Zeitung“ berichtet an diesem Tag auch von Geheimgesprächen darüber, wie man die ärgerliche Haltung der meisten Verfassungsrichter ändern könne, deren Urteile dem Volk zumeist unverständlich seien.

Stuttgart, 4. August 2026: Aus der Staatskanzlei, in der Frau Alina Wundel (AFD) als Ministerpräsidentin regiert, sickerte eine Indiskretion durch: man könne dem Beispiel Frankreichs und anderer Demokratien folgen und einen vom Volk zu berufenden Staatsrat bilden, der nicht nur das Verfassungsgericht kontrollieren und im Interesse des Volkes korrigieren, sondern auch den ungeliebten Präsidenten kaltstellen könne, bis man 2027 z.B. Aloys Erlanger oder Björn Zecke ins Präsidentenamt wählen könne.

Karlsruhe, 6. August 2026: Trotz allgemeiner Urlaubszeit ist die Aufregung in der Stadt der Bundesgerichte besonders groß. Die Mitglieder der Senate äußern sich empört und in dieser Empörung keineswegs überparteilich. Auch in der Karlsruher Bevölkerung gärt es gefährlich. Die Parteivorsitzenden Friedensreich Mai von der CDU, Stumpfheil (SPD) und Hoffeger (GRÜNE) ermahnten die Regierung in leidenschaftlichen Reden, die demokratische Verfassung nicht anzugreifen; dabei erinnerte man auch an das Widerstandsrecht, wenn solches geschehen sollte.

Karlsruhe 13. August 2026: Nach den heftigen Tiraden einiger Verfassungsrichter sowie Massendemonstrationen in der Karlsruher Innenstadt mit einigen demolierten Schaufenstern und gestürzten Polizeiwagen, hat die Bundesregierung die neue Nationalgarde nach Karlsruhe geschickt. Der von der Volksregierung eingesetzte Generalbundesanwalt, ein enger Weggefährte des Bundeskanzlers, hat die Strafermittlungen gegen die Mehrzahl der Verfassungsrichter an sich gezogen und dem kommandierenden General der Nationalgarde gestattet, den Karlsruher Oberbürgermeister festzusetzen.

Berlin 14. August 2026: Bundeskanzler und Justizminister erklären ihre unerschütterliche Entschlossenheit, das deutsche Volk und die demokratische Verfassung vor Subjekten zu schützen, die aufwiegeln und Gewalt provozieren. Man werde den deutschen Bundestag bitten, die Zusammensetzung der Karlsruher Gerichte zu überprüfen und Neuwahlen zu organisieren wo nötig.

Berlin 23. August 2026: Der Bundesjustizminister gibt das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie bekannt, die besagt, dass Parteien, die sich nicht im ganzen Bundesgebiet zur Wahl gestellt haben, verfassungsgemäß keinen Anspruch auf Sitze im Deutschen Bundestag haben. Er habe dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Zecke, mitgeteilt, dass den illegalen Abgeordneten ab sofort der Zugang zum Reichstagsgebäude zu verwehren sei. Über die Modalitäten der Räumung von Diensträumen gebe er dem Parlament großzügig Gestaltungsfreiheit. Durch das Ausscheiden der verfassungswidrig im Bundestag sitzenden Abgeordneten der allein betroffenen Unionsparteien werde die demokratische Politik transparenter und konsistenter.

Mainz, 30. August 2026: Heute räumte die Nationalgarde die Chefetage des ZDF, nachdem die Leitung des Senders wegen Volksaufwiegelung angeklagt worden war. Der Sender hatte am Vorabend über die Vorgänge im Bundestag berichtet und durch seinen Chefjuristen behauptet, es handle sich um einen Putsch der Regierung gegen die Demokratie, wie man es von Hitler in Erinnerung habe. Kanzler Krahdella stellte in einer Erklärung fest, niederträchtiger als die Redakteure könne man sich am Deutschen Volk nicht versündigen; er habe den eisernen Willen, von nun an Deutschland von solchem Gesindel zu reinigen.

London, 6. Dezember 2026: Die britische Presse berichtet von zunehmenden Flüchtlingszahlen aus Deutschland. Vielfach äußerten die Menschen Angst als Fluchtmotiv; man habe die vielen Racheschwüre noch im Ohr, die AFD-Funktionäre schon lange vor der Bundestagswahl gegen Demokraten geleistet hätten. Deutschland falle klar in den Geist von 1933 zurück. Manche fügten hinzu, dass auch Frankreich kein sicheres Fluchtland mehr sei, da die dortige Situation eindeutig in die gleiche Richtung ginge.

Berlin, 3. März 2027: Die deutsche Presse jubelt: endlich hat die „Volksregierung“ mit ihrer absoluten Mehrheit im Bundestag den von den Alliierten aufoktroierten Föderalismus optimiert, wie es der Sprecher der Bundesregierung nannte. Nicht, dass man die Länder abgeschafft hätte, nein, man hat nur das Durcheinander verschiedener Koalitionen in den Landeshauptstädten beendet. Die Landtage werden abgeschafft und die regionalen Regierungen werden von Gouverneuren geleitet, die das Vertrauen des ganzen Volkes haben, also vom Bundestag gewählt würden. So mache das große Ziel der „Volksregierung“ weitere Fortschritte in Richtung einheitlicher, streitfreier Entscheidungen, wie sie im Sinne der Volkseinheit sinnvoll sind. Besonderes Presselob erhielt die Volksregierung für die neue zentrale Schulpolitik; endlich sei Schluss damit, die deutsche Geschichte schlecht zu reden wegen einiger Fehler früherer Reichsregierungen. Auch sollten nun Schulbücher und Lehrpläne wieder auf ein normales gesundes Familienbild ausgerichtet werden, wo die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ihrer jeweiligen Natur entspricht und keiner künstlichen Gleichheit. Über Abweichungen von der natürlichen Sexualität sollte nicht unterrichtet werden; solche Fehlentwicklungen müssten ärztlich behandelt werden.

London, 10. März 2027: In der britischen Presse wird mit Abscheu berichtet, wie die deutsche Regierung die Medien nun endgültig ihrer Freiheit beraubt habe. Begonnen habe die Gleichschaltung, indem man in Geheimgesprächen die US-Milliardäre Musk, Thiel und Koch animiert habe, die deutschen Verlage aufzukaufen und „auf Linie“ zu bringen. In den Sendern habe man schon zuvor für Regierungstreue gesorgt. Der Bevölkerung sei erklärt worden, dass es im Sinne kostengünstiger faktengeprüfter Information sei, wenn nicht bei jedem Bundesligaspiel dutzende Journalisten herumsäßen, sondern nur einer. Das sei erkennbar billiger; und so sähe es auch beim Rest der täglichen Informationsversorgung aus - schließlich habe man auch nur einen auf die Wahrheit vereidigten Regierungssprecher. Der Nutzen für die Bevölkerung werde unmittelbar ausgezahlt: Rundfunk- und Fernsehgebühren entfielen ab sofort. Und die nun von Herr Elon Musk kontrollierte Bildzeitung werde ebenfalls umsonst zu haben sein. Der Bundeskanzler ließ sich dazu wie folgt zitieren: „Es kann keine Demokratie bestehen, wenn das Volk keine zuverlässige, also geprüfte Fakteninformation erhält. Und dafür sorgt ab jetzt die frei gewählte Volksregierung.“

Moskau, 1. September 2027: Der viel beachtete erste Kanzlerbesuch in Moskau erbrachte, so der Regierungssprecher und dann auch die Schlagzeilen der Presse, einen spektakulären Abschluss über neue Gasverträge mit der russischen Föderation. Kanzler Krahdella wurde besonders dadurch geehrt, dass er in der Duma eine programmatische Rede an das russische Volk richten durfte. Er führte unter anderem aus, die Zeit sei vorbei, in der Deutschland unter amerikanischem Diktat die russischen Sicherheitsinteressen missachtet hätte. Die ur-russischen Städte Kiew und Odessa seien hoffentlich bald wieder zuhause im heiligen Russland. Deutschlands natürliches Interesse sei ein gutes Verhältnis mit diesem Russland – das war historisch so und müsse es ab jetzt wieder sein. Selbstbewusst verwies Krahdella auf die industrielle Kompetenz Deutschlands, die sich mit dem Rohstoffreichtum Russlands inniglich verbinden müsse, um zu florieren. Der heutige Tag sei eine Zeitenwende, da Deutschland zu seinen natürlichen Freunden zurückkehre. Die Rede wurde mit stehenden Ovationen belohnt. Der Kanzler sowie die deutsche Botschafterin, Frau Wagenheber, wurden mit höchsten Orden geehrt.

Brüssel, 10. Dezember 2027: Heute trat der EU-Rat möglicherweise zum letzten Mal zusammen. Deutschland, Österreich, die Niederlande, Ungarn und Italien hatten die Auflösung der EU beantragt. Da die skandinavischen Staaten unter dem Einfluss ihrer Rechtskoalitionen keinen Widerspruch einlegten, verblieben nur die Iberer sowie die von Russland bedrohten Osteuropäer und Balten. Frankreichs neuer Präsident aus den Reihen der Sozialisten versuchte zwar, die Katastrophe (so seine Worte) zu verhindern, sah sich aber selbst in Frankreich einer breiten Mehrheit von Links- und Rechtsradikalen gegenüber, so dass sein Wort kaum mehr Gewicht hatte als das seines Vorgängers. Aus Amerika hatte Präsident Trump den Schritt zur Auflösung der EU begrüßt, ebenso der russische und der chinesische Präsident: die Rückkehr zur national-souveränen Staatenordnung sei überfällig und sichere den Weltfrieden.

Bad Neuenahr, 3. Februar 2028: Das Ahrtal ist gestern erneut dermaßen katastrophal im Dauerregen ertrunken, dass Menschenströme nach Bonn, Köln und Koblenz an den Rhein drängen. Fast 7 Jahre nach der ersten Überschwemmungskatastrophe verlieren die Menschen erneut ihr Hab und Gut und damit ihre Geduld. Indonesische Wissenschaftler verweisen auf die weiter gestiegenen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die für solche Unglücke Ursache seien. Deutsche Wissenschaftler beteiligen sich nicht an einer solchen Ursachenzuschreibung, nachdem die Volksregierung hatte feststellen lassen, dass das Gerede von menschengemachter Erderwärmung frei erfundener Unsinn sei – da sei man sich mit der US-Regierung sehr einig. Klimaforschung erhielt schon seit Anfang 2026 keine staatliche Unterstützung mehr, und eine Reihe von neu besetzten Staatsanwaltschaften verfolgte Journalisten und Wissenschaftler wegen leichtfertiger Verbreitung von unbewiesenen Vermutungen und Volksverhetzung.

Berlin, 10. Januar 2029: Die Jahresrückblicke der Volksregierung und unabhängiger Beobachter in Großbritannien konnten verschiedener nicht sein. Während Regierung und deutsche Medien über die wieder gefundene Stärke jubelten, analysierten Briten und Brasilianer schonungslos den Niedergang der deutschen Industrie und Kultur. Die massive fluchtartige Auswanderung von Deutschen (auch solchen ohne Migrationshintergrund), hat viele gesellschaftliche Bereiche der Funktionsfähigkeit beraubt. Darüber hinaus wurde eine allgegenwärtige Furcht spürbar, etwas zu sagen oder zu tun, was die immer konsequenter vorgehenden Staatsanwaltschaften und Polizei für Lüge oder undeutsche Unbotmäßigkeit hielten und verfolgten. Immer mehr unabhängige Beobachter diagnostizierten eine um hundert Jahre versetzte Wiederholung der deutschen Katastrophe von 1933 bis 45.

London, 1. Februar 2029: Die internationale Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf in Deutschland kommentiert die radikale Einseitigkeit der deutschen Medienlandschaft. So zeigten die öffentlichen und privaten TV-Kanäle jeden Tag den Bundeskanzler in attraktiven Situationen; stets könne er ein paar gewichtige Sätze in die Mikrofone sprechen, die seine Leistung, seine Kompetenz und die ärgerlich falschen Argumente der Opposition zum Gegenstand hätten. Friedensreich Mai, dem aussichtsreichsten Gegenkandidaten, werde seine Zeit bei einem amerikanischen Investor als Beweis dafür vorgehalten, dass er ein Agent der Amerikaner sei; sein privater Luxus zeige zudem, dass er kein Repräsentant deutscher Tugenden von Demut und Bescheidenheit sei, sondern ein ausbeuterischer Protz.

Berlin, 28. November 2029: Das Wahlergebnis wird in fast allen deutschen Medien frenetisch gefeiert. Die mittlerweile mit den Freien Wählern fusionierte Allianz freier Deutscher hat mit 60% eine hohe absolute Mehrheit erreicht; zusammen mit den 6% der erstarkten Heimatpartei (früher NPD) könne man nun auch die Verfassung ändern. Die CDU ist als CDSU in den Bundestag zurück gekehrt, nachdem sich CDU und CSU zu einer Partei zusammenschlossen und in ganz Deutschland kandidierten.

Den Haag, 2. April 2030: Die Niederländer haben die Nase voll. Die Wilders-Regierung ist abgewählt, der König hat sich an die Spitze einer demokratischen Revolution gestellt und das Volk hat nun wieder aufrechte Demokraten ins Parlament gewählt. In den ersten Verlautbarungen distanzierte sich der neue liberale Ministerpräsident auch von Deutschland und seiner

Volksregierung. Er appellierte an die freie Welt, Deutschland zusammen mit Russland zu isolieren.

Brüssel, 2. Mai 2030: Der niederländische Schwenk zurück zu Demokratie und Kooperation hat vielleicht gerade noch rechtzeitig die formelle Auflösung der EU verhindert. Zwar blockierten Deutschland, Österreich und Ungarn weiterhin jeden Fortschritt gemeinsamer Politik, aber auch in Skandinavien hatten Konservative und Sozialdemokraten zu stabilen Mehrheiten gefunden und damit den Einfluss rechtsradikaler Parteien zurück gedrängt. Spanien und Portugal waren ohnehin auf europäischer Linie geblieben, weil auch dort Koalitionen der Mitte gebildet werden konnten. Auch Italien hatte genug vom Fast-Faschismus der Melonenzeit und hatte mit großer Mehrheit die neue, vielversprechende Partei „Azzurro“ („Himmelblau“) gewählt. So besteht nun die EU mit ihren Institutionen weiter, allerdings weitgehend handlungsunfähig. Selbst in der deutschen Volksregierung gibt es einflussreiche Personen, die den wirtschaftlichen Niedergang Deutschland nicht durch Zollgrenzen zu den Nachbarn beschleunigen wollen.

Straßburg, 10. Juni 2031: Das machtlos dahin dümpelnde EU-Parlament hat nun in einer Resolution festgestellt, das schlimmste Opfer der derzeitigen politischen Situation sei der stagnierende Klimaschutz. Das treibe die Welt mittlerweile unaufhaltsam in Richtung 2,5°-Erwärmung mit all den schrecklichen Folgen.

Berlin, 19. März 2033: Die termingerecht abgehaltene Bundestagswahl hat die Machtverhältnisse nur leicht zulasten der Allianz (55%) verschoben; auch ist die „Heimat“ an der 5-Hürde gescheitert. Wie in England und den skandinavischen Staaten erlebten die deutschen Sozialdemokraten einen Wiederaufstieg auf 22%, weil immer mehr Deutsche trotz des Propagandadrucks den Wert von nationaler und internationaler Solidarität und Kooperation erkannten. Zudem waren die internationalen und deutschen Katastrophen in Folge der Erderwärmung nicht länger zu ignorieren. Immerhin leugneten einige weibliche AFD-Minister nicht länger, dass es eine menschengemachte Erderwärmung gebe, man könne nur leider nichts dagegen tun.

New York, 4. Mai 2035: Überrascht nimmt die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen ein neues Gesicht zeigt. In vielen Weltgegenden ist die Welle der isolationistischen Regime gestoppt. In Afrika und Lateinamerika hat die Demokratie nicht nur überlebt, sondern manche Entwicklung aus den frühen 20er Jahren zurückgedreht. Die USA werden von einer farbigen Präsidentin regiert, Trump und einige ähnliche Monster in anderen Ländern sind in der Versenkung verschwunden, Indien ist unter einer nicht mehr hindu-nationalistischen Regierung weiter gewachsen, während China seinen Bevölkerungs- und Bedeutungsschwund nicht stoppen kann, solange es im Würgegriff der Xi-Nachfolger leidet. Der neue indonesische UN-Generalsekretär gibt der wiedergewonnenen freiheitlichen Richtung ein überzeugendes Gesicht und laute Stimme; unmissverständlich spricht er aus, dass nur demokratische Ländern den Geboten der Menschenrechtskonvention von 1948 entsprechen. Dass bei seiner Rede nur der russische und der deutsche Botschafter den Saal verließen, macht der Welt Hoffnung.

München, im Sommer 2039: Die Münchner haben die Nase voll. Unter Führung von CDSU-Politikern fand eine Massenkundgebung für Demokratie und gegen die sog. Volksregierung statt. Die vom bayrischen Gouverneur gerufene Polizei verweigerte den Einsatz gegen die protestierende Bevölkerung. Als bekannt wurde, dass der Gouverneur in Berlin um den Einsatz der Nationalgarde gebeten hatte, stürmten die Menschen den Sitz der Regionalregierung. Diese Vorgänge fanden schnelle Nachahmung in den fränkischen Städten von Würzburg bis Nürnberg und bald auch in Freiburg, Karlsruhe, Hannover, Bremen und schließlich in Berlin. Der Einsatz der Polizei und an einigen Stellen auch der Nationalgarde empörte auch die Bevölkerung am Rhein. Deutschland probte den Aufstand, den die Regierung auch im Herbst nicht unter Kontrolle bringen konnte.

Berlin, 25. 12. 2039: Die Weihnachtsansprache von Bundespräsident Björn Zecke war an Kompromisslosigkeit nicht zu überbieten. Der deutsche Mann müsse sich bewaffnen und den demonstrierenden Terroristen entgegentreten; Treue sei seine Ehre. Da dürfe es kein Zögern und keine Gnade gegenüber dem Pöbel geben, bis Deutschland wieder rein sein. Er selbst werde bewaffnet durch Berlin gehen und an der Spitze der Nationalgarde für Ordnung sorgen.

Berlin, 10. Januar 2040: Gestern hat sich eine Gruppe von Bundeswehroffizieren mit ihren Truppen dem Bundespräsidenten und der Nationalgarde entgegengestellt. Bevor es zum Kampf kam, hat der Bundeskanzler die Führung der Bundeswehr zum Eingreifen und zur Verhaftung der aufständischen Soldaten befohlen. Der Generalinspekteur und die Mehrzahl der Generäle wiesen diesen Befehl als außerhalb ihrer Dienstverpflichtung zurück. Als dies bekannt wurde, verließen tausende Soldaten und Offiziere ihre Bundeswehrkasernen, um an der Seite der Bevölkerung zu stehen.

Karlsruhe, 12. Januar 2040: Bundeswehroffiziere haben den Generalbundesanwalt in seinem Büro festgenommen, als dieser vor den demonstrierenden Bürgern fliehen wollte. Diese Nachricht zündete den entscheidenden Schritt der Bundeswehr-Generalität, auch die sog. „Volksregierung“ sowie ihre Abgeordneten festzusetzen. Die Leitung der Bundeswehr bekannte sich in einer international verbreiteten Erklärung dazu, mit diesem Putsch die von der Koalition beseitigte Ordnung des Grundgesetzes in der Form von vor 2025 wieder in Kraft zu setzen. Man werde die Souveränität mittels eines Expertenkabinetts nur so kurz ausüben, wie zur Vorbereitung freier Wahlen zum Bundestag und den wieder einzusetzenden Landesparlamenten notwendig sei. Die Mitglieder der Bundesregierung sowie einige Funktionsträger der undemokratischen Unterdrückung Deutschlands blieben unter Aufsicht in ihren privaten Häusern bei ihren Familien, bis eine neu gebildete demokratische Regierung mit gereinigter Justiz in der Lage sei, sie ordnungsgemäß vor Gericht zu stellen. Die Nationalgarde sei mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

New York, London, Madrid, 13. Januar 2040. Meldung der Medien:

DEUTSCHLAND KEHRT ZUR DEMOKRATIE ZURÜCK.  
WANN FOLGT RUSSLAND?

## 43 Kernenergie im Wahlkampf

Von Gerd Eisenbeiß am 6. Januar 2025

Nun versuchen Union und FDP mal wieder, mit dem Kernenergie-Thema Wählerstimmen zu ernten. Gäbe es einen Preis für das unseriöseste Versprechen unter all den unerfüllbaren Verheißungen aller Wahlprogramme der Parteien, so gebührte er den Kernspaltungsfans auf der rechten Seite. Wie unseriös das ist, wurde schon mehrfach detailliert dargelegt: eine Kernenergie-Auferstehung in Deutschland wäre kein Osterereignis, sondern bestenfalls ein zähes Jahrzehnt-Programm, die Kosten wären am Ende so desaströs wie in Frankreich (Flamanville), Großbritannien (Hinkley Point C) und Finnland (Olkiluoto). Oder will man billig bei Rosatom kaufen oder chinesische Reaktoren importieren? Bei der Entsorgung setzen diese Strategien wohl auf die Erschließung des Mars durch Elon Musk.

Aber der Unsinn hatte bereits ein Vorspiel Da setzt der Deutsche Bundestag auf Antrag der Union einen Untersuchungsausschuss ein, um zu prüfen, ob der Atomausstieg „unvoreingenommen“ und „ergebnisoffen“ geprüft und entschieden wurde!

So ein Quatsch!

Bekanntlich wurde der Atomausstieg von der christliberalen Koalition 2011 aus rein politischen Gründen beschlossen; niemand hat damals „unvoreingenommen“ oder „ergebnisoffen“ geprüft, als hätte es sich um eine technische Frage gehandelt. Die schwarz-gelben Koalitionsparteien waren doch beide zutiefst überzeugt, dass die Risiken der Kernenergie in Deutschland beherrschbar und deshalb hinnehmbar seien. Fachlich war auch rasch klar, dass die Ursache der Fukushima-Katastrophe in Deutschland gegenstandslos war. Die Ausstiegsentscheidung war rein politisch: zum einen, um der aufgeheizten öffentlichen Stimmung zu entsprechen, und zum anderen, um die anstehenden Landtagswahlen insbesondere in Baden-Württemberg für die Union nicht zu gefährden. Das Ergebnis in Baden-Württemberg war übrigens nicht, dass die CDU gewann, sondern dass es eine grün-rote anstelle einer rot-grünen Regierungsmehrheit gab!

Dass die SPD nach Helmut Schmidt und die Grünen das Risiko der Kernenergienutzung grundsätzlich anders beurteilen, ist eine legitime politische Meinung und keine mit „falsch“ oder „richtig“ fachwissenschaftlich entscheidbare Frage. Es geht um die Kernfrage, welche Risiken der Allgemeinheit zuzumuten sind, wenn andere Vorteile gesehen werden – eine zutiefst politische, außerfachliche Abwägung!

Ich, der ich dies schreibe, war immer bekannt als Befürworter der Kernenergienutzung in Deutschland als Wissenschaftler in Karlsruhe, als Mitarbeiter im Bundeskanzleramt und im Forschungsministerium, solange dies den inneren Frieden in der Gesellschaft nicht zu sehr gefährdete; deshalb fand ich aus ebenfalls zutiefst politischen Gründen den Kernenergieausstieg von 2011 und den von 2024 angemessen!

Schade um die wertvolle Zeit von Abgeordneten des Bundestages für eine solche Unsinnfrage. Aber der Antrag der Unionsfraktion war eben auch zutiefst politisch, nur eben auch ein wenig niederträchtig.

# 42. Magdeburg

Ein Aufruf zur sachlichen Klärung  
Von Gerd Eisenbeiß, zum Jahresabschluss

**Es ärgert mich, mit wieviel wichtiguerische Bedeutsamkeit Politiker sich unterschiedlichster Couleur zur Notwendigkeit der "lückenlosen Aufarbeitung" äußern.**

Als wären die entscheidenden Fragen nicht von Anfang an einfach gewesen:

**1. Frage: Warum blockierte nichts den vom Attentäter genutzten Zugang?**

Die Antwort kam mit kurzer Verzögerung: Ja, da sollte ein Fahrzeug den Zugang blockieren, das z.B. bei Feuerwehrbedarf zur Seite fahren sollte. Dieses Fahrzeug war nicht an seinem Platz - andernfalls wäre der Attentäter gescheitert und wahrscheinlich wäre nicht einmal das Fahrzeug und sein Fahrer zu Schaden gekommen. PUNKT! **Damit ist der Fall lückenlos aufgeklärt: es gab eine Zufahrtslücke.**

Dann muss man prüfen, welche Maßnahmen gegen Menschen dieser Art (was immer das ist!) gesetzlich möglich gewesen wären, also Antworten geben auf die

**2. Frage:** Hätte es all die Defizite in der Behörden-Zusammenarbeit nicht gegeben, die schon bei anderen Gelegenheiten analysiert und kritisiert worden sind (offenbar ohne Lernerfolg), **was hätten die Behörden denn tun können?**

- **prophylaktisch einsperren?** Nach welchem Gesetz? Wie viele Bewohner Deutschlands müssten nach einem solchen Gesetz prophylaktisch eingesperrt werden, weil sie sich ähnlich mit Gewalt drohend bis wurr geäußert haben?
- **ausweisen?** Welches Gesetz erlaubt die Ausweisung eines islamistischen Menschen nach Saudi Arabien? Hätte man auch einen Assad-Kritiker nach Syrien ausgeliefert, bevor diese Diktatur beseitigt worden ist?
- **elektronische Fußfessel** mit enger polizeiliche Überwachung? Wie eng hätte sie sein müssen? Wie viele Bewohner Deutschlands müssten in dieser Weise überwacht werden, weil sie sich ähnlich mit Gewalt drohend bis wurr geäußert haben? Ist die Polizei überall, wo Menschenmengen sich drängen, personell so gut ausgestattet?

Ich denke, dass diese Fragen nach kurzer Zeit gut hätten beantwortet werden können, wenn man ausnahmsweise aus Respekt und Trauer für die Opfer und ihre Angehörigen auf politische Spielchen verzichtet hätte.

**Um das Wichtigste an dieser ernsten Kritik noch einmal klar zu sagen: Warum wird von Politik und Medien nicht darüber geredet, welche personenbezogenen prophylaktischen Maßnahmen juristisch und polizeilich praktikabel zur Verfügung standen?**

**Meine Vermutung ist, dass keine der unter 2) genannten Maßnahmen rechtlich möglich oder personell leistbar gewesen wäre.**

# 41. Eine tragische Strategie

GE, 17. Dezember 2024

**Eine Gruppe von Planern** verdient für ihre Großtat eine Gedenktafel in der Geschichte: sie hat am 7. Oktober 2023 mit einem unsäglichen Gewaltverbrechen ein hochproblematisches Stück der Erde umgegraben – eine unbeabsichtigte Revolution, deren Opfer sie auch selbst wurde.

Gewollt war die Vernichtung Israels durch arabische Nachbarn. Man zielte wahrhaft ohne Rücksicht auf Verluste auf eine so brutale Reaktion des unter innenpolitischem Druck stehenden israelischen Premierministers, dass die aufgeputschten arabischen Massen ihre Regierungen zur entscheidenden Vernichtungsschlacht zwingen würden. Im Hintergrund förderte und billigte Iran diesen Plan, wollte sich aber wohl nicht mit eigenen Truppen beteiligen.

Die Architekten ernteten das Gegenteil ihrer Ziele, nicht die Zerstörung Israels sondern die ihrer Gaza-Heimat sowie den eigenen Tod und den vieler Kampfgefährten. Sie vernichteten letztlich die eigene Hamas-Organisation und verbündete Gruppen in Gaza sowie die noch enger an den Iran gebundene Hisbollah. Sie beendeten damit wahrscheinlich auch deren Herrschaft im Libanon, was ihm eine neue Chance auf geordnete Staatlichkeit zu danken hat.

Diese nach hinten losgehende terroristische Aggression dürfte auch Assads Herrschaft in Syrien so enorm geschwächt haben, dass auch dieses marode Regime zum Einsturz gebracht werden konnte, zumal auch Russlands Unterstützung wegen seines sehr verlustreichen Überfalls auf die Ukraine nicht mehr stark genug war.

Nicht die Schwäche Netanjahus (auch wegen seiner Probleme mit israelischen Gerichten), sondern die Assads erwies sich als schicksalhaft. Sein Narco-Mafia-Regime war schon länger nur mehr geschützt durch die nun ausfallenden Hilfen aus Moskau und Iran, den iranische Revolutionsgarden samt Hisbollah und schon gar nicht durch die verrottete eigene Armee.

So ermöglichte der Höllenplan letztlich dem im Norden lauenden Erdogan, seine Partner in Idlip von der Leine zu lassen. Diese hatten sich unter Führung des Al-Qaida-Abkömmlings HTS mit anderen Anti-Assad-Kämpfern vereint und konnten ohne große Gegenwehr in die offenen Städte und Regionen bis Damaskus vordringen. Dabei wurde für alle Welt sichtbar, dass Assads eigene Armee zwar foltern aber eben nicht für Assad kämpfen wollte.

So bewirkte der Plan mittlerweile auch den Sturz eines der brutalsten Regime der Welt, eine enorme Schwächung der terroristischen Macht Teherans und eine Demaskierung der russischen Rolle bei der Stabilisierung brutaler Diktaturen. Wer so viel auf anständige Weise schafft, ist üblicherweise ein Kandidat für den Friedensnobelpreis.

Besonderen Dank schuldet Netanjahu diesen Strategen, denn Israel und er selbst waren noch nie so mächtig wie zurzeit. Leider ist zu befürchten, dass diese Stärke zu schweren Fehlern verführen wird, insbesondere durch neue jüdische Siedlungen und Annexionen palästinensischen und syrischen Territoriums.

Diese Fehler, die durch die juristischen Probleme Netanjahus wesentlich gefördert werden, werden längerfristig neue große Spannungen schaffen, die die Existenz Israels als Dauerkolonialmacht über Palästinenser gefährden werden.

Der Kreislauf von Hass und Gewalt wird so nicht gestoppt, sondern am Leben erhalten so dass die Frage offen bleibt, ob die Planer des 7. Oktober in arabischen Geschichtsbüchern nicht doch noch als historische Sieger und Befreier Palästinas gefeiert werden.

### **Nachwort zu Syrien:**

Syrien war einst ein gut entwickelter, laizistischer Staat mit leistungswilliger und -fähiger Bevölkerung, bis der Vater des nun gestürzten Assads putschte. So hat das Land im Prinzip eine gute Chance auf positive Entwicklung. Leider steht dem vorerst die territoriale Zersplitterung blockierend im Wege; weder ist das Schicksal der kurdischen Gebiete im Nordosten jenseits des Euphrat geklärt noch das Verhältnis zur Türkei und Israel, die Randgebiete besetzt halten und unverändert militärisch aktiv sind. Es ist nicht zu erwarten, dass ein Führer mit dem Kampfnamen Al-Golani die israelische Annexion der Golanhöhen anerkennen wird; ob er überhaupt bereit zu religiöser Toleranz ist, die in Syrien essentiell für inneren Frieden ist, ist ebenfalls unsicher. Viel wird davon abhängen, wie der türkische Präsident, der um seine Wiederwahl fürchten muss, mit der Kurdenfrage umgehen wird. Die derzeitigen Andeutungen einer ausgleichenderen Haltung gegenüber der eigenen kurdischen Bevölkerung sind noch nicht eindeutig und schon gar nicht, wenn es um seine Obsession geht, die syrischen Kurden seien eine PKK-Gefahr für die Türkei.

## **40. Syrien: nur ein Zwischenruf**

GE, im Dezember 2024

Es gibt wohl einen allgemeinen Konsens in Deutschland, dass in Syrien weder ein „arabischer Frühling“ angebrochen ist noch Weihnachtsfrieden. Ob nun die neuen Machthaber nur eine weitere islamische Diktatur errichten oder eine zumindest etwas liberalere Regierung bilden werden, die Zerstörungen sind gewaltig, die Not groß und Hilfe dringend.

Aber muss nicht ein globaler lauter Aufruf an Russland und Iran organisiert werden, nun für Wiederaufbau, Normalisierung und Wiedergutmachung der von ihnen betriebenen Zerstörungen und Folterungen, Vertreibungen und Morde zu bezahlen.

Ich bin nicht naiv zu glauben, dass die Verlierer in Moskau und Teheran tatsächlich zahlen werden, aber es ist wichtig, die berechtigte Forderung an die ölreichen „eigentlichen Assads“ zu richten und aller Welt, insbesondere den Ländern des Südens, auch an deren Verweigerung von Wiedergutmachung drastisch klar zu machen, welcher Natur diese „Helfer“ sind.

Parallel sollte die Hilfe der freien Völker demonstrativ üppig fließen.

Aber nirgends darf sich der Glaube verfestigen, es gebe einen Automatismus der Art „Russland wirft Bomben und der Westen baut wieder auf“. Von Russland lernen, muss doch auch heißen, die Bedeutung von Propaganda nicht länger zu unterschätzen.

# 39. CO2: Historische Schuld oder arglose Ursache?

Moralische Verpflichtung und Solidarität

GE, 1. Dezember 2024

Wo die Weltgesellschaft zusammenrückt, zumeist unter dem Dach der Vereinten Nationen, werden heute zunehmend Ansprüche und Forderungen erheblichen Ausmaßes präsentiert – in der Regel von armen an wohlhabende Nationen, vom Süden an den Norden.

Beim Klimaschutz werden diese Ansprüche damit begründet, dass die früh industrialisierten Länder Schuld auf sich geladen hätten, weil sie ihre Entwicklung so extensiv mittels Kohle, Öl und Erdgas angetrieben haben, deren „Asche“ die Atmosphäre zu einem sich aufheizenden Treibhaus gemacht hat. Da der Großteil heutiger Technologien (man denke auch an die Verbreitung von neuen Chemikalien bis hin zur Plastikvermüllung der Meere) auch globale, schädliche Nebenwirkungen und Folgen hat, werden sich die Forderungen nach „Wiedergutmachung“ nicht auf das Klimaproblem beschränken lassen, auf das sich die folgenden Überlegungen konzentrieren.

Es ist wissenschaftlich nicht zu bezweifeln, dass dieser Entwicklungspfad des Nordens Ursache der Erderwärmung ist, die allen, aber insbesondere den ärmeren südlichen Staaten große Schäden beschert, auch Landverluste an flachen Küsten durch den Anstieg der Meere. Dass dabei ganze Inseln untergehen dürften, kann sogar ganze Staaten von der „Land“-Karte nehmen wie z.B. Tuvalu mit gut 10.000 Einwohnern, die früheren Ellice Islands.

Nun ist Ursache nicht gleich Schuld. Ursache wird erst zu Schuld, wenn der Verursacher gesichertes Wissen um die Schädlichkeit bewusst ignoriert hat oder zumutbare Prüfungen vor seinem Handeln unterlassen hat.

Diese Relativierung von Schuld wird mir keinen Applaus einbringen, wo Menschen Moral verabsolutieren (oder zumindest so tun als ob), ist aber fair gegenüber unseren Vorfahren in den Industrieländern, die - auch das ist wissenschaftlich klar - keine Ahnung hatten, was die Verbrennung von Kohle und Kohlenstoffverbindungen weltweit anrichten würde. Abgesehen von erpresserischen Gewaltherrschern und Blutrache-Kulturen dürfte es auch einen allgemeinen Konsens geben, Sippenhaftung abzulehnen.

Schuld beginnt dementsprechend dann, wenn eine Schädlichkeit erkannt ist und als allgemein bekannt unterstellt werden darf. Es ist schwer festzulegen, wann dieser Zeitpunkt war: nach meiner Einschätzung lag dieser Zeitpunkt vor etwa 25 Jahre, also Ende des letzten Jahrhunderts etwa zur Zeit des Kyoto-Protokolls, das Ende 1997 angenommen und 2005 in Kraft trat. Damit ist das wenigstens eingegrenzt.

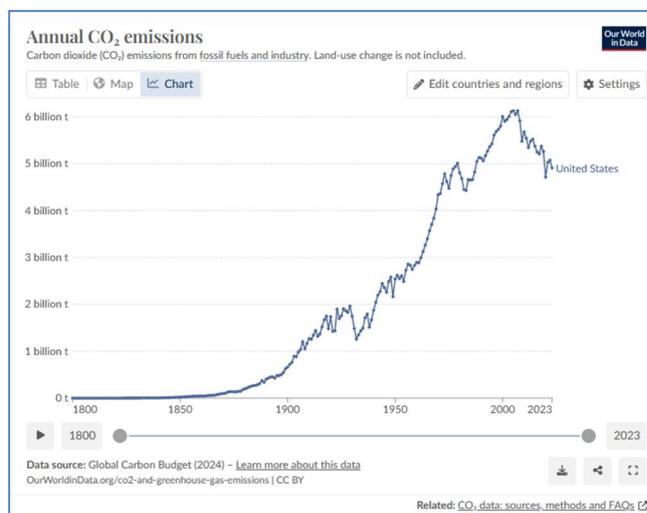
Seit 25 Jahren liegt ein eindeutiges Schuldverhalten bei allen Völkern vor, die nicht schnell genug aus der Verbrennung in Autos, Kraftwerken, Heizungen usw. ausgestiegen sind, also bei allen. Legt man allein die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 2000 zugrunde, so sind die folgenden Daten nur als Größenordnungen brauchbar:

Seit dem Jahr 2000 sind ungefähr 850 GT CO<sub>2</sub> (=850 Mrd. Tonnen) emittiert worden, davon 140 GT von den USA und etwa 70 von der EU (Deutschland etwa 19 GT). Frankreich, Italien und Polen tragen je etwa 9 GT bei.

Interessant ist die Zahl für das sich rasch industrialisierende China, das seine Emissionen von 3,4 GT in 2000 auf 12 GT gesteigert hat und dabei knapp 200 GT CO<sub>2</sub> emittiert hat, also praktisch eben so viel wie USA und EU zusammen. Indien, der andere Milliarden-Staat hat seit 2000 mit etwa 50 GT auch schon fast die EU erreicht.

Wenn also von „Schuld“ von Nationen geredet wird, muss man den Anteil Chinas und Indiens bereits auf 30% schätzen, den der USA auf unter 20 % und den der EU auf 8%; die übrigen 40% müssen sich die übrigen Staaten anrechnen lassen, die ebenfalls noch nach 2000 eifrig Kohlenstoff verbrannt haben und es noch immer zunehmend tun.

Zu einer wahrhaftigen Darstellung gehört aber auch die wenig beachtete Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Industrieländern. Als typische Kurve (aus [www.worldindata.org](http://www.worldindata.org)) wird hier der Emissionsverlauf der USA gezeigt mit dem Emissionsmaximum 2004 und seitdem einer Verminderung um 20%.



Ähnlich sehen die Kurven für das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland aus, die ihr Emissionsmaximum 1973 (UK und F) sowie 1979 (D) hatten; UK verminderte dann seine Emissionen um 54%, F um 49% und Deutschland um 46%. Vergleicht man Deutschland und Frankreich, so täuschen die ähnlichen Minderungsraten über sehr unterschiedliche Gründe: Deutschland profitierte vom Zusammenbruch der energiewirtschaftlichen DDR nach 1990, fiel aber gegenüber Frankreich zurück

wegen der Aufgabe der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie. Italien und Japan hatten ihr Maximum erst 2004 bzw. 2013 und verminderten die Emissionen danach um 37 bzw. 25%! Selbst Russland hat seit dem Maximaljahr 1990 28% weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Bei diesen Emissionsminderungen spielt der Ausstieg aus der Kohle (oft Substitution durch Erdgas) eine wesentliche Rolle neben Effekten der rationelleren Energieverwendung sowie der Nutzung erneuerbarer Energien.

Anders sehen die Kurven für dynamische Länder im Süden aus; so sind die Emissionen Indiens und Chinas seit 2000 um 200 bzw. 220% gestiegen, während Brasilien seit seiner Maximalmission 2014 immerhin 18% niedriger liegt.

Man sollte bei der Beurteilung des „fossilen Zeitalters“ und moralischer Empörung „Wie konnte man nur...!“ nicht übersehen, was es ohne die Verwendung von Kohle, Öl und Erdgas fast nichts geben würde, was seitdem weltweit das Leben besser gemacht hat, soviel besser, dass überall die Kinder- und Müttersterblichkeit gesunken und die Lebenserwartung gestiegen sind. Es gäbe keine allgemeine Elektrizitätsversorgung, keine bequeme, schnelle und weitreichende Mobilität, keine Computer, mit denen man erst vor 30 Jahren beginnen konnte, so komplexe Systeme wie das Klima zu analysieren und zu modellieren. Genauso ist die wissenschaftliche Medizin und Agrartechnik Produkt der Nutzung der fossilen Energien. Natürlich kann man als bescheidener Philosoph stöhnen, ob denn all das die Menschen glücklicher gemacht habe, aber missen wollen wohl nur sehr wenige, was unser Leben heute prägt. Ich

jedenfalls bin sicher, dass es ohne die Nutzung der fossilen Energien auch keine paradiesische Welt ohne Probleme geworden wäre.

Um es vielleicht überraschend direkt zu formulieren: ohne die Fossilen hätte es nie Photovoltaik oder jene Windanlagen gegeben, die uns heute einen Ausweg aus der CO<sub>2</sub>-Verseuchung von Atmosphäre und Ozeanen ermöglichen.

Diese Bemerkungen sollen nun nicht dazu dienen, den heftig betroffenen Klimaopfern Hilfe zu verweigern, denn jenseits von Schuld gibt es eine mitmenschliche Verantwortung zu Solidarität der Wohlhabenden gegenüber den Ärmeren. Es soll aber zwei Dingen entgegenwirken: einer übermoralisierenden Sack-und-Asche-Mentalität in den Industrieländern und einer längst nicht mehr akzeptablen Drückebergerei der Großemittenten in Asien, die eine finanzielle Leistungsfähigkeit erreicht haben und machtpolitisch ausspielen, die jedenfalls die der Europäer längst erreicht hat. Man darf unseren europäischen Vorfahren ohne Scham dankbar sein für das, was sie zu ihrer Zeit durch arglose, aber kreative Nutzung der fossilen Energien an Wissen, Technik und Zivilisation geschaffen haben. Da dies durchweg in den nördlichen Industriegesellschaften geschah, hatten diese auch den größten Wohlstandsgewinn.

**Wir haben zur Zeit wohl eher Mühe, uns als würdige Erben dieser Leistungen zu zeigen – selbstbewusst und solidarisch mit der Welt. Und würdig werden wir ihrer Leistung, wenn wir weltweit tatkräftig helfen, die Probleme zu beherrschen, die sich als negative Folgen einer nicht nur uns so nützlichen Entwicklung gezeigt haben.**

## 38. COP29 in Baku

verhandelt 100e von Milliarden €

Um viel kleinere Beträge wird heftig gestritten

GE, 25. November 2024

Ich wundere mich schon: da verhandelten die Staaten der Welt in Aserbeidschan über die Zukunft des Klimaschutzes und niemand erschrickt ob der in Rede stehenden Transfer-Beträge von 300 Mrd. € jährlich, die in den nächsten 10 Jahren zu realisieren sind. Wo ist die öffentliche Diskussion über die nationalen und europäischen Konsequenzen?

Viele Mitmenschen haben ja begriffen, dass die globale Erwärmung auf die Emission von Treibhausgasen, insbesondere CO<sub>2</sub> zurückgeht. Sie wissen auch, dass die schädlichen Folgen überall auftreten, aber katastrophales Ausmaß vor allem dort annehmen werden, wo die Menschen wirtschaftlich nicht in der Lage sind, Gegenmaßnahmen zu organisieren – sei es zur Minderung ihrer eigenen Emissionen oder sei es zur Minderung der Folgen. Theoretisch werden auch viele, die das begriffen haben, zustimmen, dass es historisch vor allem die Industriestaaten waren, die die Erhöhung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre verursacht haben, es also nicht unbillig ist, von diesen Verursachern einen finanziellen Beitrag zu diesen Minderungsstrategien zu verlangen.

Aber wer bereitet die Öffentlichkeit vor auf den Moment, wo es ans Zahlen geht? Oder glauben die westlichen Verhandler selbst nicht daran, dass es zu solchen Multi-Milliarden-Verpflichtungen tatsächlich kommen wird?

Vielleicht haben die problembewussten Mitbürger auch schon von den 100 Mrd. \$ gehört, die bereits als Finanztransfer der Industrieländer des Nordens in die schwer betroffenen Gebiete des Südens verabredet ist.

Kaum jemand hat bisher gesagt oder gefragt, was das für Deutschland und die EU bedeutet, denn „westliche Industrieländer“, das sind im Wesentlichen die Nordamerikaner, Europäer und Japaner. Man darf annehmen, dass der EU-Beitrag zu diesem Transfer von 100 Mrd. in der Größenordnung von 35 Mrd. € liegen wird, der Deutschlands bei 8,5 Mrd. €. China versucht sich weiterhin zu drücken, und auf die Beiträge der reichen Ölstaaten und des alten Industrielandes Russland darf man gespannt sein.

*Bei der Bemessung solcher Anteile lege ich die BIP-Werte aus Wikipedia zu Grunde, wo der EU 20% und den übrigen Industriestaaten incl. Australiens und Russlands etwa 35% des globalen BIP zuzurechnen sind.*

Da mag mancher denken: 8,5 Mrd.? Geringfügig! Ein halbes Prozent mehr Mehrwertsteuer! Uns fehlt so viel Geld in so vielen Bereichen – das ist halt eine Finanzierungslücke mehr.

**Was ich nicht verstehe, ist der öffentliche Gleichmut gegenüber dem, was in Baku gerade verhandelt wurde.** Die Vertreter des „Globalen Südens“ geben sich bestürzt, wenn dieser vereinbarte Betrag von jährlich 100 Mrd. nur verdreifacht und nicht verdreizehnfacht werden soll, die EU also „nur“ bei 100 Mrd. € liegen würde, und der Beitrag Deutschlands bei 25 Mrd. €, also an die 1,5% Mehrwertsteuer. Mir schiene das ein angemessener Solidarbeitrag, vermute aber keine allgemeine Begeisterung, eher ein Ausweichen ins Lager der Klimaleugner. In Baku wurde aber auch versprochen, sich um die Anhebung des Transferbetrages auf 1300 Mrd. zu bemühen.

Besonders diskussionswürdig ist der besänftigende Hinweis von „Fachleuten“, das Geld könne doch auch von Privaten und Krediten aufgebracht werden. Die wegen ihrer Armut hilfsbedürftigen Staaten, zumeist bereits überschuldet, sollen also wesentliche Teile der Klimahilfe zurückzahlen? Ein tolles Konzept! Oder soll viel Geld aus einer CO<sub>2</sub>-Steuer kommen, von der wir gerade gelernt haben, dass ihr Aufkommen für den sozialen Ausgleich durch ein Klimageld im Inland gebraucht würde, wenn es nicht längst für andere Zwecke verplant wäre?

Und wer da noch nicht fragt, wie dies Geld tatsächlich aufzutreiben wäre, der blendet die tatsächliche Situation der öffentlichen Finanzen gründlich aus; aber ganz besonders muss er ein großer Optimist sein hinsichtlich des fast 50%-Anteils der 300 Milliarden, der von den USA erwartet wird, die sich gerade unter Trump vom Klimaschutz verabschieden. Und selbst in der EU ist der Himmel nicht so blau, dass solches Geld in irgendjemandes Planungen vorkäme.

Gespannt bin ich auch auf den Beitrag Russlands, der Ölstaaten und Chinas. Überhaupt finde ich fast gespenstisch, dass da in Baku Vertreter von abgewählten, geplatzten oder mehrheitslosen Regierungen über Leistungen verhandeln, die die Welt verändern würden/werden?

Werden die Bevölkerungen demokratischer Staaten jubeln? Oder die autoritären Herrscher anderswo?

Ich denke, die Baku-Beschlüsse bedeuten, dass die Klimakrise beginnt, alle Finanzpläne gründlich zu verändern. Und die öffentliche Diskussion darüber muss heute am 25. November 2024 beginnen.

Oder nehmen wir die Hoffnung der einen und die Versprechungen der anderen nicht ernst?

## 37. Die (un)heimliche Landnahme

Wie Küstenstaaten um Millionen von Quadratkilometern mächtiger werden

GE, 18. November 2024

„Heimlich“ ist es zwar nicht, aber doch kaum bemerkt.

Unheimlich ist aber der Run auf Öl und Gas unter dem Meeresboden schon!

Neulich las man, dass ein Run auf Öl- und Gasressourcen sowie eine Erweiterung der Förderkapazitäten zu beobachten sei - eine Schockerkenntnis für jenen Teil der Menschheit, der auch nach dem Trumps Wahlerfolg die Erwärmung des Planeten noch stoppen möchte.

Man lernte auch, dass alle die erheblichen Bemühungen seit etwa 30 Jahren auch dieses Jahr einen weiteren Zuwachs an CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre nicht verhindern werden. Die Aussicht auf sinkende Konzentration von Treibhausgasen wird im Lichte beider Informationen immer weiter in die Zukunft verschoben. Manche Beobachter haben schon vor Jahren gewusst, dass das sog. 1,5° Ziel deutlich verfehlt wird, jetzt räumen es auch die zu klimapolitischem Optimismus neigenden internationalen Organisationen ein und trösten sich mit Visionen gigantischer Erfolge einer CO<sub>2</sub>-Rückholung aus der Atmosphäre und Versenkung des Treibhausgases im Untergrund von Land und Meer. Die Beobachtung realer Gesellschaften lassen nicht vermuten, dass das jemand bezahlen wird.

Es gibt - wenig beachtet und nur insofern heimlich – eine weitere Entwicklung, die zeigt, was in den Augen wesentlicher Staaten wirklich wichtig ist: das ist die fortschreitende nationale Beanspruchung des Meeresbodens als „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ) vor den Küsten. Da geht es zwar auch um Fische, Manganknollen und darin enthaltene Mineralien, aber das scheint sekundär zu sein gegenüber dem Interesse an weiteren Öl- und Gaslagerstätten unter dem Meeresboden. Es dürfte dabei eine Rolle spielen, dass off-shore-Bohrungen nach Gas und Öl anders als Tiefseebergbau eine etablierte, kalkulierbare Technik ist, anders als Tiefseebergbau mit seinen enormen Umweltrisiken .

Es ist die UN-Seerechtskonvention von 1982 (seit 1994 in Kraft), die die Ausdehnung der AWZ auf 200 Seemeilen (370 km) und darüber hinaus erlaubt bis zum Abbruch des Kontinentalsockels plus einer Sedimentzone, die dem Kontinentalsockel zugeschlagen werden darf.

*Ein Küstenstaat konnte seit dem beantragen, seinen anerkannten Festlandsockel entweder pauschal um weitere 60 km auszudehnen oder so weit, wie die Sedimentschicht noch eine Dicke von 1% der Entfernung von der Abbruchkante des Sockels aufweist.*

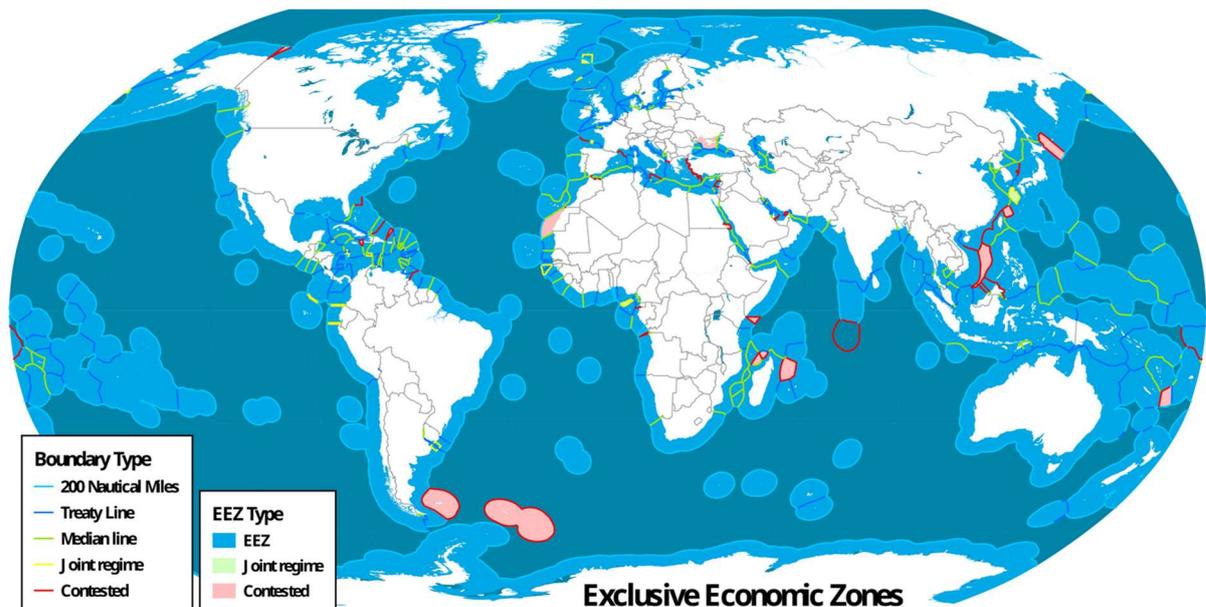
Eine von den Vereinten Nationen berufene Wissenschaftliche Kommission (Festlandsockelkommission) hat nationale Anträge auf Erweiterung der AWZ zu prüfen. Es geht dabei um wissenschaftlich erhobene Daten zur Größe des Festlandsockels bis zur Abbruchkante und ggf. zur Existenz einer vorgelagerten Sedimentschicht und deren Dicke. Wegen kommerzieller Bedeutung werden diese Daten von Antragsteller und Kommission geheim gehalten. Damit hat die Kommission unkontrollierte und unangreifbare Macht festzulegen, wo in diesem Sinne das „offene Meer“ als schrumpfendes „gemeinsames Erbe der Menschheit“ beginnt. Es ist im Lichte dieses Völkerrechts ein scheinbar rein

wissenschaftliches Verfahren – eine Herausforderung an die Unabhängigkeit der Mitglieder, die zu meist aus interessierten Küstenstaaten stammen!

Die anerkannten exklusiven Wirtschaftszonen nehmen bereits 53% der Meeresfläche von 360 Mio. km<sup>2</sup> ein, weitere Ansprüche sind angemeldet.

Da diese Ansprüche auch in Bezug auf Inseln und Inselchen gelten, ist Frankreich mit seinen weltweiten Territorien vor allem im Pazifik klarer Gewinner des Rennens um national zu bewirtschaftende Meeresflächen und -böden; es soll sich um 10 Mio. km<sup>2</sup> handeln, das 20fache seines europäischen Territoriums.

Einen quantitativen Eindruck vermittelt die Wikipedia entnommene Weltkarte von 2019. Es gibt dabei solche Skurrilitäten wie die unbewohnte norwegische Bouvetinsel, die mit 49 km<sup>2</sup> zwischen Südafrika und Antarktis einen Anspruch auf 500.000 km<sup>2</sup> ermöglicht.



Dr. Jean-Paul Rodrigue, Dept. of Global Studies & Geography, Hofstra University  
Source: Flanders Marine Institute (2019), Maritime Boundaries Geodatabase: Maritime Boundaries and Exclusive Economic Zones (200NM), version 11.

Hierbei taucht ein weiterer Zusammenhang mit der Erderwärmung auf: der steigende Meeresspiegel kann Inseln und Korallenriffe so „nachhaltig“ überspülen, dass die Souveränitätsrechte des betroffenen Staates insoweit erlöschen würden. Man wird also in den nächsten Jahren beobachten, dass betroffene Staaten versuchen werden, was China im Meer vor Vietnam bereits aus anderen Gründen tut, nämlich die Inseln durch Aufschüttung und Verfestigung b.z.w. Ansiedlung von Korallen vor Überschwemmung zu schützen.

Die Erwähnung Chinas erinnert auch daran, dass die Erweiterungsansprüche der Küstenstaaten oft Meeresgebiete betreffen, die zugleich von Nachbarn beansprucht werden. So treffen im Nordmeer um den Pol herum Ansprüche Russlands auf solche der NATO-Staaten USA, Kanada und der Skandinavien einschließlich Dänemarks wegen Grönland. Auch im östlichen Mittelmeer konkurrieren die Anlieger bereits intensiv um kürzlich entdeckte Erdgaslagerstätten. Es ist abzusehen, dass Konflikte wie die um die Spratly-Inseln zwischen China, den Philippinen, Vietnam, Malaysia und Brunei häufiger werden.

Die geschilderte Landnahme von Meeresboden birgt also enormen Konfliktstoff nicht nur, wenn es um energetische oder mineralische Rohstoffe geht, sondern - vielleicht noch wichtiger – wenn es um freie marine Handelsrouten und geopolitisch strategische Positionierung im Hinblick auf mögliche Auseinandersetzungen militärischer Art geht.

Und da wird der durchaus nicht geheim gehaltene Vorgang noch unheimlicher.

## 36. Eine kleine Menschheitsgeschichte

## Hirn und Sexualesystem bestimmen unser Schicksal

GE, 14. November 2024

Bedeutende Wissenschaftler und Autoren haben in großen Werken die Menschheitsgeschichte beschrieben. Dieser Text will da nicht konkurrieren, aber auf wenige Grundtatsachen aufmerksam machen, die bestimmend waren und auch künftige Konfliktfelder abstecken.

Der Mensch hat von seinen animalischen Vorfahren zwei existenzielle Organsysteme mitbekommen, um Überleben möglich zu machen:

- 1) Ein Sexualesystem, das der Erhaltung seiner Art dient, biologisch dicht am tierischen Erbe geblieben ist, nur kulturell eingehegt
- 2) ein Hirn, das sein individuelles Überleben sichert und sich langsam weit über das tierische Niveau hinaus fortentwickelt hat.

Beide Systeme könnten theoretisch zum Vorteil des Menschen zusammen wirken, können aber auch gegeneinander arbeiten, wenn das System 1 zu Bevölkerungswachstum entsprechend der aktuellen Ernährungs- und Gesundheitsbedingungen führt und System 2 diese Bedingungen fortwährend verbessert, ohne Rücksicht auf die Endlichkeit des Planeten zu nehmen.

Letzteres scheint unser Schicksal zu sein.

Alle Menschen sind zwar grundsätzlich gleich ausgestattet; ihnen werden aber genetisch und von ihren Umfeldbedingungen her verschiedene Fähigkeiten verliehen – von körperlichen Stärken und Schwächen bis zu solchen in Intelligenz, Kreativität oder Psyche. Das sind keine mit Regionen oder Ethnien korrelierende Unterschiede, sondern solche innerhalb aller Gesellschaften, wo auch immer sie leben.

Nun hat sich in der Geschichte gezeigt, dass einzelne Gesellschaften ihr Kreativitätspotenzial besser genutzt haben als andere. Auch dabei darf nicht missverstanden werden, ganze Völker seien klüger als andere – nein, es waren stets kleine Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, die den Unterschied ausgemacht und ihre Gemeinschaft reformiert und leistungsfähiger gemacht haben. Manchmal waren sogar einzelne Personen ausschlaggebend, neue Wege gangbar zu machen; ihnen folgten dann Überzeugte und Gläubige – die Mehrheit dürfte schlicht mitgelaufen sein.

Insbesondere wenn solche Gesellschaften sich bessere Waffen bauten als ihre Nachbarn, endete das in Eroberungen, Herrschaft über andere Völker und Regionen. Wichtige Voraussetzung solcher Überlegenheit war ein gutes Organisationsvermögen durch Solidarität und Führung innerhalb einer Gruppe. Unter den für Überlegenheit förderlichen Errungenschaften sind schnellere Transport- und weiträumige Kommunikationsmethoden zu nennen.

Unter den zahllosen Beispielen seien erwähnt:

- das militaristische Rom, das den ganzen Mittelmeerraum beherrschte
- die Hunnen mit besseren Pferden und Bögen
- die Inkas und später die Spanier in Südamerika.
- die Russen östlich des Ural und die Han-Chinesen in Ostasien.

Die so erreichte Überlegenheit führte zu höherem Wohlstand und besserer Ernährung, was letztlich über die Eigenschaften des animalischen Fortpflanzungssystems zu Kinderreichtum und Bevölkerungswachstum führte.

Wer immer noch glaubt, das hätte etwas mit „Rassen“ oder Hautfarbe zu tun, der schaue in die Geschichte, wie unterentwickelt mitteleuropäische Völker lange Zeit gegenüber indischen und chinesischen Völkern waren und innereuropäisch, wie barbarisch Germanen und Slawen gegenüber Mittelmeervölkern.

So waren die west- und nordeuropäische Völker zurückgebliebene Wilde, bis sie sich im Zuge einer organisatorischen Befreiung von althergebrachten Zwängen Wissenschaft und Technik öffneten. Bald hatten sie bessere Schiffe und Waffen als Chinesen und Inder und insbesondere die indigenen Bewohner Amerikas oder Australiens, was auch noch zur Folge hatte, dass diese Regionen als Siedlungsgebiete für die in Europa nicht mehr gut ernährbaren Bevölkerungsüberschüsse erhalten mussten. Die teilweise grausamen Methoden der Siedler ähnelten sehr denen der Tataren und Mongolen in früheren Zeiten und anderen Regionen.

Nun hat die kolonialistische Herrschaft einiger europäischer Küstenstaaten am Atlantik über andere Kontinente ein Doppelgesicht – auf der einen Seite taucht König Leopold von Belgien und auf der anderen Seite Albert Schweitzer als Symbolperson auf: einerseits eine auf Ausbeutung ausgerichtete Unterdrückung und andererseits eine auch humanitären Zielen dienende Politik, die ja wirtschaftlichen Interessen an der Entwicklung der beherrschten Völker nicht widersprach. Es ist am starken Anstieg der Bevölkerungszahlen in den kolonisierten Gebieten seit 100 Jahren abzulesen, dass es eine spürbare Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation gegeben hat, die in dieser Zeit mehr als eine Verzehnfachung brachte. Wie in Europa 200 Jahre zuvor stieg die Lebenserwartung und es reagierte das Fortpflanzungssystem auf Grund der besseren Überlebensbedingungen; und es wirkt mit dem Trägheitsmoment kultureller Prägungen auch dort weiter, wo die Ernährungs- und Lebensbedingungen schon prekär sind, denn es ist äußerst kurzfristig.

Europa hat das Problem seines Bevölkerungswachstums teilweise auf Kosten anderer Kontinente gelöst, teilweise aber auch, weil der aus Kreativität und Organisation entstandene Wohlstand auch das Fortpflanzungssystem negativ beeinflusst hat: nicht nur die Freigabe von Verhütungsmitteln gegen die schwindende Macht von Religionen, sondern auch die Aufwertung von individueller Freiheit zu materiellem Genuss hat die Kinderzahl unter 2 pro Frau sinken lassen – ein Effekt, den man auch in den langsam entstehenden Mittelschichten afrikanischer Gesellschaften beobachten kann.

Europa und Nordamerika haben heute kein indigenes Bevölkerungswachstum mehr, sehen sich aber unverändert als privilegierte Nutzer all jener Ressourcen, die der Planet nicht unendlich und manchmal schon spürbar endlich bietet, ja, sie möchten sogar die besten Köpfe aus anderen Kontinenten anwerben, um ihren nachwuchsschwachen Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Sie werden lernen müssen, dass ihre Vorherrschaft Vergangenheit ist und die Milliarden, die anderswo zusätzlich an gut gedeckte Tische drängen, nicht akzeptieren werden, dass sie zu viele sind. Denn diese Vielen drängen auch dann in die Wohlstandsgebiete des Nordens, wenn sie dem dortigen Wunschprofil nicht entsprechen.

Schaut man in die Gebiete und Staaten des Südens hinein, beobachtet man eine sehr nachteilige Wechselwirkung von ungünstiger Organisation (z.B. ausbeuterische Herrschaftsquellen, Gewalt zwischen rivalisierenden Warlords und Bevölkerungsgruppen, religiöse Tabus) und enormen, brach liegenden Hirn-Potenzialen, die diese organisatorischen Blockaden aufbrechen könnten, wenn sie lernen und handeln dürften. Es stünde ja zur billigen Verfügung, was die nördlichen Länder an Wissen und Produkten in Forschung und Markteinführung auf eigene Kosten entwickelt haben, z.B. Handys, Autos, Photovoltaik, Wissen über gesunde Ernährung, Medizin und Software. Insbesondere China, Taiwan oder Südkorea haben das genutzt und damit gezeigt, was bei guter Organisation schnell erreicht werden kann.

Es ist aber wie beim scheiternden Klimaschutz: es gibt Fortschritte, aber viel zu langsam. Und diese Langsamkeit ist jenseits der genannten Blockaden durch politische und kulturelle Unfreiheit auch eine menschliche Ur-Eigenschaft, die überall zu beobachten ist. Weder ist Europa den erkannten Herausforderungen gewachsen, noch die USA, die sich gerade mehrheitlich zu krasser Verantwortungs-Verweigerung bekannt haben, noch Russland und seine autoritären Verbündeten. Sie klammern sich lieber an das Vertraute und an vergoldete Bilder der Vergangenheit, als Herausforderungen anzunehmen oder gar Opfer für eine Minderung erkannter Gefahren bringen zu wollen, die man doch lieber ignoriert oder gar leugnet.

Die Ampel für die Zukunft der Menschheit zeigt also weiterhin Grün für Vermehrung statt Ökologie, obwohl schon lange Gelb oder gar Rot leuchten müssten. So wird die Menschheit an den Widersprüchen ihrer eigenen Evolution scheitern – nicht indem sie untergeht oder gar verschwindet, sondern weil sie kein friedliches Konfliktmanagement hinbekommt. Man muss nicht Cassandra sein, um zu sehen, dass schon die Ernährungsfrage keine friedliche Ko-Existenz von 8 oder 10 Milliarden Menschen erlaubt, geschweige denn die Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen.

Und dazu kommt die erschreckende Verantwortungslosigkeit von Populisten und Diktatoren, unter deren Gemeinheit ein Gutteil der Menschheit leidet.

## 35. Donald post portas

Von Gerd Eisenbeiß, 7. November 2024

Im Mai erschien in diesem Blog ein Beitrag "Donald ante portas", nun hat Trump die Pforte als Sieger durchschritten.

Der Wahlkampf der letzten 6 Monate hat keine neue Erkenntnisse über den Charakter und die Gefährlichkeit dieses notorischen Lügners ohne viel Verstand und ganz ohne Anstand erbracht, nur mehr Klarheit über die faschistische Natur dieses Egomane - bezeugt von Weggefährten und eigenen Drohungen gegen seine Gegner, die er innere Feinde Amerikas nennt. Er wird diese „Feinde“ verfolgen, soweit die Institutionen, insbesondere die Gerichte, ihn nicht stoppen.

Trump hat über die letzten Jahre bereits die US-Demokratie ad absurdum geführt, indem er blauen Himmel und wirtschaftliche Vorteile verspricht mit Konzepten, die wohl insbesondere Elon Musk und anderen Superreichen nutzen werden. Den letztlich betrogenen Amerikanern hat er bereits in einer der vielen unglaublichen Äußerungen versprochen, wenn sie ihn wählen, müssten sie nie wieder wählen.

Demokraten in aller Welt müssen als Konsequenz aus Trumps Sieg dringend Verfahren entwickeln, Wahlkämpfe sauber zu halten, z.B. durch gerichtliche Schnellverfahren gegen Beleidigungen, persönliche Abwertungen und objektive Unwahrheiten. Eine Demokratie, die sich nicht mit klarer Mehrheit gegen ihre Feinde wehrt, wird keinen Bestand haben, weil Lügen stets schneller in der Welt und in den Hirnen sind als jeder Versuch sie argumentativ im freien Diskurs zu korrigieren; noch viel schwieriger wird es, wenn es diesen freien Diskurs gar nicht mehr gibt, weil reiche Eliten die Medien kontrollieren. Also bleibt nur die Justiz, um saubere Wahlen durch saubere Wahlkämpfe zu sichern.

Mit der amerikanischen Demokratie wird Trump vieles zerstören und verschwinden lassen, was für Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit lange Zeit entscheidend war, nämlich internationale Organisationen und Vertragswerke, die fairen Handel, Umwelt- und Klimaschutz voranbringen sollten. Trump, der Putin offenbar bewundert, wird zwar nicht der Shanghaigruppe oder BRICS beitreten, aber ihre Strategie der Zerstörung des Völker- und Staatenrechts fördern.

Man sollte aber nicht meinen, dass Trump keine wirtschaftlichen Erfolge für die USA erreichen wird. Sein nationalistischer MAGA-Kurs kann für eine Weile wirtschaftliches Wachstum beschleunigen, da er viele bremsende Bedingungen, die insbesondere im Umweltbereich eigentlich strategisch notwendig sind, aufheben dürfte – nicht zuletzt den Klimaschutz zugunsten vermehrten Öl- und Gaseinsatzes. Dass sein Kurs den USA schon mittelfristig schaden wird, stelle ich nicht in Frage, aber die kurzfristigen Vorteile werden Europa noch stärker in die Klemme zwischen den egoistischen Großmächten China und eben auch USA bringen. Dass Europa gleichzeitig sicherheitspolitisch zwischen Russland und den USA eigenständiger werden muss, wird die Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit weiter erschweren.

Es ist abzusehen, dass sich die immer konservativere Mehrheit in der EU dieser von außen aufgeprägten Vernachlässigung qualitativer, insbesondere ökologischer Ziele annähern wird, um nicht an Wettbewerbsfähigkeit und letztlich an vordergründigem Wohlstandsgefühl der Bevölkerung zu verlieren. Denn auch in Europa dürfte Clintons Satz gelten „It's the economy, stupid“, der sich gerade wieder in den USA bewährt hat.

Was für ganz Europa gilt, dürfte sich auch in Deutschland durchsetzen. Scholz' richtiger Schritt, den Finanzminister zu entlassen und Neuwahlen anzustreben, sehe ich traurigen Gemüts als einen letztlich patriotisch notwendigen Schritt hin zu einer von der Union geführten Bundesregierung – für die SPD die einzige Chance wieder auf mehr als 20% zu kommen und als Partner gebraucht zu werden.

Da die Union als führende Regierungspartei an derselben Ressourcenmauer scheitern wird, wenn sie wie die FDP sowohl Steuerhöhungen wie auch eine Änderung der Schuldenbremse blockiert, wiederhole ich hier meinen praktikablen Vorschlag, die Schuldenobergrenze auf 80% des BIP statt der europäisch gesetzten 60% festzulegen. Das gibt einen Spielraum von etwa 700 bis 800 Mrd. €, den man mit Rücksicht auf die mobilisierbaren Produktionskapazitäten in Jahrestanchen über 10 bis 20 Jahre freigeben könnte, natürlich nur für Investitionen in Sanierung, Modernisierung sowie ökologischer und militärischer Sicherheit. Eine BIP-Verschuldungsquote von 80% wäre in der EU immer noch vorbildlich!

Das wäre doch eine relativ positive Aussicht: eine schwarz-rote Koalition, die sich nicht selbst stranguliert, sondern Deutschland wieder an die Spitze von Wohlstand und Zukunftsverantwortung bringt.

## 34. Schmeißt sie raus!

Orbán und Erdogan stehen auf der anderen Seite

Eine notwendige Forderung zur Unterstützung noch vorhandener Oppositionen

Von Gerd Eisenbeiß

(noch nicht veröffentlicht)

Es ist doch wohl genügend klar: die Diktaturen dieser Welt rücken zusammen und bilden eine Allianz gegen die Freiheit, in demokratischen Rechtsstaaten zu leben. Vielleicht lebt schon die halbe Menschheit in autoritären Staaten, auf jeden Fall dann, wenn auch Indien diesen Weg gehen sollte.

Das Ideal dieser Herrscher ist offenbar eine Staatenwelt, in der es ein striktes Verbot von gegenseitiger Einmischung gibt. Insbesondere soll die seit 1945 geschaffene internationale Ordnung von Verträgen und Institutionen zerstört werden, die die Einhaltung von individuellen globalen Menschenrechten fordern. Dies ist wohl die einzige Gemeinsamkeit. Was hätten sonst solche Mitglieder wie Iran, China, Russland und Nordkorea gemeinsam? Kein Wunder, dass auch afrikanische Putschisten in Niger und Mali dabei sein wollen, weil sie vom demokratischen Westen nichts mehr zu erwarten haben (und französischer Dominanz überdrüssig sind). Und wo sonst sollten sich Staaten wie Eritrea, Kuba, Nicaragua oder Venezuela anlehnen?

Erschreckend ist, dass auch Regierungen von EU- und NATO-Mitgliedern dazu gehören wollen wie Orbán und Erdogan. Nicht weniger befremdlich ist die Neigung Modis, das bisher demokratische Indien in die Gruppe einzubringen.

Und nun droht auch noch die mächtigste Regierung der Welt in die Hände eines Menschen zu geraten, der aus seiner persönlichen Bewunderung Putins und wahrscheinlich auch Xis

wenig Hehl macht, auch wenn er sich nie als Unterstützer sondern als Rivale im selben Monsterkabinett profilieren möchte.

Nun ist völlig klar, dass die EU-Verträge und wohl auch die der NATO-Allianz den Ausschluss eines Mitglieds nicht zulassen. Es wäre auch im Moment noch nicht geboten, weil in Ungarn und der Türkei noch Wahlen stattfinden, die der Opposition Möglichkeiten lassen – so sehr auch Korruption von oben und unfaire Wahlbedingungen die Herrscher bevorzugen.

Erdogan hält den populären Kurdenführer Selahattin Demirtaş seit acht für insgesamt 42 Jahre im Gefängnis und will die Kurdenpartei HDP verbieten; sein Verfassungsgericht hat bereits die staatliche Parteienfinanzierung ausgesetzt und zahlreiche (65?) frei gewählte kurdische Bürgermeister abgesetzt. In Syrien unterstützt Erdogan islamistische Fundamentalisten in Idlib gegen die Regierungs-Truppen und bombardiert die kurdischen Gebiete im syrischen Nordosten. In letzter Zeit versucht er eine Annäherung an den von Putin an der Macht gehaltenen Diktator Assad, ein weiteres Mitglied der Monsterallianz.

Das ist in Erinnerung zu rufen, wenn man die Handlungsfähigkeit der NATO beurteilen will. Ist im Ernst zu glauben, dass die Türkei unter Erdogan gegen Russland militärisch aktiv würde, wenn Putin sein Ukrainespiel im NATO-Staat Litauen wiederholt? Eher greift er militärisch nach den Inseln des griechischen NATO-Partners im Ägäischen Meer und nach Hoheitsrechten in Gewässern Zyperns und anderer Mittelmeeranrainer.

Zu Orbán ist die gleiche Frage zu stellen; er ist bis hin zu seiner letzten Rede im EU-Parlament völlig unmissverständlich gegen liberale Freiheitsrechte. Er verweigert die notwendige Solidarität innerhalb der EU und gegenüber der Ukraine und hofft auf seinen Freund Trump, auf dass sein Freund Putin freie Hand bekommt, der demokratischen Ukraine den Rest zu geben. Orbán ist kein Partner, er ist ein Feind im eigenen Bett.

Was also bedeutet mein Aufruf „Schmeißt sie raus!“ in der politischen Realität? Es bedeutet, Klartext zu reden und gut begründet zu fordern, dass Ungarn EU-Mitgliedschaft faktisch suspendiert wird, also keine Mitwirkung im Rat und kein Stimmrecht für EU-Abgeordnete seiner Partei Fidesz im EU-Parlament.

In Anbetracht der Rechtslage muss es reichen, das immer wieder und lautstark zu fordern. In der darauf folgenden Reaktion anderer politischer Kräfte wird sich die Spreu vom Weizen deutlich trennen. Und das wird der demokratischen Opposition in Ungarn sehr helfen, solange es sie noch gibt.

Und Erdogan sollte nicht anders behandelt werden in Bezug auf die türkische NATO-Mitgliedschaft. Gerade jetzt nach der Feststellung von Pew Research, dass wieder eine Mehrheit der Türken in die EU strebt und 42% die NATO-Mitgliedschaft befürworten, muss der türkischen Gesellschaft signalisiert werden, dass wir sie differenziert wahrnehmen und sie nicht mit Erdogan identifizieren.

## **33. Zum Nobelpreis für Wirtschaft**

Was man schon aus Wikipedia erschließen kann

Der diesjährige Nobelpreis für Wirtschaft ist drei Wissenschaftlern für die Erkenntnis verliehen worden, dass es für den Wohlstand der Völker auf verlässliche Institutionen entscheidend ankommt, die in der Regel weit eher in Demokratien garantiert sind als in Diktaturen.

Als Demokrat und Europäer freue ich mich, dass solche Forschungsergebnisse die Überzeugung kräftigen, dass rechtsstaatlich-demokratische Ordnungen wohl überall vorteilhaft sind.

Mit diesem Text möchte ich dies mit eigenen Beobachtungen unterstreichen – vielleicht auch aus dem Wissenschaftsolymp auf vertrautes Territorium bringen. Die Idee ist, Nachbar-Staaten miteinander zu vergleichen, die in derselben Klimazone mit ethnisch ähnlicher Bevölkerung und Vergangenheit liegen.

Dafür verwende ich Rangplätze auf anerkannten Indizes, die in Wikipedia zu finden sind, insbesondere den

- Demokratieindex DI des „The Economist“ (an der Spitze Norwegen),
- Human Development Index HDI der Vereinten Nationen (an der Spitze Schweiz)
- die Pro-Kopf-Kaufkraft KKP in US\$.

Beachtet habe ich auch den Index der Pressefreiheit und den Korruptionsindex von Transparency International, aber nur in Ausnahmen zitiert. Letzterer könnte erklären, warum China (ähnlich Ruanda) trotz Demokratiemangel (DI-Rang 156) gute HDI- und Kaufkraftwerte erzielt: er ist mit 75 relativ gut, besser als z.B. für Mexico, Indien oder Brasilien, d.h. zur rechtsstaatlichen Zuverlässigkeit gehört auch Korruptionsarmut, die mitunter auch von autoritären Regimen angestrebt wird!

Die betrachteten Nachbarstaaten sind geordnet nach der Differenz ihres Ranges im Demokratieindex

- Costa Rica, Nicaragua, Panama (ehemalige Kolonien Spaniens): Costa Rica hat den DI-Rang 17 (wie ein EU-Staat!) und HDI 64 gegenüber Nicaragua mit DI 143 und HDI 130. Hier ist die Kaufkraft in Costa Rica um 285% höher. Der südliche Nachbar Panama (DI 48/HDI 58) liegt dazwischen und hat wohl wegen der Kanalzone ein 58% höhere Pro-Kopf Kaufkraft als Costa Rica.
- Litauen und Belarus (gemeinsame Sowjetvergangenheit): Litauen hat den DI-Rang 39 und HDI 37, sein pseudo-kommunistischer Nachbar Belarus hat den DI-Rang 151 und den HDI-Rang 69 (schlechter als Russland mit 56). Litauen hat eine um 107% höhere Kaufkraft.
- Jamaika, Kuba: Jamaika hat den DI-Rang 45 und HDI 115 gegenüber Kuba mit DI 135 und HDI 85. Hier ist die Kaufkraft in Jamaika 37% höher, allerdings hat das kommunistische Regime in Kuba im sozialen und Bildungsbereich auch positives geleistet, was sich im besseren HDI-Rang widerspiegelt!
- Kolumbien und Venezuela (dito): Kolumbien hat den DI-Rang 55 und HDI 91 gegenüber Venezuela mit DI 142 und HDI 119. Hier ist die Kaufkraft in Kolumbien um 157% höher.
- Haiti und Dominikanische Republik (verschiedene Kolonialgeschichte auf der Insel Hispaniola): Die Dominikanische Republik hat den DI-Rang 61 und HDI 82 gegenüber Haiti mit DI 129 und HDI 158. Hier ist die Kaufkraft im demokratischeren Inselteil 700% höher.
- Ghana, Togo, Elfenbeinküste (deutsch-französisch-englische Kolonialgeschichte): Ghana hat den DI-Rang 65/HDI 145 (Togo 126/163, Côte d'Ivoire 105/166), ein eindrucksvolles Beispiel, zumal auch beim KKP-Wert Ghana zwar nur knapp vor Côte d'Ivoire liegt, aber 160% über Togo. Auch

der Korruptionsindex ist für Ghana deutlich besser (Rang 72) gegenüber Côte d'Ivoire 99 und Toga 130!

- Sambia und Simbabwe (britische Kolonialzeit als Nord- und Südrhodesien): Sambia hat den guten DI-Rang 78 und HDI 153 gegenüber Simbabwe mit DI 122 und HDI 159. Hier ist die Kaufkraft im demokratischeren Sambia 37% höher.
- Jordanien und Syrien (osmanische Herrschaft, dann Völkerbundsmandate an England und Frankreich): Das Königreich Jordanien hat den DI-Rang 122 und HDI 99 gegenüber Syrien mit DI 163 und HDI 157. Auch hier ist die Kaufkraft in Jordanien wahrscheinlich höher, da Syrien ein gescheiterter, praktisch zerfallener Staat ist.
- Ruanda und Burundi (beides ehemalige deutsche und dann belgische Kolonien): Ruanda wird zwar autoritär geführt, aber ansonsten "ordentlich" regiert; sein Rang im Korruptionsindex ist 54, der Burundis 161. Sein DI-Rang ist mit 117 deutlich besser als der Burundis mit 147, sein HDI-Rang ist 161 gegenüber 187 und sein KKP-Wert liegt 240% über dem Burundis.
- Kenia, Uganda: Kenia hat den DI-Rang 92 und HDI 146 gegenüber Uganda mit DI 99 und HDI 159. Hier ist die Kaufkraft im demokratischeren Kenia um 100% höher.

Es erübrigt sich, Nord- und Südkorea zu vergleichen, ist aber eindeutig: die pseudo-kommunistische Diktatur im Norden leidet Mangel in allem außer Waffen, der demokratische Süden lebt auf europäischem Niveau DI 22 und HDI-Rang 19.

Natürlich ist diese sehr schlichte Analyse keine Konkurrenz zu den Nobelpreisarbeiten; so ist immer wieder Kritik an den verwendeten Indizes laut geworden, etwa wegen der Ungenauigkeit der zugeordneten Werte und Rangplätze, wegen lange zurückliegender Vorteile jener Staaten, die früher entscheidend bessere Waffen und Schiffe besaßen, oder wegen der starken Rolle der Wirtschaft in der Definition des Human Development Index. **Und doch sollte der Wert dieser Analyse darin bestehen, dass er konkret zeigt, wie vorteilhaft Demokratie für das Wohlergehen der Völker ist.**

## 32. Klimaschutz nach dem 5. November

Eine Schicksalsfrage von Gerd Eisenbeiß, 15. Oktober 2024

Ich will nicht behaupten, dass Kamala Harris eine grüne Ikone des Klimaschutzes ist, aber sicher ist Donald Trump sein Totengräber – und zwar weltweit. Am 5. November stimmen die USA also auch darüber ab, ob Klimaschutz noch eine Chance hat. Trump ist da ganz klar, diesen „Unsinn“ zu beenden und dem Öl und der Kohle eine neue Zukunft zu geben – sein Motto „drill baby drill“. Sein Sieg wäre eine Katastrophe für die Zukunft des Planeten, denn weltweiter Klimaschutz muss schnell gelingen oder er gelingt gar nicht, während immer mehr Treibhausgase frei gesetzt werden und die Aufheizung praktisch irreversibel auf über 2°C fortschreitet.

Es ist nicht originell, auf die Kopf-an-Kopf-Situation des Rennens zwischen Trump und Harris zu verweisen. Zwar hat Harris nach den meisten Umfragen etwa 2 bis 3% mehr Wähler zu erwarten als

Trump, aber seit einigen Wochen stagniert dieser leichte Vorsprung, der für die Mehrheit der Wahlmänner nicht ausreichen könnte.

Es scheint leider wahrscheinlich, dass Trump entweder knapp die Mehrheit der 540 Wahlmänner gewinnt oder ebenso knapp verfehlt. Seine Wählerschaft scheint nicht mehr erreichbar für Argumente gegen Lügen, Gemeinheiten und dummes Geschwätz; auch die sich häufenden Katastropheneignisse, deren Häufigkeit und Zerstörungskraft vom Klimawandel gesteigert wird, bewegen nichts zulasten des schwadronierenden Klimaleugners – nicht einmal in den letztthin schwerst betroffenen Staaten North Carolina und Georgia oder dem immer heißer werdenden Arizona, auf die es so entscheidend ankommt in dem absurden Wahlverfahren aus der Postkutschzeit.

Sollte es doch zu einem knappen Harris-Sieg kommen, dürften Trump und seine fanatischen Anhänger die Niederlage wiederum nicht anerkennen. Trump, der bereits vor einem möglichen Blutbad gewarnt hat, weiß, wie Brandstiftung geht; er hat es nicht nur am 6. Januar 2021 geprobt. Aus dem damaligen Scheitern hat er gelernt, dass er seinen Putsch weniger dilettantisch planen muss. Es ist zu fürchten, dass seinen vorbereiteten Anhängern ein Wink genügt, um den „wiederum gestohlenen“ Sieg mit Gewalt zu erkämpfen. Für den weltweiten Klimaschutz dürfte es da wenig Unterschied machen, ob der nächste Präsident „drill baby drill“ praktiziert und Klimaschutz abschafft oder ob die USA eine Weile im Chaos versinken.

Da es so kommen KANN, scheint es auch für Europa, für Deutschland und für Firmen wie Thyssen-Krupp ratsam, teure Klimaschutz-Investitionen und -Subventionen zurückzustellen, bis der Weg der USA geklärt ist – hoffentlich friedlich mit Frau Harris als Präsidentin. Das sollte insbesondere die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung und der EU betreffen, nicht nur bei Thyssen-Krupp. Denn die wachsenden Zweifel bei den deutschen Stahlkonzernen an der wirtschaftlichen Durchhaltbarkeit der subventionierten Direktreduktion mittels grünem Wasserstoff haben offenbar Rückwirkung auf den Ausbau von Wasserstoffnetzen und anderen Großinvestitionen sowie Lieferverträgen mit Wasserstofflieferanten in fernen Ländern.

Gerade solche Entscheidungen sollten nun abwarten, wie sich Amerika entscheidet, damit nicht „stranded investments“ der deutschen Stahlindustrie den Rest geben – und Stahl sowie Chemie sind nicht die einzigen Branchen, die sich für Klimaschutz engagieren wollen, aber einen gewissen Gleichschritt ihrer internationalen Wettbewerber insbesondere in USA und China brauchen. Jedenfalls hat europäische Klimaschutzradikalität keinen Sinn gegen US-Industrien, die mittels einer „drill baby drill“-Politik mit billigeren Energien und Verfahren den Weltmarkt prägen würden.

Sollten die USA unter Trump ihren Klimaschutzbeitrag beenden, sollten die Europäer sehr genau prüfen, was die europäische Bevölkerung am besten schützt, ob es ein moralisch gebotener, unbeirrter Weg in die europäische Klimaneutralität sein soll oder eine massive Investition in den Schutz vor den Folgen der Erderwärmung, die nur bei globaler Solidarität der Menschheit verhindert werden könnten.

Ein Präsident Trump wäre natürlich eine Umwelt-Katastrophe, denn Umwelt- und Klimaschutz sind Notwendigkeiten für eine gedeihliche Zukunft aller Völker, wissenschaftlich einwandfrei

bewiesen und zumindest langfristig rentabel. Wenn aber die USA ausscheren, werden kurz- und mittelfristige Nachteile opferbereiten Klimaschutzes auch in Europa nicht akzeptiert werden – d.h. es werden Klimaleugner in allen Staaten noch größere Wahlerfolge einfahren als durch die Immigration bereits gefördert.

## 31. Über den Volkswillen

von Gerd Eisenbeiß, 10. Oktober 2024

Der Volkswille ist ein imaginäres Wesen, das gern aus dem Munde selbsternannter Führer spricht. Wer das besonders gut und laut kann, verdient den Ehrentitel Populist, vielleicht sollten wir „Volkist“ sagen, um der Deutschtümelei der Szene zu entsprechen. Wenn das lächerlich klingt, dann ist das Absicht, und wem das zu abstrakt ist, der denke an Björn Höcke in Thüringen und Herbert Kickl, den sich gerade 29% der Österreicher als „Volkskanzler“ gewünscht haben.

Populisten bilden sich einen homogenen Volkswillen ein und meinen damit, für das „echte“ Volk zu sprechen, dessen Denken noch rein sei, unverschmutzt von Fremdlingen und Einflüssen aus dem Ausland. Dieser imaginierte Volkswillen, von „Führern“ normativ definiert, gründet sich meistens auf Kurzschlüsse des „gesunden Menschenverstands“ und Geschichtsklitterung. In der Geschichte habe sich dieser so homogene Volkscharakter offenbart, weshalb ein Gutteil populistischer Rezepte aus der Wiederherstellung einer als „golden“ imaginierten Vergangenheit besteht.

Das Volk ist dabei zumeist nicht nur ein Kollektivbegriff für die Menschen, die lange genug in einem Territorium zusammenleben und die gleiche Sprache sprechen, sondern ein geradezu mythisches Etwas, das die besondere Aufmerksamkeit, ja Bevorzugung eines Gottes genießt: z.B. sagt Putin gemeinsam mit dem orthodoxen Patriarchen, das russische Volk sei „heilig“ ebenso wie das „Heilige Russland“. Vorwissenschaftlich ist auch die behauptete „Reinheit des Blutes“, wobei die Biologie der Gene ignoriert wird; denn es gibt keine genetische Reinheit heutiger Nationen. Wer auf Wiener Klingelschilder schaut, wird feststellen, dass da viele Nachkommen aus dem slawischen Teil des Habsburger Reiches leben und längst integrierter Teil des österreichischen Volkes geworden sind, vielleicht sogar Kickl wählen.

Aber es gibt gute Methoden, den vielgestaltigen Willen des heterogenen Volkes festzustellen, nämlich freie und fair gestaltete Abstimmungen über die Zusammensetzung von Parlamenten oder auch über wichtige Einzelfragen. Das „Volk“ ist dabei einfach nur die Gemeinschaft aller Staatsbürger, die gemeinsame Regeln des friedlichen Zusammenlebens akzeptieren, die zumeist in einer Verfassung niedergelegt sind. Und dazu gehört die Institution von Parlamenten, in denen sich nach allgemeinen, freien Wahlen die Souveränität des Volkes realisiert. Wenn eine demokratische Verfassung eine allgemeine Gemeinwohlorientierung fest schreibt, entspricht sie einem Volkswillen, den Rousseau vor 240 Jahren „volonté general“ genannt hat.

Wir Deutschen haben später als Angelsachsen und Franzosen zu stabiler Demokratie gefunden, stehen heute aber vor der traurigen Erkenntnis, dass ihre Regeln nicht mehr Konsens sind. So findet eine Partei in einigen Bundesländern um die 30% Zustimmung, die sich als Alternative zum „Parteienstaat“ sieht, ohne zu erklären, durch welche Staatsform das ersetzt werden soll. In USA stehen wir vor einer Präsidentschaftswahl, die nach dem dortigen Wahlsystem aus der Postkutschenzeit sehr knapp ausgehen dürfte, obwohl Frau Harris nach den derzeitigen Umfragen einige Millionen Stimmen mehr bekommen dürfte als Trump; es ist aber heute schon klar, dass sehr viele radikalisierte Trumpwähler ihrem „Führer“ folgen werden, wenn er seine eventuelle Niederlage wieder nicht anerkennen sollte. Schaut man auf die entscheidenden Zahlen in den Einzelstaaten, könnte ein Promille-Differenz in 7 Staaten wie Georgia, Arizona oder North Carolina Trump den Sieg oder die Niederlage bringen. Trumps Warnung vor einem Blutbad, dürfte von einem beträchtlichen Teil der Amerikaner als Aufforderung verstanden werden, den wahren „Volkswillen“ mit Gewalt durchzusetzen.

Wenn aber in USA das demokratische System zusammenbricht und einem selbst ernannten „Führer“ folgt, wird die Welt eine andere sein – eine, die Putins Vorstellungen einer von autoritär geführten Großmächten beherrschten Welt mit anerkannten Imperien statt souveräner Staaten. Und natürlich wird Trump als Putsch-Präsident behaupten, der Volkswille habe gesiegt!

Als vor 3 Jahren auf demokratische Weise der deutsche Volkswille gemessen wurde, war das Ergebnis alles andere als homogen – ja geradezu absurd: für eine Regierungsmehrheit gab es nur entweder die Möglichkeit einer weiteren Großen Koalition, jetzt aber unter SPD-Führung, oder die „Ampel“; eine neue GroKo war für die allgemeine Stimmung – und insbesondere der abgestürzten Union – unzumutbar. Auch der in AFD- und Linken-Stimmen konkretisierte Volkswille konnte in keine handlungsfähige Regierungsmehrheit integriert werden. Also blieb nur eine Ampel, von der jeder Verkehrssachverständige ahnen konnte, dass sie

nicht funktioniert. Ich nannte sie mit meiner Erfahrung in der Verkehrsforschung absurd, weil eine Ampel, bei der Rot, Gelb, und Grün gleichzeitig leuchten wollen, eben absurd ist und den Verkehr nicht lenkt sondern behindert. So muss dann an jeder beampelten Kreuzung das Recht zu fahren neu ausgehandelt werden, weil jedes Mal mindestens ein Fahrer Angst hat, er werde seine Freunde oder gar sein Auto verlieren, wenn er sich nicht durchsetzt – und ampel-freie Vorfahrt für Rechts darf in der Politik keine Lösung sein.

**Bei fairer Beurteilung und Anerkennung des souveränen Rechtes der Wähler, zu beauftragen wen sie wollen, leidet Deutschland gegenwärtig nicht an einer Ampel, sondern am darin realisierten Volkswillen in all seiner Widersprüchlichkeit.** So bekennt sich die Ampel zum Klimaschutz, lässt also scheinbar Grün leuchten, besteht aber auf einer Steuer- und Finanzpolitik, die den verheißenen grünen Weg zur Schotterpiste macht. Und obwohl es da schon rumpelt, denkt sich die SPD immer neue soziale Verbesserungen an der Renten- und Armutsfront aus, obwohl sie mit beiden Partnern vor einer gigantischen Renovierungs- und Modernisierungsaufgabe steht und nicht vorankommt, weil keiner irgendjemandem etwas zuzumuten will. Dazu kommt, dass der 2021 konkretisierte Volkswille eines der ganz großen Probleme noch gar nicht berücksichtigen konnte, nämlich den dreisten russischen Eroberungskrieg gegen die Ukraine, hinter dem erkennbar ein ebenso unverfrorener (noch nicht militärischer) Krieg gegen die freien Gesellschaften des Westen steht, ausgetragen mit Cyber-Mitteln und Lügenpropaganda.

Nun meinen viele, es läge am Kanzler, und übersehen dabei, dass die Kanzler der Vergangenheit von Parteien mit großer Mehrheit gegenüber ihren gelben oder grünen Partnern regieren konnte. Und Deutschlands einzige Kanzlerin löste das Problem mit ihrem gleichwertigen Partner in der GroKo, indem sie überwiegend sozialdemokratische Politik machte; da musste sie nur ihre eigene Partei und ihr bayerisches Schwesterchen disziplinieren.

Es ist also im Interesse unserer Demokratie extrem wichtig, dass die Bürger dieses Landes trotz Ampelfrust ihre eigene Verantwortung dafür verstehen, dass sich der Volkswille nicht in immer mehr verschiedenen Spezial-Parteien zersplittert. Vor allem ist es ihre Verantwortung, den Populisten mit ihrer völkischen Homogenitätsideologie nicht auf den Leim gehen, sondern in den Wahlkabinen auch berücksichtigen, dass die gewählte Mehrheit schnell zu guten Kompromissen kommen muss. Dafür gibt es natürlich kein Konzept, aber es wäre schon ein Stabilitätsgewinn, wenn nicht so viele Stimmen auf populistische Bauernfänger und Vertreter von Einzelinteressen entfielen.

# 30. Kanzler führe!

## Kanzler führe! Ein Wunsch von Gerd Eisenbeiß

 [blog-der-republik.de/kanzler-fuehre-ein-wunsch-von-gerd-eisenbeiss/](https://blog-der-republik.de/kanzler-fuehre-ein-wunsch-von-gerd-eisenbeiss/)

Gerd Eisenbeiß

7. Oktober 2024



Am 10. Oktober wird sich Olaf Scholz in einer online-Konferenz den Fragen der Genossen stellen; so kam auch ich zu einer Einladung, und ich hatte in der Tat eine wichtige Frage, die ich auch online einreichte:

„Warum lieber Kanzler, entlässt Du nicht Deinen Finanzminister, bevor er in 5%-Panik das Schiff verlässt. Und das ist wahrscheinlich! Dann wirst Du als blauäugiger, begossener Pudel in die dann fällige Neuwahl gehen, und nicht als führungsstarker, strategisch denkender Staatsmann. Und, lieber Kanzler, erkläre dem Volk den Grund: die Probleme dieses Landes brauchen mehr öffentliches Geld aus Steuern oder Anhebung der Schuldengrenze.“

Und für alle, die Olaf Scholz unterschätzen: er hat es schwerer als alle seine Vorgänger, weil seine Koalition keine ist wie die seiner Vorgänger, nämlich eine starke Kanzler-Fraktion mit kleinem Partner, sondern eine von den Wählern erzwungene Gemeinschaft strategischer Einsichten in Notwendigkeiten und einer Kassenpraxis, die stark nach Klassenpraxis riecht.

© 2024 Blog der Republik.

# 29. 17 Prozent

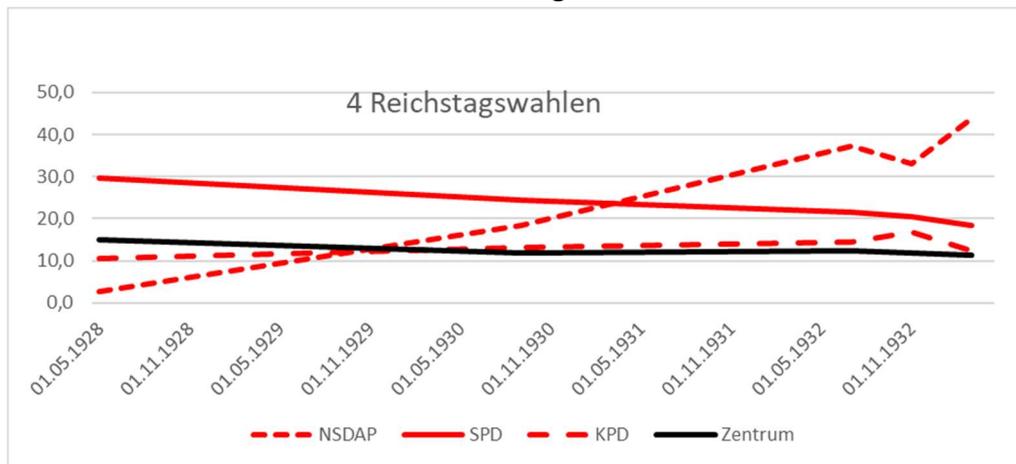
Eine Beobachtung von Gerd Eisenbeiß, 1. Oktober 2024

Was ist das schon: die **AFD** erhält in aktuellen Umfragen des Oktobers bundesweit um die 17%. Eigentlich vernachlässigbar, wenn alle anderen Stimmen auf glaubwürdige Demokraten entfallen?

In **Österreich** erhielt die **AFD-Schwester FPÖ** 2019 knapp 17%, nachdem sie mit der ÖVP in der Regierung saß. In der Opposition hat sie sich dann noch weiter nach rechts orientiert Richtung Ungarns Orbán mit Zielen wie Remigration und „Festung Österreich“ sowie einer Neutralitätsbetonung, die wohl bewusst eher Russland als der Ukraine nützt. Nun hat sie am 29. September 2024 mit 29% Platz 1 erreicht – letztlich dank eines 15%-Vorsprungs auf die ÖVP in Kärnten. Der derzeitige Volkspartei-Kanzler Nehammer mit seinen 26% (der ÖVP-Verlust ist fast identisch mit dem FPÖ-Gewinn!) hat sie als Koalitionspartner nicht ausgeschlossen, wenn sie ihren Führer Kickl raus kickt; mal sehen, wer da wen raus kickt, und ob sich in Wien Weimar wiederholt.

Interessant ist die Parallelität zu den letzten drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg; dort haben insgesamt 5 Mio. Wähler bei 74% Wahlbeteiligung sehr ähnlich gewählt: AFD 31% (FPÖ 29%), CDU 24% (ÖVP 26%); Grüne 4,4% (in Österreich 8%); während die SPÖ mit 21% abgeschlossen hat, kam die SPD nur auf 14% - allerdings (ohne eine Addition zu wagen) bei 13% BSW. Während man in Deutschland rätselt, ob tatsächlich die Migrationsfragen entscheidend für AFD-Siege sind, scheint das in Österreich wenig zweifelhaft. Es dürfte weder Herrn Höcke noch Herrn Kickl stören, wenn ich sie vergleiche: dabei steht Kickl dem NAZI-Erbe noch näher als Höcke, der die Sagbarkeitsgrenze noch nicht ganz so weit hat verschieben können, aber daran arbeitet.

Auch die **NSDAP** erhielt bei den Reichstagswahlen 1930 nur 18%, mehr hatte



nur die SPD mit 24,5%. Das änderte sich schnell: Ende Juli 1932 erhielten die Nazis schon 37%, und in der November-Wahl 1932 ging der Nazi-Anteil zwar auf 33% zurück, aber das reichte für die Kanzlerschaft Hitlers dank dem der aus dem Zentrum stammenden Kurzzeitkanzler von Papen, der meinte als Vizekanzler die Kontrolle zu haben und irrte. Hitler ist nicht der einzige geblieben, der seine absolute Mehrheit dann selber herstellte: er entzog Oppositionellen einfach ihre Mandate – Erdogan machte das ganz ähnlich mit der HDP und Kaczynski mit den Gerichten, und Meloni und Fico bauen auch gerade am Umbau Italiens und der Slowakei nach den Vorbildern in PIS-Polen, Ungarn oder der Türkei.

Der italienischen **LEGA**, einer scharf rechten bis faschistoiden AFD-artigen Partei, reichten einst 17%, um die Macht in Italien zu erobern. Wie? Die chaotische, dumm-dreiste Partei der 5 Sterne half mit ihren 33% Matteo Salvini in den Sattel, einem Mächtigen-Autokraten, dessen Trump-artiges Auftreten den Italienern imponierte und ihm zwischenzeitlich ebenfalls über 30% Zustimmung bescherte. Und dann? Dann wurde Salvini selbst zum Sattelhelfer für die Enkel Mussolinis, die faschistischen Brüder Italiens mit ihrer Chefin Giorgia Meloni. So ermöglichten letztlich die 17 Lega-Prozente den Umbau der italienischen Demokratie, den Frau Meloni mit großem Geschick betreibt, während die Lega des polternden Machos Salvini drastisch schrumpft. Es ist wie in den östlichen Bundesländern: die SED-Erben haben der Bevölkerung ein Opferbewusstsein eingeredet, das heute der AFD hilft, während die Linke wie die Lega versinkt.

Gut 17% (jedenfalls der Wahlberechtigten!) reichten auch der **polnischen PIS** für ihre Machtergreifung und den Umbau des Staates in Richtung einer faschistoiden, katholisch-konservativ-nationalistischen Autokratie. Hier reichten die wenigen Stimmen wegen der geringen

Wahlbeteiligung und einem Wahlkreis- und Zählsystem, das städtisch-bürgerliche Stimmen geringer bewertet.

An zahllosen Beispiele lässt sich erkennen, wie populistische Parteien, die z.B. fast unerschuldlich gegen die EURO-Einführung gegründet wurden, schrittweise in die Hände immer radikalerer Gruppen gerieten. Populismus ist in der Regel ein Schleppnetz für Unzufriedene und sektiererische Außenseiter aller Art; da so keine konsistente Programmatik möglich ist, ersetzt die Führungsspitzenperson immer konsequenter das beliebige Programm großer Versprechungen; Kompetenz wird dadurch simuliert, dass man die bekannten Probleme einfach nur drastisch und übersteigert schildert und besten Falls unrealistisch kraftstrotzenden Lösungswillen anbietet. Das heißt, dass zunächst im inneren der Partei eine autoritäre Führungsstruktur realisiert wird. Es ist dann ein Selbstläufer, dieser Führung auch die Staatsmacht zu übertragen, wenn man mal erfolgreich genug ist. Wenn die Unterstützer einmal ihre politische Identität an eine solche Partei gebunden haben, vielleicht mit Trotz oder gar Stolz ihre Eigenständigkeit gegenüber dem „System“ feiern, bemerken sie wohl gar nicht mehr, wie sich der Charakter ihrer Partei verschiebt. Insbesondere glauben wohl viele nicht – oder sie verdrängen es -, was die Parteiführung mit der einmal errungenen Macht anstellen wird. So hat die PIS in Polen vor ihrem ersten Wahlsieg nicht gesagt, welchen Umbau der demokratischen Ordnung sie plante. Auch Höcke und Kickl verbergen hinter Deuschtümelei, Migrationsstopp und Remigration das Regierungs- und Staatsmodell, mit dem sie als „Volkskanzler“ herrschen wollen.

**Wie in Ungarn und USA** bestehen die Instrumente faschistoider Rechtsparteien darin, zuerst die seriösen Medien durch Beschimpfungen und Diffamierung als Lügenpresse unglaublich unwürdig zu machen, ja Hass zu schüren auf Journalisten, Andersdenkende und Ausländer. Zu beobachten ist auch der Versuch, reiche Autokraten-Freunde zum Aufkauf kritischer Medien zu bewegen, was Trump trotz Freund Elon Musk noch nicht so gut gelungen ist wie Erdogan und Orbán. Schließlich werden auch Gerichte und Richter beschimpft und diffamiert, bis man sie einfach entlässt wie in Polen unter PIS, um gefügige Parteigänger einzusetzen. Ist die Unabhängigkeit wettbewerblich freier Medien auf ein Minimum reduziert wie auch in Russland, ist das Rechtswesen der Regierung unterstellt wie in PIS-Polen offiziell, in **Russland und Türkei** inoffiziell aber effektiv, dann steht der Alleinherrschaft nichts mehr im Wege. Dass die polnischen Wähler 2023 gerade noch die demokratische Kurve gekriegt haben, beruhigt nicht, weil sich die PIS bis heute nicht entscheidend geändert hat. In nächster Zeit wird es interessant sein, die Entwicklung in Italien und der Slowakei zu beobachten.

- Haben faschistoide Parteien die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit gerupft, bleiben drei Strategien zur Vollendung (bei Putin zu besichtigen):
- die Regierung präsentiert sich als Vollstrecker des reinen, homogenen „gesunden“ Volkswillens
- Opposition wird als Verrat am Volk geächtet

Ausland und Ausländer sind grundsätzlich Feinde (Ausnahme: befreundete Autokraten).

**Zurück zu AFD und Deutschland: es muss um alles in der Welt verhindert werden, dass eine demokratische Partei die AFD in eine Regierung hievt.** Weder Frau Weidel noch Herr Chrupalla sind Hitler-Typen, und Höcke ist eher der Göbbels der Partei; der tatsächlich skrupellose Führertyp steht noch verdeckt in Wartestellung. Ich schließe nicht aus, dass es sich um jemanden handelt, der schon im Hintergrund mit Unterstützung von Höcke und

anderen Granden des identitären Rechtsradikalismus lauert. Und man schätze Regierungseteiligungen in den Ländern nicht als geringfügig ein: ich möchte nicht, dass die Jugend in Thüringen mit Geschichtsbüchern unterrichtet wird, die Höckes Segen haben, öffentlich-rechtliche Sender Höckes Welt- und Menschenbild verbreiten und Gerichte nach dessen Rechtempfinden urteilen.

Was einem Demokraten ein wenig Zuversicht gibt, ist die Tatsache, dass weder AFD noch FPÖ (2019 war ein Zwischentief) zwischen 2018 und heute stärker geworden sind, auch wenn Frau Wagenknecht erfolgreich im selben Teich fischt, wo die Unzufriedenen, Klima- und Coronaleugner sowie putinblinde Russlandfreunde herumschwimmen mit so störend lautem Blupp-Blupp, dass das Wasser schäumt.

Ermutigend ist auch, dass die Polen vielleicht gerade noch die Freiheit hatten und nutzten, eine demokratische Mehrheit ins Parlament zu schicken; ob das auch Ungarn, Italienern und Slowaken noch einmal gelingt?

(Ein Essay gleichen Titels und Themas hat der Autor 2018 auf [www.politikessays.de/Politik veröffentlicht, wo es nachgelesen werden kann](http://www.politikessays.de/Politik-veroeffentlicht-wo-es-nachgelesen-werden-kann)).

## 28. Militärische Sicherheitsinvestitionen in Deutschland

Mit dem BSW ist in Deutschland erneut eine Partei erfolgreich, die militärische Sicherheitsinvestitionen und Waffenhilfe an Russlands Aggressionsoffer ablehnt. Sie vertritt damit eine Jahrzehnte lang gültigen pazifistischen Grundposition der deutschen Gesellschaft und Politik. Diese Haltung zog und zieht ihre Begründung aus der Einschätzung, selbst nicht bedroht zu sein – und selbst wenn man den großen Mächten im eurasischen Osten misstraute, meinte man doch: der amerikanische Schutz ist uns sicher, weil wir Freunde und Verbündete sind und - etwas leiser hinzugefügt -, weil es amerikanischem Interesse entspricht, in Europa präsent und mächtig zu sein. Gerade der in Europa nicht seltene Antiamerikanismus sah den amerikanischen Schutz als Teil eines US-Imperialismus, den man natürlich verurteilte, aber doch genoss, wenn man die sowjetische und später russische Militarisierung nicht gänzlich ignorierte.

Selbst als Putins Agenten der Ukraine vor 10 Jahren die Krim raubten und Volkserhebungen in Donezk und Luhansk organisierten, blieben Deutschland und seine europäischen Partner beim Abbau ihrer militärischen Fähigkeiten, um mit dem gesparten Geld den privaten Konsum wachsen zu lassen (nicht etwa, um die öffentlichen Infrastrukturen zu sanieren und zu modernisieren). Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass Putins Geheimdienste, ja einfach nur aufmerksame Beobachter deutscher Medien, die zunehmende Wehrlosigkeit Westeuropas nicht wahrgenommen hatten, als sie die Behauptung in die Welt setzten, Russland sei von „Einkreisung“ und NATO-Aggression bedroht.

Im Westen schien dagegen die Einschätzung im Wesentlichen Konsens, dass die russische Aggression sich nur in sicherer Entfernung am uninteressanten Ostrand der Ukraine abspielen würde.

Der nicht mehr überhörbare Paukenschlag erfolgte dann am 24. Februar 2022, als Putins Truppen offiziell in die Ost-Ukraine einrückten und das russische Kriegsziel einer vollkommenen Übernahme der Ukraine nicht mehr ignoriert werden konnte.

Nun fragt man sich erstaunt, wie kann man nach dieser Lektion noch glauben, Putins Ziele seien durch Verhandlungen zu mäßigen? Wie kann man weiter ignorieren, dass Russland und China seit einiger Zeit Hand-in-Hand an der Destabilisierung der demokratischen Welt arbeiten. Wie kann man den längst begonnen Cyberkrieg übersehen. Wie kann man ausklammern, dass sie eine Front wahrer Monsterregime schmieden mit Iran, Nord-Korea und vielen Diktaturen in aller Welt. Kann man die Lust verstehen, mit der namhafte Persönlichkeiten der linken Mitte dem eigenen Land und seinen Verbündeten eine Mitschuld an der Aggression anzuhängen, als hätte man Putin zum Überfall gezwungen? Kann man der Meinung sein, gegen nuklear bewaffnete potenziellen Aggressoren dürfe es keine Gegenmaßnahmen bündnis- und rüstungspolitischer Art geben?

Nun, Sarah Wagenknecht kann all das und noch viel mehr. Sie sieht in Russland unbeirrt jenen zuverlässigen Partner, der uns Gas und andere Rohstoffe günstig zur Verfügung stellt, und den wir nicht durch eigene Bewaffnung und Bündnisstrategien reizen dürfen – und schon gar nicht durch Waffenhilfe für die überfallene Ukraine. Was immer Russland an Raketen und mitunter an Truppenkonzentrationen (wie vor dem Ukraine-Einmarsch) an seine Westgrenze und bis nach Königsberg verschiebt, **Sarah vertraut auf Putins Friedfertigkeit. Ihre Logik: wer sich wehrt, eskaliert! Wer Frieden will, wehrt sich nicht.**

**Gerade ist ihr der frühere Präsident Medwedew zur Seite gesprungen mit Aussagen der Art: niemand glaube, Russland würde keine taktischen Atomwaffen einsetzen, denn es gehe in diesem Krieg um Russlands Existenz. Der Westen habe sich schon in der Einschätzung naiv getäuscht, Russland werde keinen Einmarsch in die Ukraine wagen; er werde sich auch in der nuklearen Frage täuschen.**

Nun ist es auf unserer Seite eine traurige Beobachtung, dass unsere Bündnisstrategie auf der Zuverlässigkeit der USA und der übrigen NATO-Partner beruht und das, obwohl auch solche Partner wie Ungarn, die Slowakei und die Türkei dazu gehören, deren langjährige Herrscher sich längst als unsolidarisch erwiesen haben. Militärisch mögen die kleineren Staaten nicht entscheidend sein, obwohl ihre Stimme bei Einstimmigkeit gebraucht wird, aber wer glaubt wirklich, dass türkische Truppen gegen Russland antreten, wenn Putin das Ost-Ukrainenspiel mittels Agenten und Teilen der russischen Minderheiten in den Baltenstaaten wiederholt?

Man darf vermuten, dass Sarah Wagenknecht auch in einem solchen Fall für Verhandlungen sein wird, die aus russischer Sicht ja nur Sinn machen, wenn man die Beute behalten darf. Letztlich stimmt sie mit Putins Vorstellung einer neuen Weltfriedensordnung überein, dass der Wille des Stärkeren gelten muss und der Schwächere, der Kleinere nur das Recht hat, um und in Verhandlungen betteln zu dürfen.

Wenn man die strategische Sicherheitslage der europäischen Demokratien analysiert, kommt man selbst als militärischer Laie nicht an der Erkenntnis vorbei, dass nur amerikanische Präsenz in Deutschland und Waffen, die Russland treffen können, glaubwürdigen Schutz

bieten - ich füge hinzu, selbst wenn Trump wieder Präsident werden sollte. Warum? Weil gerade Trumps Ego eine Aufgabe Europas nicht zulassen wird, schon gar nicht, wenn sie mit einem demütigendem Rückzug verbunden wäre.

Ich komme also zu dem Schluss,

- dass Sarah Wagenknecht im Kern Putin freie Hand in der Umgestaltung Europas geben möchte, weil sie Widerstand für falsch und billige Rohstoffe für wichtiger hält
- dass Olav Scholz und Präsident Biden richtig handeln, wenn sie die notwendigen Waffen auch in Deutschland stationieren. In dieser Position bin ich schon vor über 45 Jahren Helmut Schmidt und seinem Nachfolger gefolgt.

Das Szenarium ähnelt eben sehr dem des erfolgreich überwundenen Kalten Kriegs – nicht zufällig, sondern weil Putin diesen neu begonnen hat und mit einem heißen Krieg unterstreicht, dass es ihm um eine andere Weltordnung geht, in der einige mächtige Staatsführer das Schicksal der Völker bestimmen. Als Treffpunkt dieser Führer sieht er wahrscheinlich Jalta als geeignet an mit einem Russen, einem Amerikaner und einem Chinesen im Präsidium.

Meine zitternde Hoffnung ist, dass auch der jetzige Konflikt endet wie 1989 mit einem Erwachen von russischer Größe und Vernunft unter neuer Führung.

## 27. Kurzanalyse der Landtagswahlen im September

Die 3 Landtagswahlen im September zeigen summarisch, dass die AFD fast ein Drittel der Stimmen erhalten hat; dabei haben die Jungen, die 1990 noch nicht 11 Jahre alt waren, in Thüringen und Brandenburg mit gut 4% überproportional AFD gewählt, in Sachsen nur durchschnittliche 31%.

Bei den über 60jährigen, die 1990 schon 26 Jahre alt waren, gibt es in allen 3 Ländern ein deutlich unterdurchschnittliches AFD-Ergebnis von minus 7% in Sachsen und Brandenburg, minus 14% in Thüringen. Bemerkenswert ist die stärkere AFD-Unterstützung durch Männer als durch Frauen.

BSW hat wohl generell überproportional bei den Älteren gewonnen.

LINKE und FDP verschwinden.

### **Interpretation:**

Überall hat die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten ihrer jeweiligen Partei sehr geholfen; in Sachsen und Brandenburg haben einige Wähler ganz offenbar den jeweiligen MP unterstützt, um einen AFD-Sieg zu vermeiden. Das hat in Sachsen der CDU, in Brandenburg der SPD und in Thüringen der Linken Stimmen gebracht, die nicht unbedingt der gewählten Partei gegolten haben.

Die stärkere BSW-Unterstützung durch Ältere könnte ein Hinweis sein, dass diese Partei mit ihrer Russlandfreundlichkeit stärker an DDR-Positionen andockt; im Übrigen profitieren

BSW wie AFD von der im Osten überproportionalen Fremdenangst und migrationspolitischem Radikalismus.

Dass die FDP im Osten verschwindet, zeigt, dass ihre Lösungsansatz dort niemanden mehr überzeugt, Steuern eher zu senken als zu erhöhen und dem Staat die Lockerung der Fußfessel der Schuldenbremse zu verweigern. Ich sehe das als Hinweis, dass die FDP auch anderswo ihre Bundespartner SPD und GRÜNE mit in den rechtsradikalen Abgrund schicken könnte, was die Umfragen ja auch im Westen schon zeigen.

Das erneute Scheitern der GRÜNEN (in Sachsen auch nur gnädige 5,1%) ist ebenfalls konsistent mit den übrigen Ergebnissen: man hat im Osten kein Verständnis für die ökologischen Prioritäten, weil diese das Einkommen und die allgemeinen Lebensbedingungen vor Ort nicht kurzfristig verbessern, sondern eher als Bevormundung, wenn nicht gar als Zumutung empfunden werden. Auch bei den ökologischen Notwendigkeiten stehen die Propaganda der AFD und BSW in unheilvoller Wechselwirkung mit persönlichen Einschätzungen und Vorurteilen.

Die LINKE ist nun wohl endgültig gescheitert – gekillt von Sarah Wagenknecht. Im Osten ist der Versuch gescheitert, als geläuterte SED/PDS eine regional fest verankerte Rolle zu spielen. Diese Rolle hat sich die AFD angeeignet und die Argumente weitgehend übernommen: der Osten sei 1989 „über den Tisch gezogen worden“, nicht das SED-Regime, sondern die Treuhänder habe die DDR-Wirtschaft zerstört, sowie die systematische Weigerung, die gewaltige Leistung der Westdeutschen bei der Sanierung der maroden Infrastruktur und sozialen Sicherungssysteme zu würdigen. Wahrscheinlich sind es genau diese Elemente, die die Menschen unter 50 überzeugen, weil ihnen zu wenig widersprochen wird – schon gar nicht von ihren Eltern.

**Die überproportionale Stärke der AFD bei jungen Wählern ohne DDR-Vergangenheit ist beängstigend.** Es bedeutet, dass diese Altersgruppe der AFD-Wähler in ihrem auch anderswo vorhandenen Frust keine Neigung und/oder Fähigkeit hat, der Verführung durch selbstbewusst auftretende Kraftmeierei zu widerstehen. Zu vermuten ist, dass gerade im Osten die ältere Generation der grundsätzlichen Systemkritik der extremen Rechten zwar selbst nur unterdurchschnittlich folgt, aber ihren Kindern und Enkeln eben nicht widerspricht, wenn diese das rechtsstaatlich-demokratische und marktwirtschaftliche System als Ganzes für ihre jeweils persönlichen Probleme und Defizite im Umfeld verantwortlich machen. Zu berücksichtigen ist auch, dass das hohe Wahlergebnis von AFD und BSW samt der verschwindenden Linken (in Sachsen und Brandenburg fast 50%, in Thüringen 61,7%!) dafür spricht, dass die Meinungen dieser Parteien schon längst auch in den Lehrerzimmern und Sportvereinen vorhanden sind oder gar den Ton angeben.

Gerd Eisenbeiß, 23.9.24

## 26. Vor 30 Jahren: Präsident Mandela

Kann sich die Geschichte im Nahen Osten wiederholen?

Gerd Eisenbeiß, 22. September 2024

Vor mehreren 100 Jahren begannen Menschen aus Europa in Gebiete auf andere Kontinenten auszuwandern. Die Zielgebiete waren sehr dünn besiedelt und zwar von Menschen mit wesentlich geringeren technischen Fähigkeiten, die sich daher nicht gegen die Einwanderer wehren konnten. So gerieten sogar ganze Kontinente unter eine europäische Mehrheit, die lange brauchte, um die Ureinwohner als gleichwertige Bürger der neuen Staaten Amerikas und Australiens anzuerkennen.

Auch nach Asien und Afrika begannen vor über 100 Jahren europäisch geprägte Menschen auszuwandern. Die von der „Urbevölkerung“ der Zielgebiete nicht gebilligte Einwanderung konnte zumeist unter dem Schutz englischer Kolonialpolitik stattfinden.

In zwei besonders intensiv aufgesuchten Gebieten in Südafrika und Palästina führte die un- eingeladene Immigration zu mehreren kriegerischen Auseinandersetzungen. Dabei behielten die mehrheitlich aus Europa Zugewanderten die Oberhand und errichteten Staaten, in denen diese Herrschaft der Eingewanderten festgeschrieben wurde. Die Konsequenz war die Ungleichberechtigung, ja Drangsalierung, der unterlegenen Urbevölkerungen, Morde und Vertreibungen inclusive. Zwar existierten in beiden Fällen jenseits der eroberten Gebiete Staaten und Menschen, die den Unterdrückten und Verdrängten nahestanden; aber auch diesen regionalen Mächten gelang es nicht, die Mehrheitsregime der Eingewanderten zu beseitigen - weder durch militärische noch durch diplomatische Maßnahmen.

Ein Grund für diese Misserfolge war die Unterstützung der europäisch geprägten Oberherrschaft durch die westliche, freie Welt der USA und Europas durch enge Zusammenarbeit und militärische Rüstungsgüter. Ein gemeinsamer Grund für diese Unterstützung waren wohl geostrategische Überlegungen, aber darüber hinaus eine Mischung heterogener Motive zwischen ethnischer Solidarität bis zu Schuldgefühlen wegen ethnischer Verfolgung in Europa. So wurden beide Staaten anerkannte Mitglieder der Vereinten Nationen.

Die regionale Isolation der beiden Einwanderungsstaaten führte zu einer Radikalisierung der jeweiligen Herrschaftsideologie, um der ethnisch-rassisch und teilweise auch religiös definierten Einwanderungsgesellschaft die dauerhafte Herrschaft über die mitunter als minderwertig bezeichneten anderen Bürger in den eroberten Gebieten zu sichern.

In beiden Fällen gab es immer wieder auch liberalere Strömungen in der herrschenden Teilgesellschaft, die die allen humanitärer Grundsätzen widersprechenden Ordnungen in Richtung demokratischer Gleichberechtigung ändern wollten. Aber auf der anderen Seite standen uneinsichtige Vertreter dauerhafter Minderheitsherrschaft, die sich auch für ferne Zukünfte keine Gleichheit aller Bewohner des von ihnen beherrschten Territoriums vorstellen konnten oder wollten.

Wenn man nun aus der heutigen Situation auf die beiden hier angesprochenen Beispiele blickt, kann man feststellen, dass die Geschichte durch zwei einsichtige und weise Führer den einen Fall vor 30 Jahren bereinigt hat. In dem anderen Fall glaubt auch heute noch eine Mehrheit der Israelis, man könne ein anderes Volk in einer militärisch eroberten Nachbarschaft dauerhaft beherrschen. Nur Russlands Führung fördert ähnliche Gefühle gegenüber Balten, Ukrainern, Moldawiern und Völkern des Kaukasus.

So steht das heutige Israel allein mit seinen Ansprüchen, denn immer weniger westliche Demokratien unterstützen solche Machtfantasien über andere Völker - nicht einmal ähnlich imperialistisch gesinnte Russen. Darin liegt die tiefe Tragik des Staates Israel, dessen Existenz als demokratischer Rechtsstaat in den Grenzen von 1967 mir am Herzen liegt, ja deutsche

Staatsraison ist, dessen Herrschaftsanspruch aber scheitern muss und wird wie die des südafrikanischen Apartheidstaates.

*Zur Erinnerung und Mahnung: Vor 30 Jahren wurde Nelson Mandela in der ersten freien Wahl zum Präsidenten Südafrikas gewählt, nachdem er und sein weißer Vorgänger – mit dem Friedensnobelpreis geehrt - das Apartheidregime 1993 friedlich beendet hatten. Die nach Mandela vorherrschende ökonomische und politische Misswirtschaft mahnt (wie auch Vorgänge in Libyen, Irak und Somalia), Übergänge zu demokratischen Ordnungen nicht sich selbst zu überlassen, sondern trotz des Scheiterns in Afghanistan international stabilisierend zu begleiten, wenn das irgendwie durch Konsens der Welt realisierbar sein sollte.*

## 25. Draghis WUMMS und Europas Zukunft

Gerd Eisenbeiß, 10. September 2024

Schon lange war klar, was eine der wirklichen Schwächen der EU ist: die Konsumorientierung der nationalen Politiken. So wurden die öffentlichen Infrastrukturen abgenutzt, ohne ausreichend zu renovieren und zu innovieren, und die Investitions- und Innovationsstrategie der großen Wettbewerber in USA und Asien unterschätzt – vielleicht sogar bewusst ignoriert, um die Wahlbevölkerung bei Zustimmung und Konsumlaune zu halten.

Draghi hat Recht mit seinem 800 Mrd. Investitions-Wumms – umso mehr, als die konsumorientierte Strategie der Regierungen ihr Ziel einer allgemeinen Zufriedenheit gründlich verfehlt hat. Die letzten und die nächsten Wahlen zeigen es überdeutlich, z.B. im deutschen Sprachraum in Österreich und Brandenburg.

Gerade hat in meiner Lieblingszeitung wieder ein Wirtschaftsjournalist angemahnt, nun müsse der Konsum gestärkt werden, um wieder Wachstum zu initiieren. Auch er liegt konjunkturpolitisch wahrscheinlich richtig, aber wohin wird das führen? Konsumwachstum ist eigentlich das Gegenteil von einer Wirtschaftspolitik der grünen Nachhaltigkeit, die doch auch allenthalben beschworen wird.

Also versuchen wir einzuordnen, was Draghis Empfehlung von ZUSÄTZLICHEN 800 Mrd. € jährlicher Investitionen in der EU bedeuten, die er und sein Team für erforderlich halten, um mit den großen Wettbewerbern mit halten zu können – sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich (zumindest solange die russische Aggressionsquelle nicht trockengelegt ist).

Die einfachste Rechnung geht so: 800 Mrd. pro Jahr sind fast 4,5% der EU-Wirtschaftsleistung oder fast 1.800 € pro EU-Bürger ob Greis oder Baby. Ob man sich das Geld nun leiht oder steuerfinanziert, in jedem Fall wird es den arbeitsaktiven Teil der Bevölkerung in die gesetzten Investitionsziele lenken, ohne dass von vorne herein klar ist, wo dieselben abgezogen werden. Aber dass sie anderswo fehlen werden, ist unausweichlich.

Ich erlaube mir hier eine Milchmädchenrechnung: so oder so wird die Kaufkraft der EU-Bevölkerung in der Größenordnung der Zusatzinvestition sinken müssen, denn dass der

Löwenanteil der aufgenommenen Gelder aus anderen Kontinenten kommt, erscheint unwahrscheinlich – und selbst wenn, ist doch an die zu zahlenden Zinsen und Tilgungsraten zu denken, die in jedem Fall in der EU aufzubringen sind.

Selbst wenn nur 1.000€ pro Europäer kurzfristig als Konsumeinschränkung spürbar würden, wären das für eine 4-köpfige Familie ein Konsumminus von 4.000€, läge also für die Mehrheit der Bevölkerung über 10%; da muss man gar nicht ergänzen, dass ein solcher Mittelwert in Bulgarien natürlich völlig unrealistisch ist und deshalb in Deutschland wesentlich höher ausfallen muss.

Aus solchen Überlegungen folgt mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Stimmung in Europa, dass der Draghi-Vorschlag keine Chance auf Realisierung hat, wenn die Bevölkerung die Rückwirkung auf ihre private Kaufkraft durchschaut. Oder umgekehrt: wenigstens Teile des Plans könnte nur aufgebracht werden, wenn so intransparente Finanzinstrumente eingesetzt werden, dass die allgemeine Öffentlichkeit glaubt, ihr Besitzstand werde nicht angetastet. Dieser zweite Weg wird ja immer wieder beschritten und hat den „Vorteil“, dass die negativen Folgen erst später eintreten, und dann der Zusammenhang mit bewussten politischen Entscheidungen früherer Zeit vernebelt oder geleugnet werden kann. So gelang z.B. die Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung sowie die Dekarbonisierung der Stromversorgung, und so misslingt zur Zeit die Finanzierung der grünen Wende in Gebäuden, Verkehr und Landwirtschaft.

Wem das zu grundsätzlich klingt, der kann meines Erachtens einen solchen Prozess gerade in Frankreich beobachten. Trotz immer höherer Verschuldung zugunsten der privaten Kaufkraft, ist die politische Stabilität des Landes zerstört wie in Thüringen und Sachsen, mit der Folge, dass nun eine sehr inhomogene Parlamentsmehrheit und Regierung die Notbremse ziehen oder den EU-Partnern wird offenbaren müssen, dass das Land den Pfad weiter steigender Verschuldung nicht verlassen kann.

Selbst für Deutschland sind die Draghi-Zahlen gigantisch, wenn man nur (!) von einem 20%-Anteil ausgeht, also 160 Mrd. zusätzlich pro Jahr. Wir haben eine grundgesetzliche Verschuldungsregel, die – das schien mir schon seit langem richtig – mit Zweidrittel-Mehrheit so erhöht werden könnte, dass die BIP-Schuldenquote auf 80% statt 60% zielt. Das gäbe Spielraum von 20% des deutschen BIP, also 800 Mrd., die wegen Arbeitsmarktengpässen auf 10 Jahre aufgeteilt den 50%igen Anteil staatlicher Finanzierung abdecken könnte. Wie aber unsere EU-Partner in Frankreich, Spanien, Italien oder gar im Süd-Osten ihre Anteile stemmen sollen, bleibt unbeantwortet.

Aber dieser Ausflug in Finanzierbarkeitsfragen darf nicht vergessen lassen, was zuvor an Arbeitsmarkt- und Kaufkraftkonsequenzen der Draghi-Zahlen aufgezeigt wurde.

### **Fliehen wir also ins Reich der Vorstellungen:**

Der Rat der EU beschließt 2025 auf Vorschlag der Kommission bei begeisterter Zustimmung der Parlamentsmehrheit einen kreditfinanzierten Sonderhaushalt von 400 Mrd. € pro Jahr für Investitionen der EU-Kommission im zivilen und militärischen Bereich, um damit weitere 400 Mrd. private Investitionen zu stimulieren. Die versammelten Regierungschefs stimmen überein, ihren Bürgern die Notwendigkeit dieses Beschlusses und seine sozialen

Konsequenzen gemeinsam zu begründen, und geben ihrer Überzeugung Ausdruck, die Bürger würden diese Politik aus gemeinsamer Überzeugung gut heißen und den zu erwartenden Gegenargumenten nicht folgen – als da wären „nicht mutig genug!“, „unnötige Angstmacherei“, „ein Griff in die Taschen von Mittelstand und Armut“, „Zukunftsgefährdung durch Überschuldung“, „ein Verrat am ökologischen Nachhaltigkeitsziel“, „Militarisierung und Kriegstreiberei“ u.s.w. u.s.w.

Die darauf folgenden Wahlen werden überraschen, denn die Bevölkerung ...

Ja, wenn man wüsste, was die Bevölkerung dann für Mehrheiten wählt!

## 24. Migration – unser Schicksal

Von Gerd Eisenbeiß, im September 2024

Eine Klarstellung zuerst: ich habe keine Angst vor Ausländern, sondern eher vor radikalisierten Deutschen – und ich habe Angst vor aggressiver Intoleranz, egal ob sie sich auf Götter, heilige Bücher oder mythisch verklärende Volksbegriffe gründet. Und leider wirken diese Ursachen meiner Angst unheilvoll zusammen, wenn sie aufeinandertreffen und EU-Europa aus der liberalen Bahn werfen.

Denn ich möchte in einem liberalen laizistischen Land leben in rechtsstaatlicher und demokratischer Ordnung ohne Menschen und Organisationen, die die Diktatur eines selbstdefinierten homogenen Volkswillens fordern oder gar ein Kalifat.

Nun bin ich Physiker und juristischer Laie, aber mir drängt sich der Eindruck auf, dass unter dem Einfluss des demokratischen Westens ein Weltregime des Flüchtlingsrechts entstanden ist, das jedem Menschen dieser Erde das prinzipielle Recht gibt zu leben, wo er will. Das „prinzipielle“ Recht ist konkretisiert als ein Recht auf rechtsstaatliche Prüfung, ob er in seinem Heimatland persönlichen Gefahren wie politischer oder religiöser Verfolgung oder staatlicher Willkür, Folter oder Kriegsgeschehen ausgesetzt ist. Einzige Voraussetzung ist, dass er es schafft, seinen Fuß auf das jeweilige Territorium zu setzen und „Asyl“ zu sagen.

Nun hat man dieses Recht zu einer Zeit geschaffen, als es viel schwieriger war, große Entfernungen zu überwinden. Dies war auch nach 1945 immer noch eine Welt, in der man über ferne Gebiete nur spärliche Information haben konnte – eine Zeit, in der auf dieser Erde nur 2 bis 3 Mrd. Menschen lebten, also der Druck von Übervölkerung noch viel geringer war. Auch hat man die individuellen Menschenrechte in einer Weise definiert, die die gesellschaftliche Wirklichkeit auf diesem Planeten bei Weitem überfordert. Das heißt nicht, dass sie falsch sind, hat aber zur Folge, dass diejenigen Staaten, die sich bemühen, das Wesentliche zu befolgen, diejenigen sind, auf die sich der Migrationsdruck konzentriert.

Als nur wenige Menschen den Mut und die Möglichkeit hatten, sich auf den entbehrungsreichen Weg in bessere und sicherere Gefilde zu begeben, war es eine gut erfüllbare völkerrechtliche Vorschrift, ein humanitäres Asyl- und Flüchtlingsrecht zu schaffen. Es stellte sich zwar heraus, dass sich nicht alle Mitglieder der Vereinten Nationen an das geschaffene Recht hielten, dass also in der Praxis nur die jeweiligen Nachbarstaaten der Krisen- und

Kriegsgebiete sowie die Wohlstandsgebiete des Nordens in Europa und USA von sehr großen Migrations- und Flüchtlingsströmen betroffen sind, soweit sie sich an das Recht tatsächlich halten.

*Nun könnte man hier einen moralisierenden Absatz über Ursachen einschieben; denn es ist unübersehbar, dass es die Entwicklung in den Staaten des Nordens, insbesondere Europas war, die Erde zu einem überschaubaren Wohnort zu machen. Europäer haben sich über 6 Jahrhunderte das Recht genommen, zu leben (und zu herrschen), wo sie wollten. Ihr Beitrag zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft war mit Medizin und Leistungssteigerung der Agrarwirtschaft der Auslöser der beschleunigten Bevölkerungszunahme im Süden, dem heute keine Kontinente wie Amerika und Australien mehr zur Verfügung stehen, wie der europäischen Bevölkerung einige Jahrhunderte zuvor. Es ist sicher fair, dies so zu erwähnen, ändert aber nichts an der derzeitigen Situation und Befindlichkeit der betroffenen Bevölkerungen in Krisen- und Wohlstandsgebieten. Eine Konsequenz sollte dieser historische Hinweis aber haben: Großzügigkeit bei der finanziellen Ausstattung der zurückgeschickten Migranten.*

Es ist unübersehbar, dass sich die Bürger der Immigrationsländer in zahlenmäßig relevanter Größenordnung nicht damit abfinden wollen, dass sie die Flüchtlingszahlen wegen individueller Migrantenrechte nicht begrenzen dürfen. Das rasche Wachstum der Menschheit auf 8 Mrd. sowie der Klimawandel hat so viele Krisen-, Hunger- und Kriegsgebiete entstehen lassen (hinzu kommt die Aggressionswillkür von Diktatoren), dass auch früher besonders immigrationsfreundliche Länder zunehmend unwillig werden, das bestehende Asyl- und Flüchtlingsrecht zu befolgen; dazu tragen die überall erstarkten fremdenfeindlichen Parteien und Strömungen bei, die die Demokratie dieser Länder selbst gefährden. Man denke nur an die skandinavischen Staaten als Beispiel, Thüringen und Sachsen sind Menetekel!

Nun ist die Situation in den Staaten der EU schon heute unerträglich; immer mehr Bürger wenden sich wegen der unkontrollierbaren und offenbar nicht begrenzbaren Immigration nationalistischen bis faschistischen Parteien zu. „Schon heute“ muss als Mahnung verstanden werden, dass der Druck auf die EU-Staaten sowie die USA weiter zunehmen wird; denn die Folgen des nicht stoppbaren Klimawandels zusammen mit dem weiteren Bevölkerungswachstum genau dort, wo sich die Lebensbedingungen am schnellsten verschlechtern, werden die in die Wohlstandsgebiete strebenden Menschenströme weiter verstärken.

Dass die Feinde der demokratischen Welt längst erkannt und zu nutzen begonnen haben, diesen Migrationsdruck als Waffe einzusetzen, kommt noch hinzu.

Die bisher so liberalen, humanitär orientierten Staaten des Westens stehen also vor zwei hochproblematischen, spaltenden Möglichkeiten, die entweder von einem illiberalen Bevölkerungsteil immer schärfer oder (mit weniger drastischen Methoden) von der wahrscheinlich schrumpfenden liberal-humanitären Mehrheit bekämpft werden. Die große Gefahr dieser Meinungsspaltung ergibt sich auch daraus, dass die fremdenfeindlichen Kräfte in engem Bündnis mit nationalistischen und faschistoiden Strömungen stehen, ja sogar alle möglichen Sektierer anziehen wie ein Lumpensammler.

### **Was wäre nun eine wirksame Alternative zum bisherigen Rechtsregime?**

Aus dem individuellen Recht von Nicht-EU-Bürgern auf ein Leben in der EU müsste ein „Gnadenrecht“ ohne lange Rechtswegkontrolle werden. Es ist brutal, weil es bedeutet, dass

die EU oder Deutschland innerhalb eines gesetzlich definierten Kontingentes souverän entscheidet, wer hier leben darf und wer nicht, ungeachtet seiner Not und Gefährdung im Herkunftsland.

Elemente einer solchen Alternative könnten sein

- gesetzliche Festlegung der Vergabekriterien eines Aufenthaltsrechtes
- gesetzliche Festlegung eines Einwanderungskontingentes
- einstufiger Rechtsweg nach staatlicher Entscheidung
- geschlossene Abschiebelager mit existenzsichernder Verpflegung
- Abschiebungen ohne weitere Rücksicht auf die Situation im Heimatland
- nicht gelingende Abschiebungen verkürzen das Kontingent

### **Wir stehen wohl vor einer dramatischen Situation!**

- Wir können die Dinge laufen lassen, wie bisher, und dabei riskieren, dass die Bevölkerungen sich Regierungen wählen, die den Zuzug effektiv stoppen, ohne sich um Recht und Humanität zu scheren
- oder wir schränken auf demokratischem Wege unsere humanitäre Flüchtlingspolitik ein, leben mit schlechtem Gewissen ob der Brutalität, aber retten, was an Demokratie zu retten ist.

Wenn man sehr nüchtern über diese Alternative nachdenkt, wird es schwer, den Alptraum zu vermeiden, dass beide Wege dasselbe Flüchtlingsrecht zur Folge haben werden, einmal mit und einmal ohne Fortbestand der Demokratie.

## **23. Arbeitskräftemangel**

Fragen eines lesenden Laien

Von Gerd Eisenbeiß , im August 2024

Es gibt Aspekte des deutschen Arbeitskräftemangels, die mich erstaunen. Gerade wird wieder eine Werft „gerettet“, die – so heißt es – eine großartige Belegschaft hat, vermutlich Fachkräfte für viele Aufgaben. Hat nicht gerade auch ein Kaufhauskonzern gerettet werden müssen, obwohl auch der Handel Fachkräftemangel meldet?

Gewundert hat mich, wie man die willigen und ökologisch bewussten Bahnkunden ein 49€-Ticket bietet, die Länder zwingt, 1,5 Mrd. €(?) Zuschuss zu zahlen, die dieses Geld dann bei der Kinderförderung (Kindergärten, Schulen) einsparen müssen. Die 1,5 Mrd. vom Bund sind darüber hinaus ja auch nur vorhanden, weil sie dort anonym von Bereichen abgezogen werden, die alle unterfinanziert sind, z.B. eben bei der Verkehrsinfrastruktur und eigentlich in jedem Ressort, auch bei Bundeswehr und Ukrainehilfen. Natürlich fehlt eben dieses Geld, um den Bahnen ein ausreichendes Angebot und gute Trassen zu sichern. So droht als Folge, dass man doch wieder das Auto nimmt, weil der Zug oft weder pünktlich noch überhaupt kommt. Und das alles, weil man dem willigen Bahnfan nicht zumuten will zu bezahlen, was es wirklich kostet. Das ist so absurd, dass man sich nicht über die FDP-Lösung wundern sollte, endlich das Auto und das Parken wieder billiger zu machen – wahrscheinlich stammt dies Konzept von einem ratlosen Satiriker, nur dass die liberale Kreativkommission das nicht bemerkt hat.

Wundern wir uns weiter: wieso muss man jetzt schon (!) Mrd. Subventionen für Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff unter anderem an einen Konzern zahlen, der offenbar schon heute zu viele Standortnachteile in Deutschland hat. Bindet die Regierungs-Subvention nicht auch da dringend anderswo gebrauchte Fachkräfte? Wird der Stahlstandort besser, wenn er auch noch das Reduktionsmittel Wasserstoff aus Australien oder Chile beziehen muss? Könnte man sich nicht erst einmal auf die Dekarbonisierung des Stroms konzentrieren, dann des Verkehrs und der Gebäude, zwei Sektoren, die ja den Stromverbrauch erheblich vergrößern werden? Wer alles auf einmal beginnt, wird wahrscheinlich mit nichts fertig!

Mich wundert auch die Milchmädchen-Begeisterung für Fachkräfteimport. Wo ist die Studie, die mal ausrechnet, wieviel Fachkräfte wir zusätzlich brauchen, um die importierten Fachkräfte mit Wohnungen, Gesundheitsdiensten, Kinderbetreuung, Sprachunterricht und vielem anderen mehr zu versorgen? Ganz ignorieren kann ich auch nicht, dass unglücklicherweise die Stabilität unserer Demokratie von quantitativ starken Bevölkerungsanteilen und Parteien gefährdet scheint, die Angst vor Fremden bis hin zu Hass und Gewaltbereitschaft haben oder schüren.

Und dann noch zur berüchtigten Schuldenbremse, die für so viele Defizite öffentlichen Handelns verantwortlich gemacht wird. Damit ich nicht ins falsche Eck sortiert werde, sage ich lieber gleich, dass ich für eine Schuldenbremse bin, aber doch nicht für eine Verschuldungsquote von 60% des Bruttoinlandsproduktes oder darunter. Wenn Deutschland eine Verschuldung von etwa 80% BIP anpeilen würden, wäre es immer noch strahlender Musterschüler im EURO-Raum. ABER: es geht nicht nur um Geld, sondern auch um Produktionspotential, insbesondere um jene fehlenden Arbeitskräfte, die Thema dieses Beitrags sind. Die Aufhebung oder nur „Hebung“ der Schuldenbremse schafft keine Altenpflegerinnen, keine Dachdecker, keine Landärzte und keine Lehrer u.s.w. Wirklich lustig wird es, wenn der Arbeitskräftemangel am Bau mit 100 Tausend Importkräften behoben werden soll, die doch nur in die 400.000 fehlenden Wohnungen einziehen können.

So deute ich denn in meiner Verständnislosigkeit das Ergebnis der zahl- und streitreich „Haushaltsrunden“ der Ampel als verzweifelt Versuch, Finanzierungslücken so zu schließen, dass möglichst nicht auffällt, wo sie hingeschoben werden. Beispiel: man will der Bahn eine Eigenkapitalerhöhung bieten und bemerkt erst an der Reaktion der Wirklichkeit, dass dann die Trassenpreise Geld ganz woanders einsammeln müssen, etwa im ÖPNV oder wiederum bei den Schulen oder der Polizei, wo halt die Länder dann hinfassen müssen. Ganz genial ist da der Gegenvorschlag der Länder, der Bund müsse doch nur die Zuschüsse für die Länder so erhöhen, dass diese dann dem Bund die Trassenpreise bezahlen können. Und apropos globale Minderausgabe. ich war einmal Ministerialbeamter und weiß, dass das in gewissem Umfang vertretbar und praktikabel ist – in „gewissem Umfang“, aber doch nicht in beliebiger Höhe; denn das ist ja auch nur wieder ein Verschieben der Lücken in intransparente Kürzungen, die man aus Angst vor Wählerprotesten nicht nennen mag.

Wenn ich also als nüchterner Physiker Revue passieren lasse, was ich alles nicht verstehe, ahne ich zumindest den Grund: wir haben uns wesentlich mehr vorgenommen, teilweise sogar ins Grundgesetz oder Fachgesetze geschrieben, als wir zu leisten willens oder fähig sind. Und die Regierungen der letzten Jahrzehnte haben dem Bürger die schöne Illusion gestattet, dem privaten Konsum gehöre die Verteilungspriorität, öffentliche Infrastrukturen reparierten und

modernisierten sich von selbst – Abschreibungen fänden nur in Buchhaltungen statt, nicht in Form von Verfall von Brücken und Gleisen.

Um nach dem Untertitel mit einem weitere Halbzitat von Bert Brecht zu schließen: Wenn der Regierung die Bevölkerung wegen mangelnder Arbeitskapazität missfällt, muss sie diese halt ab wählen und sich ein tüchtigeres Volk suchen.

## **22. Die islamische Teilwelt vor (un?)gewissen Entwicklungen**

Gegenstrategien dringend gesucht

Von Gerd Eisenbeiß, im August 2024

(noch nicht veröffentlicht)

Denkt man über die Zukunft der Welt nach, fällt auf, dass der islamische Teil dieser Welt viel gefährdeter ist als etwa Amerika, Europa oder Australien. Dabei kumulieren sich die negativen Entwicklungsrichtungen insbesondere in der Zone vom Sahel in Afrika bis Pakistan in Asien, die bis auf Iran, Afghanistan und Pakistan überwiegend arabisch geprägt ist. Dort leben knapp 1 Mrd. Menschen. Bangladesch wird vergleichbare Probleme bekommen, die Lebensgrundlagen für bald seine 180 Mio. Menschen zu sichern..

Was sind die Faktoren hinter dieser Perspektive einer wahrhaft „heißen“ Entwicklung? Alle Einzelfaktoren erhalten ihre Dramatik vom kaum gebremsten Bevölkerungswachstum, das von einer Wechselwirkung muslimisch-religiöser Tradition mit ihren eingefrorenen Vorschriften und dem geringen Bildungsstand der Massen befördert wird, der allerdings ebenfalls in religiösem Konservativismus seine Ursache hat.

Das Besondere an dem betrachteten Raum ist allerdings, dass dieses Wachstum in einer Klimazone stattfindet, die die Lebensgrundlagen selbst dramatisch verschlechtert; das beginnt bei den immer höheren Temperaturen und wird von immer spärlicheren Niederschlägen begleitet. So nehmen die Süßwasservorräte beschleunigt ab und die Grundwasserspiegel sinken wegen ausbleibenden Regens. Dazu kommen die Dammprojekte am Oberlauf von Nil, Euphrat und Tigris. Die zunehmende Bevölkerung drängt sich in den fruchtbaren Flusstälern des Niger, des Nils, des Zweistromsystems Euphrat und Tigris sowie des Indus und entzieht der agrarischen Nutzung weitere fruchtbare Fläche neben der, die durch den steigenden Meeresspiegel im Nildelta oder an den Golf-Küsten verloren geht.

Damit ist eine Abnahme des Selbstversorgungsgrades der wachsenden Bevölkerung sicher. Ein Teil des resultierenden Importbedarfs an Lebensmitteln und anderen Produkten, die in diesem Raum mangels technologischer und industrieller Kompetenz nicht hergestellt werden, wird heute durch die privilegierte Ausstattung dieses islamischen Raumes mit Öl und Erdgas finanziert: Algerien, Libyen, Irak, Katar, Saudi Arabien, VAE und der Iran können sich noch einiges leisten – oder besser: könnten, wenn ihre Bevölkerung nicht von schlecht regierenden, im Luxus lebenden Eliten auch mittels der Religion in Unfreiheit niedergehalten würde.

Wenn jetzt in großen Industrieländern des Westens auch noch der beschlossene Klimaschutz ohne weiteren Bedarf an Öl und Erdgas gelingen würde, wäre das für die beschriebene islamische Teilwelt eine zusätzliche Katastrophe.

Man kann viele mit dem Klimawandel verbundene Folgen als Katastrophen bezeichnen, Überschwemmungen und Dürren in Europa oder untergehende Inseln im Pazifik, aber die Folgen des Klimawandels im Zusammenwirken mit den geschilderten Faktoren in den islamischen Gebieten Afrikas und des Nahen Ostens dürfte alles übrige an Dramatik übertreffen. Da es sich um unsere Nachbarregion handelt, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch uns betreffen, weil kaum jemand friedlich verhungern bleiben wird, wo er nicht mehr leben und seine Kinder ernähren kann.

**Es ist wohl Zeit für einen Ideenwettbewerb, um Strategien gegen die absehbare Entwicklung zu gewinnen.**

**Oder zucken wir in Ratlosigkeit mit den Schultern und überlassen die Problemlösung der Zukunft – psychologisch abgedrückt mit der rheinischen Erkenntnis: Et hätt noch emmä joot jejange.**

## 21. Verhandeln über die Ukraine

Friedenssehnsucht als Waffe an den Wahlurnen

Gerd Eisenbeiß, 18. August 2024

(noch nicht veröffentlicht)

In Deutschland wird fälschlich der Eindruck erweckt, irgendjemand im Westen wolle keine Verhandlungen über ein Ende der russischen Aggression. Insbesondere sind es die strategischen Überlegungen einer neuen Partei, von der Friedenssehnsucht der Menschen zu profitieren.

Dabei wollen doch alle verhandeln! Die Ukraine und ihre Unterstützer wollen mit Russland darüber verhandeln, wie die territoriale Integrität der Ukraine und ihre Souveränität wieder hergestellt werden

kann, und Putin will höchstens darüber verhandeln, wieviel Ukraine er jenseits der bereits annektierten Gebiete übernehmen darf und welche Rechte die ggf. Restukraine verlieren soll. Möglicherweise gibt es sogar immer wieder geheime Kontakte und Sondierungen, von denen man nichts weiß, weil sie eben geheim sind und sein sollten. Lange genug haben auch Politiker wie Merkel, Macron und Scholz das nicht geheime Gespräch mit Putin gesucht, sind aber abgeprallt. Mit zunehmender Zeit dürfte verständlicher Weise die Abscheu demokratischer Politiker gestiegen sein, sich mit Putin an einen Tisch zu setzen, aber diesen Ekel gegen einen so niederträchtigen mörderischen Aggressor und Lügner zu überwinden, verlangt ihre Professionalität, es ist Teil ihrer Jobdescription und das Schmerzensgeld ist Teil ihrer Gage.

Es muss leider auch immer wieder festgestellt werden, dass es eine Lüge ist, der Westen hätte Russland angreifen oder gar vernichten wollen, aber der kluge Strategie Putin sei dem mit einer defensiven Spezialoperation zugekommen. Es sind diejenigen, die nun ständig Verhandlungen fordern, die diese Lügen scheinheilig mit Sätzen wie „der Westen hat eine erhebliche Mitschuld am Konflikt“ unterstützen. Jeder, auch Putin mit seinem tüchtigen Geheimdienst, war vollständig darüber informiert, dass der Westen Europas sogar seine Verteidigungsfähigkeit weitgehend abgebaut hat, von einer Angriffsfähigkeit ganz zu schweigen – so wie er auch seine Verkehrs- und Gebäudeinfrastrukturen vernachlässigt hat, um noch mehr Konsum möglich zu machen. Wie kann man ignorieren, dass Putin ganz klar gemacht hat, dass er die staatliche Existenz einer Ukraine nicht anerkennt, sondern sie zu einem legitimen Teil Russlands erklärt, das auf dem Wege ist, den Zusammenbruch seines Kolonialreiches in Osteuropa rückgängig zu machen. Denn das, so Putin, sei die größte Katastrophe des letzten Jahrhunderts – eine Einschätzung, der 50% der Landtagswähler in Sachsen und Thüringen, also bis 1989 kolonisierte Untertanen, offenbar etwas abgewinnen können, die der Ukraine jede Unterstützung entziehen wollen.

Lässt sich ignorieren, dass sich Putin die ganze Ukraine einverleiben wollte und demnächst möglicherweise nur deshalb mit weniger zufrieden ist, WEIL der Westen mit seiner Waffenhilfe dem Aggressionsoffer eine bisher jedenfalls erstaunliche Verteidigungsfähigkeit ermöglicht hat.

Es ist wirklich zu ärgerlich, wieviel Zustimmung die Forderungen nach Verhandlungen für neue und alte Parteien bringen, ohne dass die Forderer konkret erklären, was sie für verhandelbar halten. Meinen sie, dass Putin am Verhandlungstisch und nach einem guten Dinner die völkerrechtliche Existenz der Ukraine anerkennen wird, wie sie Russland ja bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion anerkannt hat? Oder meinen sie, dass die legitime (und von Putin nicht anerkannte, als faschistisch geschmähte) Regierung zu einer Total- oder Teilkapitulation gedrängt werden sollte? Meinen sie, dass man der Ukraine durch Waffen- und Hilfsentzug auf die Sprünge helfen sollte?

Wollen sie nach der Kapitulation gemeinsam mit dem geschätzten Staatsmann durch die neurussischen Gebiete reisen und sich preisen lassen, weil sie geholfen haben, das irrige Nationalgefühl als Ukrainer als nichtig zu entlarven. Denn die Jubelfeiern „befreiter“ Neurussen, die Putins Leute gewiss

mit großer Professionalität organisieren werden, werden sicher eindrucksvoll wie die Maidemonstrationen vor Stalin auf dem Roten Platz oder vor Honecker in Ost-Berlin sein.

Nein, sie meinen, dass die gute alte Freundschaft zwischen Deutschland und Russland wieder hergestellt werden muss, die auch wirtschaftlich so vorteilhaft ist wie das gute alte Gas-Röhrengeschäft. Man braucht ja das in der Ukraine sinnlos verpulverte Geld für echte Deutsche und Remigration. So viel zu „Friedensfreunden“ der AFD und des BSW.

Das wahre Dilemma ist eben, dass die Aggression Russlands ein durch und durch unbefriedigendes Ergebnis bringen wird. 3 Möglichkeiten sind am Ende denkbar

- 1) Gerechtigkeit siegt: Russland zieht sich vom besetzten Territorium zurück und leistet Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden.  
*Dies Ergebnis ist höchst unwahrscheinlich, solange Putins Herrschaft jeden Schaden an Russlands Jugend und Wirtschaft leugnen oder als patriotisch geboten verziehen bekommt; da müssten schon Militärs und Oligarchen gemeinsam und erfolgreich put-schen.*
- 2) Teilkapitulation: Die Ukraine bleibt westlich einiger von russischen Truppen gehaltenen Gebiete frei und verzichtet auf Wiedergutmachung; ihre Bündnisfähigkeit sowie ihre Bewaffnung wird gewissen Beschränkungen unterworfen  
*Auch eine solche Ergebnismöglichkeit wird Putin nicht an den Verhandlungstisch locken, solange er seinen Traum von der totalen Übernahme der Ukraine noch für realisierbar hält und Trump noch nicht wieder im Amt ist.*
- 3) Kapitulation: Die Ukraine geht in Russland auf  
*Dies Ergebnis ist wahrscheinlich, wenn die Ukraine keine Waffen und andere Hilfe mehr aus dem Westen bekommt.*

Die Forderungen der extremen rechten, linken und pazifistischen Friedenfreunde zu kapitulieren, verbrämt vorgetragen als „Verhandlungen statt Waffen“ hat als verführerische moralische Komponente, dass sich die unerträglichen Opfer an Toten, Verstümmelten und Verwundeten sowie Zerstörungen sofort vermeiden lassen, wenn die Restukraine kapituliert. Die anschließende Verfolgung ukrainischer Patrioten und Kämpfer in Putins Folterreich dürfte ja unsere Ruhe und den Frieden nicht beeinträchtigen, weil es im Geheimen geschieht; wer Selenskyj für einen Faschisten hält, wird viele Millionen Ukrainer „umerziehen“ müssen. Die Umerziehungslager aus stalinistischer Zeit sind ja noch teilweise in Betrieb und lassen sich sicher rasch vermehren. Am Schluss können noch einige jubeln, „Frieden schaffen ohne Waffen“ hätte sich als Strategie eben doch bewährt.

Auch fallen auf allen Seiten Kosten weg. Da die Forderungen in der Regel mit einem Stopp der Waffenlieferungen verbunden sind, laufen sie auf Lösung 3 hinaus, die dann gar keiner Verhandlung bedürfen, weil es keine Ukraine mehr als Staat gibt. Ergebnis 3 hätte für den Westen sogar den finanziellen Vorteil, dass Russland den Wiederaufbau der Ukraine sowie die Witwen- und Waisenrenten allein zu bezahlen hätte; die Ukrainer wären dann russische Bürger, für die gewiss kein westliches Geld fließen müsste. Das sind klare finanzielle Vorteile einer Größenordnung, die einen Verrat am ukrainischen Freiheitswillen rechtfertigen – jedenfalls bei so kühlem Kalkül, wie es für die BSW-Ikone typisch ist.

**Man sollte Frau Wagenknecht und die anderen aus dem sog. Friedenslager öffentlich auffordern, sich zum Verhandlungsziel „Kapitulation“ der geforderten deutschen Verhandlungsinitive zu bekennen.** Die Lehre aus Chamberlains Verhandlungen 1938 in München ist jedenfalls, dass sich diese Stadt als historisch bewährter Unterzeichnungsort der Kapitulation anbietet – schließlich wäre der „Erfolg“ insbesondere deutschen Politikern zu danken.

Solange man, wie Putin, aber auch die Ukraine sowie die westliche Mehrheit, kein Ergebnis nach 2 akzeptieren will, bleiben Verhandlungslösungen jenseits des Horizontes. Erst wenn Putin eine totale Kapitulation der Ukraine nicht mehr für erreichbar hält, wird es Spielraum für Verhandlungen geben.

Es ist gesagt worden, der Westen unterstütze die Ukraine, weil ihr Kampf und ihre Toten für eine nachhaltige Schwächung Russlands sorgten. Nüchtern bewertet ist da etwas dran. Es handelt sich um ein Element einer sehr grundlegenden Strategie gegen einen aggressiven Diktator und Mächtigen Stalin, der schon lange einen verdeckten Cyber-, Geheimdienst- und Lügenkrieg gegen die Demokratien des Westens führt. Ihn kann nur eine gründliche Schwächung an weiteren Aggressionen hindern, denn das perfide Spiel über russisch sprechende Minderheiten lässt sich in den Baltischen Staaten und Moldawien leicht wiederholen. Putin mag Respekt haben vor den USA, aber wohl kaum vor der Bundeswehr; und auch die NATO muss er nicht fürchten – dafür werden die Ungarn, Slowaken und Türken sorgen. Und ob er die USA bei einer weiteren europäischen Aggression noch fürchten muss, wird sich nach den US-Wahlen demnächst zeigen; das ist im Übrigen auch ein Grund, warum Verhandlungen für Putin zurzeit völlig uninteressant sind.

Wenn Putin einen Siegfrieden erzielt, wird seine skrupellose Bündnisstrategie mit allen Monstern dieser Welt weiter Unfrieden stiften – von Islamisten im Sahel über Faschisten in Europa bis vor die lateinamerikanische Haustür der USA. Dort übrigens wird sich selbst ein Egomane wie Trump als Präsident noch einmal überlegen müssen, ob er, der sich als Größten aller Staatsmänner sieht, hinnehmen kann, dass ihm Putin die Macht und die Show stiehlt. Wie kann er noch in den Spiegel schauen, wenn er auf Platz 4 in der Welt abrutscht hinter Xi, Putin und Kim Jong-un, mit denen er nicht fertig wird.

Es ist mehr als ein Dilemma und mehr als die ukrainische Katastrophe, was Putin da auch zulasten seines eigenen Landes angerichtet hat. Wir brauchen eine Strategie, die ihn und die von ihm mobilisierten aggressiv nationalistischen Kräfte im Zaum hält. Bis auf Weiteres ist kein Zaubermittel in Sicht, dies ohne den erfolgreichen Widerstand der Ukraine zu erreichen.

Putin hat sich wiederholt über westliche Russophobie lustig gemacht oder sie als antirussische Propaganda bezeichnet. Wenn es diese Phobie gibt, dann ist er es, der sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neu begründet hat und erstarken lässt.

Ich jedenfalls bin nicht russophob, aber putinophob.

# 20. Keine Demokratie ohne Anstand und Vertrauen

Demokratie war weltweit auf dem Erfolgspfad - Was läuft falsch?

Gerd Eisenbeiß, 16. August 2024

Jahrelang habe ich erfreut mitgezählt, wie die Demokratie als Prinzip der Staatsordnung Fortschritte machte; da war der Sturz von Faschisten und Diktatoren in Europa und Lateinamerika sowie die Etablierung allgemeiner Wahlen in den meisten Staaten auch Afrikas und Asiens. Die Menschheit schien auf einem irreversiblen Weg zu demokratischer Rechtsstaatlichkeit, stabilisiert durch ein immer dichteres System von internationalen Verträgen und Organisationen, die sich zu Menschenrechten, Freiheit und auch Umweltschutz bekannten. Diese Tendenz ist gebrochen! Was läuft falsch?

Der Kampf um die Regierungsmacht ist in Demokratien ein Wettbewerb um Vertrauen für Personen, Parteien und ihre Programme. Deshalb ist es auch in sauberen Demokratien ein Anliegen von Regierungsmehrheiten, das eigene Handeln und Vorhaben in bestem Licht erscheinen zu lassen, während Oppositionen genau diese Darstellungen als beschönigend kritisieren.

Schon da besteht die Gefahr, dass aus „bestem Licht“ maßloses Selbstlob, ja Täuschung wird oder Kritik in der Sache persönliche Herabsetzung sowie unrealistische Versprechungen von Wohl- und Heldentaten. Genau an dieser empfindlichen Stelle kommt es genau darauf an, ob mit Anstand argumentiert wird oder mit dem Willen, die Legitimität des Gegners zu leugnen oder gar zu kriminalisieren. Wenn in dieser Auseinandersetzung unabhängige Personen, Organisationen oder etwa auch wissenschaftliche Institute Aussagen machen, die einer Seite weniger Recht geben, wird die Versuchung groß, das Vertrauen in diese Instanzen, ggf. auch Gerichte anzugreifen und zu zerstören. Das muss nicht weiter ausgeleuchtet werden, weil die Entwicklung der US-Republikaner unter Trump alles plastisch vorführt.

Wenn eine oder beide Seiten in dieser Art das Anstandsgebot der Demokratie beiseitelegen und das Grundvertrauen zerstören, ist die Demokratie selbst in Gefahr. In einer Demokratie entscheidet die festgestellte Mehrheit - sei es im frei gewählten Parlament oder durch Volksabstimmungen. Bei Parlaments-Wahlen wählt man Mitbürger und -innen, die sich einarbeiten

können und in der Regel auch wollen. Sie haben die wesentlich Betroffenen einer Entscheidung anzuhören und im Rahmen ihrer Fraktionen, Koalitionen und insbesondere den fachkundigen Beamten Zusammenhänge mit anderen Politikfeldern beachten – insbesondere die Rückwirkungen auf die Budgets.

Das soll die parlamentarische Praxis nicht in unrealistischer Weise idealisieren, sondern nur bewusst machen, dass sachgerechte und faire Entscheidungen harte Arbeit sind, die mit Kompetenz und hohem Zeitaufwand betrieben werden muss, den auch der gebildetste Wähler neben Beruf und Familie nur in schmalen Problemfeldern aufbringen kann. In diesem Sinne sind wir alle „dumm“ und müssen anderen vertrauen, die mehr verstehen, weil sie die Zeit haben oder sie sich nehmen, tieferes Verständnis zu gewinnen. Die zunehmende Komplexität der Welt und auch unserer Gesellschaft steigern diese Angewiesenheit auf Vertrauen in andere.

Damit verschiebt sich die Kompetenzfrage beim Wähler entscheidend auf die Beurteilungsfähigkeit von Informationsquellen und Charakteren. Folgen diese „anständigen“ Grundregeln der Ehrlichkeit, des mitmenschlichen Respekts oder sind sie geprägt von rücksichtslosen Machtinteressen zugunsten ihres Egos oder egoistischer Gruppen? Beachten sie, was unabhängige, selbstkritische Wissenschaft zu sagen hat oder folgen sie ideologischer Voreingenommenheit.

Auch diese so entscheidende Beurteilung von Anstand ist nur möglich in Freiheit, in der insbesondere eine freie, wettbewerbliche Medienlandschaft, unabhängige Wissenschaft, offener Zugang zu weltweiten Quellen existieren und letztlich unabhängige Gerichte die Einhaltung solcher grundlegenden Normen kontrollieren. So sehen es ja auch all die populistische Demagogen, die Demokratie und Freiheit beseitigen wollen: darum unterdrücken sie Kritik und Kritiker, deshalb versuchen sie, die Medien unter Kontrolle zu bringen, und darum fordern sie, dass ihren Lügen niemand widerspricht, dass abweichende Meinungen unpatriotisch sind. Dafür gibt es als bewährte Strategie Nationalismus und Diffamierung des „Auslands“ als Quelle allen Übels! So kann man dann jede Opposition als Volksverräter ächten und verfolgen.

Wir konnten in den letzten Jahrzehnten gut beobachten, wie genau dieses Vertrauen erfolgreich angegriffen wurde, um Akzeptanz für Lügen und nicht mehr angefochtene Macht zu schaffen! Wahlen werden nicht erst bei der Auszählung gefälscht wie jetzt wieder in Venezuela, sondern viel wirksamer davor: aussichtsreiche Kandidaten werden mit erfundenen

Gründen von der Wahl ausgeschlossen wie in Iran oder ihnen wird der Zugang zu den Medien versperrt und sie werden als Agenten des Auslands diffamiert.

Einen besonderen Stil hat Donald Trump in den USA geprägt, der nun leider in der rechten Szene Europas Schule macht: man spreche von sich selbst nur im positiven Superlativ und vom Gegner nur im negativen Extrem. So meinte er, die frühere Gegenkandidatin Hilary Clinton gehöre ins Gefängnis, Joe Biden sei der korrupteste Präsident der US-Geschichte und Kamala Harris sei (wegen ihres Lachens) irre. Er aber löse alle Probleme superschnell. Putin? Kein Problem. Ukraine? Da brauche er nur wenige Tage. Kim Jong-un? Habe er schnell in der Tasche. Europa? Wer da nicht mehr für den US-Schutz zahle, den könne Putin sich holen. Aber das Entscheidende: Trump schildert die US-Situation als die schlimmste, negativste seiner Geschichte – das ist auf alle Wähler berechnet, die irgendwelche unerfüllten Wünsche an die Politik haben, also möglichst viele. Es ist eine erfolgreiche Schleppnetzstrategie nicht nur am Boden der Gesellschaft, die die USA zerstören wird, wenn nicht doch noch eine klare Mehrheit gegen ihn entscheidet. Das erschütterndste Zeugnis des völligen Zusammenbruchs von begründetem Vertrauen und Anstand aber bilden jene etwa 45% der amerikanischen Wählerinnen, die dem bekennenden Macho ihr Vertrauen schenken, der jeder Frau an die ... fassen zu dürfen behauptete. Wenn jetzt auch noch der Satz des „bekennenden Christen“ bei fast der Mehrheit in USA und seinen Anhängern anderswo durchgeht, man werde in 4 Jahren nicht mehr wählen müssen, wenn man ihn jetzt wähle, dann verliere ich nicht nur den Glauben an die Existenz von Anstand sondern auch von Verstand.

Wenn trotz solcher traurigen Entwicklungen die Demokratie Zukunft haben soll – sogar als allgemeine Grundlage der Weltgesellschaft von Menschen, die doch letztlich keine Unterdrückung sondern Freiheit wollen, müssen demokratische Gesellschaften in Stabilität und mit ihren Ergebnissen für die Menschen und einen gesunden Planeten überzeugen. Und dazu braucht es Konsens über zu ächtendes Fehlverhalten der Demokratiegefährdung. Dabei sollte der klug mahnende Satz des Ex-Verfassungsrichters Böckenförde nie vergessen werden, dass der freiheitliche säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er nicht garantieren kann. Mein Zusatz: Das muss der Bürger selbst leisten!

Demokratische Medien, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, auch Künstler, Sportler und Schauspieler müssen unüberhörbar ächten

- Lügen und Hass

- mangelnden Respekt für demokratische Gegner
- Verachtung der Wissenschaft, die um wahre Aussagen ringt
- nationalistische oder gar rassistische Überlegenheitsansprüche

und damit auch alle jene, die mit solche Haltungen personifizieren.

**Es geht also um Ehrlichkeit und Fairness im demokratischen Wettbewerb um Wählerstimmen. Unabhängige Medien müssen informieren und kontrollieren können und eine von der Regierung unabhängige Justiz muss Rechtsverstöße ahnden können.**

**Langfristig geht es aber auch um Bildung, nicht nur um Ausbildung für wirtschaftlich erfolgreiche Berufswege, sondern um die Erziehung von Generationen „anständiger“ Menschen, die die oben genannten Tugenden für wichtig halten und im täglichen Leben anwenden.**

## **19. Sichere Stromversorgung braucht keine Batterien, aber der Verkehr!**

Gerd Eisenbeiß, 7. August 2024

Leider haben nicht alle Menschen verstanden, dass sie etwas gegen den Klimawandel tun sollten und auch können. Da ist auch die Werbung im Prinzip gut, die informieren will, was man tun kann. Die meisten wissen wohl auch, dass ein Verzicht auf Kohle, Öl und Erdgas geboten ist und der Ersatz hauptsächlich in der Nutzung von Sonnen- und Windenergie liegt, die wetterabhängig unzuverlässig sind und deshalb Speicherlösungen brauchen, insbesondere bei der Stromversorgung, wenn in dunkler Jahreszeit auch kein Wind weht, sog. Dunkelflauten.

**Und damit bin ich beim Thema dieses Essays, das zwei praktizierte oder propagierte Lösungen in Frage stellt: Batterien im Haus und Strom-Rückspeisungen aus Fahrzeug-Batterien zur Netzstabilisierung;** soweit dafür staatliche Förderung geboten wird, sollte sie eingestellt werden.

Gerade weil die Fahrzeuge vom Fahrrad über den PKW, Nutzfahrzeuge und sogar kleine Boote und Flugzeuge mit hoher Wahrscheinlichkeit Batterien brauchen werden, muss man sehr gut überlegen, ob Batterien im Haus wirklich vorteilhaft oder gar unsinnig sind. Denn die Rohstoffe, die man für gute Batterien braucht, sind nicht üppig verfügbar und obendrein von wenigen Ländern, insbesondere China dominiert. Man bedenke, dass man allein in Deutschland am Ende weit über 100 Mio. Fahrzeug-Batterien brauchen wird; da sollte man nicht noch 30 Mio. Hausbatterien in die Bedarfsliste schreiben, wenn sie nicht sinnvoll sind.

Wichtig ist die Einsicht, dass Batterien im Haus nichts zur Versorgungssicherheit, etwa gar in Form einer Netzunabhängigkeit, beitragen. Sie nutzen während der kritischen winterlichen Dunkelflauten nichts, weil die Photovoltaik auf dem Dach fast nichts liefert und schon gar keinen Überschuss zum Speichern. Auch sind die bereits verbreiteten PV-Batteriesysteme bei Netzausfall nicht funktionsfähig.

Demgegenüber haben die Netzbetreiber die Möglichkeit, in Wasserstoffzentren Überschussstrom in Wasserstoff zu elektrolysieren, diesen zu speichern und bei Notwendigkeit diese chemische Energie in Strom rück zu verwandeln – mit Gasturbinen oder Brennstoffzellen. Ich habe keine Daten, aber ich halte für offensichtlich, dass eine solche Sicherung grüner Stromversorgung volkswirtschaftlich wesentlich billiger ist als die mit zurzeit noch staatlich geförderten Hausbatterien – zumal man diese Wasserstoffstrategie in Dunkelflauten ohnehin brauchen wird.

In Anbetracht der zahlenmäßig riesigen Menge an zu erwartenden Fahrzeug-Batterien scheint eine andere propagierte Speicheridee oberflächlich logisch: die Rückspeisung aus Autobatterien ins Netz. Einleuchtend ist das nicht, da die Netzbetreiber die Stromversorgung mittels Wasser- und Biomasse-Kraftwerken sowie eben Wasserstoffzentren ohnehin sichern müssen und können. Mag die Komplexität der Rückspeisestrategie aus Fahrzeugen heutzutage technisch beherrschbar sein, aber wozu das Ganze? Ist allen klar, dass der normale Bürger sein Auto auch wegen der spontanen Nutzbarkeit unterhält? Welchen Aufwand hätte er zu bewältigen, um gelegentlich ein paar Euro für rückgespeisten Strom zu erhalten, und wird er wirklich riskieren, in sein Auto zu steigen, das gerade vom Netz ausgesagt worden ist?

Für mich riecht diese Teilstrategie sehr nach technischer Liebhaberei für komplizierte Lösungen, nur weil sie möglich sind und Umsatz versprechen, solange die PKW-Besitzer noch Opfer der derzeitigen Propaganda sind.

Ich bin nicht überrascht, dass im Schallschatten großer Hypes auch wenig Sinnhaftes gedeiht; in meiner Berufszeit musste ich über 2 Jahrzehnte dazu beitragen, dass völlig unsinnige Wasserstoffillusionen in der deutschen und europäischen Forschungspolitik zu viel Geld von wichtigeren Zielen, insbesondere der Entwicklung der erneuerbaren Energien abzweigten. Jetzt muss das knappe Geld dort eingesetzt werden, wo der größte Nachhaltigkeitsnutzen zu erwarten ist. Jetzt braucht der Verkehr Batterien und die metallurgische und chemische Industrie grünen Wasserstoff in solchen Mengen, wie sie niemals auf deutschen Boden produzierbar sein werden.

Da kann man der Regierung und den Unternehmen nur eine glückliche Hand wünschen, die besten Importstrategien zu wählen.

## **18. Arbeitszeitverkürzung-**

### **Unrealistische Ideen**

Von Gerd Eisenbeiß, 29. Juli 2024

Die Vision einer 4-Tage-Woche hat die Frage der Arbeitszeitverkürzung mal wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ob nun als Stundenverlagerung auf nurmehr vier Wochentage oder gar als Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Ziel ist mehr Freizeit und mehr Einkommen. Mich wundert nur, dass die häufigen Klagen wegen übermäßiger Arbeitsbelastung so gänzlich verstummen, sobald von der 4-Tage-Woche gesprochen wird. Wahrscheinlich wird die weitere Arbeitsverdichtung erst später wieder als unzumutbar angeprangert. Vielleicht wird man dann aus zugleich demographischen Gründen endlich ein höheres Renteneintrittsalter akzeptieren, um wöchentlich wieder mehr Freizeit zu gewinnen.

Wer sich aber mit der Zukunft der Menschheit beschäftigt, wird solche Fragen der Arbeitsorganisation für ziemlich nachrangig halten, denn dabei geht es um die Rolle echter Arbeitszeitverkürzung, um aus der Wachstumslogik der Umweltzerstörung auszubrechen. Arbeitszeitverkürzung ist dabei der Königsweg zur Produktions- und Konsumverringerung in reichen Gesellschaften wie in Deutschland. Es ist der einzig logische Weg, einer auf 10 Milliarden anwachsenden Bevölkerung den Absturz in ein Katastrophenchaos zu ersparen, bestehend aus Übernutzung von Natur und Rohstoffen, Hunger- und Hitzekrisen sowie Wassermangel, letztlich also Gewaltexzessen, weil es um das nackte Überleben von Milliarden Menschen geht, die sich bei Nachbarn holen werden, was sie brauchen.

Zurzeit nimmt die Menschheit noch jedes Jahr um mehr als ein Deutschland, d.h. 80 Mio. Menschen zu. Dass es völlig unvorstellbar ist, dass 9 oder 10 Milliarden auch nur auf dem heutigen Niveau Osteuropas leben werden, dürfte allgemein bekannt und anerkannt sein (vgl. z.B. die beiden Bücherzitate am Ende dieses Textes). Dass es gleichzeitig aber schon Tatsache ist, dass auch arme Völker und nicht-staatliche Kampfgruppen die notwendigen Waffen sowie die Fähigkeit zum Cyberkrieg gegen die immer verletzlicheren, weil durchdigitalisierten Staaten des Nordens haben, beginnt manchen zu dämmern.

Wenn nun in einem Land wie Deutschland gar gefordert wird, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen und dabei Verdienst und Konsum weiter zu erhöhen, wird es doppelt absurd: einerseits fordert man also eine weitere Verdichtung der Arbeitsprozesse mit all den bei anderen Gelegenheiten beklagten gesundheitlichen Schäden und andererseits möchte man in der vermehrten Freizeit ohne Rücksicht auf den bekannten Zustand des Planeten noch mehr konsumieren, insbesondere auch noch mehr reisen, um die letzten noch unberührten Plätze zu berühren, also zu erleben, bevor sie der Massentourismus auf „Malle“-Niveau angleicht; denn auch der kulturbeflissene Individualtourist weicht dem Massentourismus nur aus und erschließt ihm damit neue Märkte.

Während ich dies schreibe, ist mir als Sozialdemokrat und Anhänger demokratischer Gewerkschaften völlig klar, wie unrealistisch ein solches Plädoyer für mehr konsumarme Freizeit ist, einer Freizeit, die wir kontemplativ oder mit Menschen verbringen könnten, mit Kommunizieren, Spielen, mit Wandern, Musik, Kultur und Sport ohne großen Ressourcenverbrauch. Nur weltfremde Ideologen können doch wohl solchen Unsinn predigen!

Das muss ich mir vorwerfen lassen von all den Realisten, die wissen, wie der Mensch wirklich tickt. Und denen ich recht gebe in ihrer Einschätzung, dass mein Plädoyer für eine ökologisch begründete Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ins Märchenbuch und nicht in einen seriösen Blog gehört.

OK! Ich kapituliere vor der Wirklichkeit, beharre aber darauf, dass der von der Menschheit – unterschiedslos in Demokratien und Diktaturen – bevorzugte realistische Weg ins Katastrophenchaos führen wird, wenn auch erfreulicherweise erst nach meinem Ende.

Und ich empfehle zwei Bücher, die hervorragend erläutern, was an Daten und Fakten in diesem Essay fehlt, aber seinen Inhalt stützt :

- [„Prosperity without Growth“, Tim Jackson, 2009 \(zum Download als PDF in deutsch oder als Printausgabe ISBN 978-3-86581-245-2\)](#)
- [„Ten Billion“, Stephen Emmot, 2013 \(deutsch 978-3-518-42385-1\)](#)

## 17. Olympisches – schneller, weiter, höher!

Gerd Eisenbeiß im Juli 2024

Ich hatte einen Traum!

Vor dem Einschlafen hatte ich noch die Aussagen eines unserer führenden Forschungsmanager gelesen, der all die Vorteile und Gefahren der „Künstlichen Intelligenz“ benannte, aber im Resümee feststellte, dass für ihn die Chancen die Risiken „ganz klar überwiegen“. Ich dachte noch darüber nach, wie er die Chancen schnellen und entschlossenen Handelns mit der Gefahr, den Anschluss zu verlieren, unterstrichen hatte, als ich wahrscheinlich schon im Traumland gelandet war.

Ich sah mich von weit oben herab den Anstieg vieler Gruppen an den Hängen eines riesigen Bergmassivs beobachten. Ganz offenbar kletterten sie auf getrennten Pfaden um die Wette. Im geträumten Zeitraffer konnte man auch erkennen, dass sich die einzelnen Gruppen immer weiter auseinanderzogen, weil nicht alle gleich schnell klettern konnten. Mir leuchtete schon ein, dass alle nach einem Platz auf der Höhe strebten, weil da die Aussicht immer phantastischer zu werden versprach und obendrein auch bessere Luft herrschte.

Ich konnte auch beobachten, dass diejenigen am Ende der Gruppen, die offenbar nicht mitkamen immer wütender wurden, weil sie von oben mit Fernsehbildern auf ihren Handys abgespeist wurden, während ihnen die von der Spitzengruppe gelösten Steine entgegenrollten und auch die Bergbäche verschmutzt an ihnen vorbeirauschten.

Allerdings meldeten die Sender, dass der Berg beliebig hoch sei und am Ende Platz für alle da sein werde. Man konnte aber auch erkennen, wie einzelne sich zusammenschlossen und berieten – vereinzelt sah man intelligent konstruierte Steinschleudern, mit denen offenbar den Spitzen der Gruppen die von oben herab prasselnden Steine zurück katapultiert werden sollten.

Natürlich konnte ich die Botschaften der Spitzenleute für die Zurückbleibenden auf meinem Handy auch lesen: “ Wir wollen doch schnell sein für euch!“, hieß es da, „Wir wollen doch gemeinsam die Spitze erklimmen und nicht zu anderen aufblicken! Jeder Höhengewinn gibt auch euch weiteren Blick und bessere Luft. Seid stolz, dass ihr dabei seid, denn unsere Gruppe ist eine Spitzengruppe.“

Da fiel mit das Handy aus der Hand und fiel in die Tiefe. Das erschreckte mich so, dass ich aufwachte und wieder Gerd Eisenbeiß war, der auch einmal führender Forschungsmanager gewesen war. Mir war sofort klar, dass ich „im Amt“ genauso gesprochen hätte wie der Traum auslösende Kollege. Natürlich müssen wir gut, ja sehr gut sein; und wir dürfen nicht zurückfallen.

Ich kam nur nicht mehr so leicht damit zurecht, dass nicht nur im Traum der Berg nur endlich hoch war und die Spitze nur für wenige von den 8 Milliarde Bergtouristen reicht.

Als ich das alles einem klugen Freund erzählte, tröstete er mich: „Solange du noch lebst, sind alle noch an jenem Hang beschäftigt. Das Danach wird andere betreffen.“ Ich maulte nur noch: „Aber meine Kinder und Enkel!“ und dann gingen wir in den nächsten Biergarten.

## 16. Trumps Redenschreiber – aufgedeckt

von Gerd Eisenbeiß im Juli 2024

Es ist bekannt, dass es in den USA einige Organisationen wie die Heritage Foundation gibt, die die neue Präsidentschaft Donald Trumps gründlich vorbereiten; denn die Rache an all den Trump-Spöttern und -Verächtern sowie Liberalen und Demokraten im In- und Ausland muss strategisch geplant werden.

Viel weniger bekannt ist die Quelle Trumpscher Rhetorik, die nun aufgedeckt wurde: es handelt sich um ein Werk von Kenneth Grahame aus dem Jahr 1908 – hier in Teilen zitiert nach der Übersetzung aus dem Englischen von Sybil Gräfin Schönfeldt.

Das Buch schildert eine Gruppe von Freunden, von denen einer eine so natürliche Führungsfigur ist wie Donald Trump, so dass man dessen Reden nur analysieren, wenn nicht gar kopieren muss. Kostprobe auf Seite 116 der deutschen Ausgabe, bei der ich den im Buch verwendeten Namen der Klarheit wegen einfach durch „Mensch“ ersetzt habe:

*„Während er munter fürbass schritt, dachte er über seine Abenteuer ... nach und wie er es immer wieder geschafft hatte, auch in der schlimmsten Lage noch einen Ausweg zu finden. Hochmut und Stolz begannen ihn wieder aufzublasen. „Ho, ho!“, murmelte er vor sich hin, während er das Kinn in die Luft reckte. „Was bin ich doch für eine schlauer Mensch. Es gibt auf der ganzen Welt keinen, der mich an Klugheit überträfe. Da werfen mich meine Feinde in den Kerker, von Mauern und Türmen umzingelt, und ich werde Tag und Nacht von einem Kerkermeister bewacht. Aber ich schreite einfach durch sie hindurch, tapfer und tüchtig, wie ich bin. Sie verfolgen mich mit Lokomotiven, Polizisten und Revolvern. Ich aber schnippe nur mit den Fingern und löse mich lachend in Luft auf... .... Ho, ho! Ich bin ein Mensch, stattlich, schön, allseits beliebt und erfolgreich!“ Ihm stieg seine Aufgeblasenheit so zu Kopfe, dass er auch noch ein Loblied auf sich selber dichtete. Das sang er beim Marschieren aus vollem Halse ...“*

Das Gedicht erspare ich dem Leser, zumal er die Reden Trumps ja kennt und hier nur die Urquelle seiner Rhetorik enttarnt werden sollte. Es handelt sich um das wunderbare Kinderbuch

„Wind in den Weiden“, 2010 neu aufgelegt beim Bassermann Verlag (ISBN 978-3-8094-1669-2), das eine Freundesgruppe schildert aus Dachs, Maulwurf, Ratte und der Kröte Kröte-  
rich, die sich für den Größten hält.

## 15. Russland muss Klimaschutz fürchten!

Von Gerd Eisenbeiß, 10. Juli 2024

Jenseits des aktuellen Ukrainekrieges steht Russland vor einer unsicheren Zukunft – mit dem ukrainischen Territorium oder ohne, ist dabei egal.

Es ist Russlands Abhängigkeit von den fossilen Energien, die in so hohem Maße den Lebensstandard der Bevölkerung und die Herrschaftsambitionen seines Herrschers bestimmen und die faule Stelle am Apfel ausmachen. Ob dieser Apfel in den nächsten 25 Jahren durchfault oder nicht, dürfte entscheidend vom Erfolg weltweiten Klimaschutzes abhängen.

Dazu einige wenige Zahlen: Die wirtschaftlich nutzbaren Erdöl- und Erdgasreserven werden global auf mindestens 240 bzw. 140 Gt geschätzt, wovon Russland 6 bzw. 25% besitzt. Würden diese Reserven noch verbrannt, würden noch wenigstens 1.100 Gt CO<sub>2</sub> frei, mehr als das Fünffache dessen, was die Erderwärmung auf über 1,5° treiben wird, das Temperaturmaximum, das sich die Völkergemeinschaft gesetzt hat.

Schon in den 90er Jahren hat Henry Kissinger darauf hingewiesen, dass Klimaschutz global nur gelingen könne, solange die Wissenschaft noch nicht sagen könne, welche Regionen unter der Erwärmung Klimawandel leiden und welche profitieren werden. Damals gab es Einschätzungen, dass unter anderem Russland durch Ausdehnung von Agrarflächen nach Norden sogar zu den Profiteuren gehören könnte. Die vorliegenden Überlegungen greifen Kissingers Hinweis auf die politische Bedeutung regional differenzierter Klimaschutzinteressen auf, beziehen sie aber auf unterschiedliche Vermögensverluste, denn Russlands Öl- und Gasreserven allein würden 130 Gt der „noch erlaubten“ 200 GtCO<sub>2</sub> bedeuten.

Man konnte ja beobachten, wie die Sanktionen des Westens gegen die russischen Exporte wirkten. Der massive, wenn auch lückenhafte Importstopp insbesondere der EU führte zu einer radikalen Änderung der weltweiten Ströme von Öl und Gas; Russland musste sehr rasch neue Absatzmärkte politisch, wirtschaftlich und technisch erschließen, um den Krieg und seine internen Bedürfnisse weiter finanzieren zu können und war dabei offenbar erfolgreich. Das wurde im Westen als Scheitern der Sanktionen gewertet, zeigte aber, wie empfindlich die russische Wirtschaft und gesellschaftliche Stabilität sowie Putins Herrschaft von stetig fließenden Energieexporterlösen abhängt.

Man kann unterstellen, dass der Importstopp der EU ein Schock für die russische Führung war – ein Schock, der mit den kommunikativen Mitteln einer so konsequenten Diktatur und mit Hilfe Chinas und Indiens verdeckt werden konnte. Es wäre aber ein Wunder, wenn dieser Führung nicht spätestens dabei aufgefallen wäre, welche Bedrohung ein Erfolg einer Null-Emissionspolitik des Westens bis 2050 für die Rohstoff-Nation Russland wäre.

Erweitert man das Szenario eines erfolgreichen Klimaschutzes auf all die anderen von Kohle-, Öl- und Gas-abhängigen Volkswirtschaften in Arabien, Iran und anderen Welt-gegenden,

dann gewinnt die Einschätzung an Wahrscheinlichkeit, dass auch diese Länder dem Verlust ihres geologischen Energie-Reichtums strategisch entgegenwirken werden, auch wenn sie in internationalen Konferenzen kooperativ klingen; denn die billig gewinn-baren fossilen Bodenschätze stellen weltweit seit 100 Jahren riesige Vermögenswerte dar, die gelingender Klimaschutz vernichten will. Wenn es eines zusätzlichen Belegs für diese These bedurfte hätte, lägen die Beweise in den politischen Spannungen, die sich sofort zwischen den Anrainern einstellen, wenn irgendwo ein neues Gas- oder Ölvorkommen vermutet oder gar nachgewiesen wird.

Nur wenige bevölkerungsarme Staaten mit solchen geologischen Vorräten, etwa Norwegen, Katar, Kuwait und die VAE, haben wesentliche Anteile der riesigen Einnahmen aus Vergangenheit und Gegenwart weltweit investiert, um nach dem Fossilzeitalter von den Erträge zu leben. Russlands autoritäre Führung verpulvert alles in Krieg, Rüstung und Renten, muss also einen Erfolg globalen Klimaschutzes mehr fürchten als wärmere Temperaturen. Dass die Bevölkerung Russlands abnimmt und immer älter wird, ist dabei kein Trost, sondern zusätzliche Bedrohung seiner Weltmachtambitionen.

Wenn all diese Fossilenergie-Exporteure nicht verarmen wollen, müssen sie wie gerade eben Russland andere Kunden an Stelle der erfolgreichen Klimaschützer finden, und die stehen wahrscheinlich zahlreich bereit, insbesondere wenn die Preise gesenkt werden – dazu werden auch Indien und Afrika gehören, selbst wenn dort häufiger Temperaturen über 50° gemessen werden.

Es steht also zu erwarten, dass es eine dem Erfolg des Klimaschutzes immanente Gegenkraft in Form sinkender Fossilpreise geben wird, die die erhoffte und eigentlich NOTwendige globale Reduktion an CO<sub>2</sub>-Emissionen spürbar bremsen dürfte.

Als man Ecuador bat, mit der Urwaldabholzung aufzuhören, antwortete der damalige Präsident sinngemäß „Gerne, wenn ihr mir die entgangenen Erlöse erstattet“. Werden wir solche Forderungen auch von Staaten erhalten, die auf Öl- und Gas-Exporte verzichten sollen – etwa auch von Russland mit oder nach Putin?

Und nur damit keine moralischen Überlegenheitsgefühle im „Westen“ aufkommen: es ist seit einiger Zeit genügend deutlich geworden, dass auch hier breite Mehrheiten Kaufkraftopfer für Klimaschutz ablehnen. Was bisher gelungen ist, verdankt seine Realisierung der „grünen“, vielleicht auch kühnen Behauptung, Klimaschutz störe Wirtschaftswachstum und Kaufkraft-Wohlstand nicht; wo die Kosten allmählich sichtbar werden, endet die grüne Hype und damit wohl auch die Bewohnbarkeit vieler Regionen.

## **14. Ein verärgerter Zwischenruf**

Von Gerd Eisenbeiß, 7. Juli 2024

So ein Quatsch! Da setzt der Deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, um zu prüfen, ob der Atomausstieg „unvoreingenommen“ und „ergebnisoffen“ geprüft wurde und entschieden wurde!

Bekanntlich wurde der Atomausstieg von der christliberalen Koalition 2011 aus rein politischen Gründen beschlossen; niemand hat damals „unvoreingenommen“ oder „ergebnisoffen“ geprüft, als hätte es sich um eine technische Frage gehandelt. Die Koalitionsparteien waren doch beide zutiefst überzeugt, dass die Risiken der Kernenergie in Deutschland beherrschbar

und deshalb hinnehmbar seien. Fachlich war auch rasch klar, dass die Ursache der Fukushima-Katastrophe in Deutschland gegenstandslos war. Die Ausstiegsentscheidung war rein politisch: zum Einen, um der aufgeheizten öffentlichen Stimmung zu entsprechen und zum Anderen, um die anstehenden Landtagswahlen insbesondere in Baden-Württemberg für die Union nicht zu gefährden. Das Ergebnis in Baden-Württemberg war übrigens nicht, dass die CDU gewann, sondern dass es eine grün-rote anstelle einer rot-grünen Regierungsmehrheit gab!

Dass SPD nach Helmut Schmidt und Grüne das Risiko der Kernenergienutzung grundsätzlich anders beurteilen, ist eine legitime politische Meinung und keine mit „falsch“ oder „richtig“ fachlich-wissenschaftlich entscheidbare Frage. Es geht um die Kernfrage, welche Risiken der Allgemeinheit zuzumuten sind, wenn andere Vorteile gesehen werden – eine zutiefst politische, außerfachliche Frage!

Ich, der ich dies schreibe, war immer bekannt als Befürworter der Kernenergienutzung in Deutschland, solange dies den inneren Frieden in der Gesellschaft nicht zu sehr gefährdet; deshalb habe ich aus ebenfalls zutiefst politischen Gründen den Kernenergieausstieg von 2011 und den von heute toleriert!

Schade um die wertvolle Zeit von Abgeordneten des Bundestages für einen solche Unsinnfragen. Aber der Antrag der Unionsfraktion war eben auch zutiefst politisch, nur eben auch ein wenig niederträchtig.

## **13. Migration: Was taugt das Ruanda-Model?**

Von Gerd Eisenbeiß, 4. Juli 2024

Ich habe die Gutachten der Regierung bezüglich einer Asylprüfung im Ausland nicht gelesen, aber sehr wohl verfolgt, wie die Dinge im öffentlichen Diskurs beurteilt werden. Natürlich habe ich gemerkt, dass dieser Diskurs in der Politik eine große Inszenierung ist, seitens der Regierung Tatkraft zu behaupten und seitens der Oppositionen, Lösungswege zu phantasieren. Nun möchte ich meinen eigenen Kopf benutzen, um einen Betrag zu leisten.

Ich stelle mir einen Menschen in südlichen Regionen vor, der unglücklich und mutig genug ist, sich eine Einreise in die EU oder gezielt nach Deutschland erzwingen zu wollen. Ich unterstelle, dass er im Regelfall weiß, dass er erhebliche Gefahren für Leib und Leben auf sich zu nehmen sowie beträchtliche Geldmittel für Helfer und seine Reise aufzubringen hat – oft die Investition einer ganzen armen Familie. Er weiß wohl auch im Normalfall, dass er in den EU-Ländern unerwünscht ist, er also Grenz- und Küstenwachen und andere Barrieren zu überwinden hat. Trotzdem nimmt er all diese Bürden und Risiken auf sich, weil er zuhause so wenig Zukunft für sich sieht und seine Hoffnung so groß ist, in Europa zu einem wenigstens auskömmlichen Leben zu kommen.

Nun stelle ich mir vor, dass er erfährt, dass ihn Europa sofort wieder in ein Drittland wie Ruanda oder Usbekistan exportieren will. Er wird sich erkundigen – nicht zuletzt bei jenen künftigen Helfern, die wir „Schlepper“ nennen. Was werden ihm diese Leute sagen und raten?

Ich halte folgende Auskünfte für wahrscheinlich: „Du hast da etwas missverstanden: diese angedrohte Verbringung nach Ruanda oder Albanien oder egal wohin droht nur sehr sehr wenigen von Euch – es ist einfach ein kaum messbares Risiko. Unsere erfolgreichen Touren bringen jährlich etwa 1 Millionen Menschen ohne korrekte Einreisepapiere in die EU. Lass dich nicht durch die lächerliche Androhung einer doch stets nur zwischenzeitlichen Flugreise nach Albanien oder Usbekistan, die nur wenige Tausend betreffen könnte, von deiner Entscheidung abhalten. Außerdem vertraust du ja uns, die wir die erfolgreichsten von allen Helferorganisationen sind, Menschen wie dich an den Behörden vorbei in die EU zu bringen.“ Vielleicht wird der Gefragte gegenüber einem gut informierten Kunden hinzufügen: „Du kennst die wirklichen Risiken, die die weite Reise durch Wüste und feindlich gesonnene Gebiete sowie schließlich die Überfahrt übers Mittelmeer beinhalten; da wirst du dich doch nicht von solchen Peanuts von deinem Weg ins Glück abbringen lassen.“ Sollte der Migrationswillige hinsichtlich der Risiken ahnungslos sein, wird ihn ein neues EU-Gesetz erst recht nicht interessieren.

Ob es nun realistisch ist oder nicht, dass der Schlepper die Risiken der Reise nach Europa so konkret anspricht, sicher wird er sie herunterspielen. Diejenigen aber, die sich für so eine Reise entscheiden, dürften sie in der Regel kennen und trauen sich zu, es zu schaffen. Für sie ist allein entscheidend, ob sich die Europäer trauen, Menschen ins Elend zurückzustoßen. Und sie wissen, dass diese Gefahr praktisch nicht besteht, solange in Europa klare Mehrheiten mit humanitären, menschenrechtsorientierten Einstellungen herrschen.

Ein Zwischenaufenthalt einiger weniger 1000 Migranten in einem europäisch verwalteten, außereuropäischen Camp mit guter Ernährung, medizinischer Fürsorge insbesondere auch für Kinder wird kaum jemanden abschrecken, den teuren und risikoreichen Weg ins gelobte Land zu wagen. Entscheidend ist das Wörtchen „Zwischenaufenthalt“: würde ein Partnerland wie das kleine Ruanda oder die große Mongolei alle nicht EU-einreiseberechtigten Migranten behalten, wäre der Abschreckungseffekt dagegen sehr hoch. Erscheint es schon schwierig genug, überhaupt ein aufnahmewilliges Land zu finden, so scheint es ganz und gar unmöglich, eines zu finden, das die Abgelehnten dauerhaft behält.

Dagegen ist ein gewisser Abschreckungseffekt zu erwarten, wenn er und seine Familie erfahren, dass es dem erfolgreich nach Deutschland gelangten Verwandten z.B. durch eine Bezahlkarte unmöglich gemacht wird, seine Fluchthelfer zu bezahlen oder seiner Familie Geld zu überweisen, solange er nicht über ein echtes Arbeitseinkommen verfügen kann.

Würde man sich eine Maßnahme ausdenken müssen, die wirklich abschreckt, müsste man mangels aufnahmebereiter Drittstaaten auf eine dauerhafte Internierung aller Zuwanderer innerhalb der EU-Grenzen setzen, aus der nur zwei Tore herausführen: die nach Prüfung gewährte Einreise mit Asyl- oder Flüchtlingsstatus, ggf. auch aufgrund von individueller Arbeitsmarkteignung oder das 2. Tor für die freiwillige Heimreise, ggf. finanziert von der EU.

Wenn der Migrationsdruck und die Zahlen steigen, wird die humanitäre Hemmung gegenüber solcher Rigorosität abnehmen. Klimawandel und (Bürger-)Kriege sprechen dafür, dass eine solche Zukunft leider nicht unwahrscheinlich ist.

Sehr wahrscheinlich scheint mir allerdings auch zu sein: Wenn die EU noch länger mit jener illegalen Immigration lebt, die mangels Gegenwehr eigengesetzlich einfach stattfindet, dann werden die Wahlerfolge der rechtsradikalen und völkischen Parteien wie AFD, Le Pens RN,

Vox, Chega, Wilders PVV, FPÖ, Fratelli/Lega überall zunehmen und letztlich Demokratie und EU zerstören.

## **12. Selbstfahrende Autos – aber bitte nur in einer Welt ohne Feinde**

Von Gerd Eisenbeiß, 20. Juni 2024

Ich will kein Spielverderber sein. Aber als ich neulich in Ingenieursnachrichten las, dass man demnächst hinter dem fehlenden Steuerrad eines Autos „gamen“ könne, fragte ich mich, ob die Entwickler und ihre Vorstände wahrgenommen haben, dass wir wieder Feinde haben – Feinde, die in der Ukraine zeigen, dass sie stören und zerstören wollen und können, wenn es ihnen wichtig ist.

Einer der akuten Feinde kann offenbar nicht schlafen, solange ein Nachbarvolk freier und wohlhabender ist als jenes, das er selbst unterdrückt. Er weiß offen-bar, dass sein Volk nicht erfahren darf, dass Freiheit und Wohlstand kombiniert besser gelingen als unter seiner Diktatur. Drum muss er den Informationsfluss in sein Land hinein nicht nur blockieren, sondern wegen unvermeidbarer Lücken auch ächten: sein Volk darf nur seinen „Narrativen“ glauben; anderes zu glauben oder gar öffentlich zu sagen, muss als unpatriotisch und Verrat gelten, damit es entweder von selbst unterbleibt oder doch wenigstens bei der Polizei angezeigt wird – Denunziation als Patriotenpflicht.

Ich will kein Spaßverderber sein für Piloten, die sich endlich auf das Gas- und Bremspedal konzentrieren wollen, aber solche Feinde sollte man nicht ignorieren, wenn es um die Sicherheit infrastruktureller Systeme geht. Sicherheitsstrategien sollten nicht nur Rüstung, Bunkerbau und ggf. Wehrpflicht neu bewerten, sondern auch existenzielle Verwundbarkeit unseres zivilen Lebens.

Nun bin ich Technologe und Naturwissenschaftler von Ausbildung und Beruf, muss aber bekennen, dass dies bei Weitem nicht ausreicht zu beurteilen, ob z.B. ein Verkehrssystem automatisch fahrender Autos einen NEMP überlebt. Ein NEMP wurde vor Jahrzehnten im Kalten Krieg befürchtet: es handelt sich um eine nukleare Detonation weit außerhalb der Erdatmosphäre, z.B. hoch über Europa, so dass keine zerstörerische Druckwelle entsteht und nur wenig radioaktive Belastung in Atmosphäre und am Boden, dafür aber ein intensiver elektromagnetischer Blitz, der alle „ungehärteten“, d.h. nicht in Metallkäfigen abgeschirmten elektronischen Systeme in einem Gebiet wie Mitteleuropa zerstört. Ich habe vor etwa 50 Jahren an fachlichen Beratungen zur Sicherheit von Kernkraftwerken teilgenommen, die auch dieses Risiko behandelten.

Nun scheint mir ein NEMP heutzutage nicht die realistischste Feindaktion zu sein, wobei ich Kim Jong-uns Träume nicht gut genug kenne. Es reicht, was Staa-ten wie Russland, China, Iran und möglicherweise IS-artige kriminelle Gruppen anrichten können, die heute schon kleine Länder, Gemeinden und z.B. Krankenhäuser lahmlegen können.

Ich weiß als Ingenieur recht gut, dass die Behauptung, ein Feind unserer freien Welt könne ein System automatischer Fahrzeuge mit katastrophalen Folgen zum chaotischen Stillstand bringen, beleidigte Empörung meiner hochgeschätzten Kollegen hervorrufen wird. Man wird auf die Schädlichkeit dieses Textes hinweisen, denn man befindet sich in einem lebenswichtigen Wettlauf mit chinesischen und amerikanischen Konzernen um die ersten und größten Segmente eines zu erwartenden 100 Mrd.-Marktes; da müsse die europäische Autoindustrie mithalten! Und außerdem – so kenne ich es aus anderen sicherheitsrelevanten Bereichen – würden die Systeme fortwährend verbessert und erweitert. Sicherheitstheoretisch, so wurde mir allerdings beigebracht, sind aber gerade nachträgliche Eingriffe für Verbesserungen und Erweiterungen von komplexen Softwaresystemen klassische Einfallstore für böswillige Angreifer. Diese Aussage ist nicht gerade ein Pille für ruhigen Schlaf.

Recht haben sie, die hochmotivierten Wissenschaftler mit ihrem Wettlaufargument. Und doch wäre es mehr als tragisch, wenn das Ziel dieses Wettlaufs jenseits einer Abbruchkante in einer Schlucht läge; sogar Lemminge sollen in Wirklichkeit recht vorsichtig sein.

Ich lese immer mal wieder Zahlen über die von kriminellen oder politischen Häckern verursachten Schäden, immer mit dem Hinweis der Autoren auf die vermutlich hohe Dunkelziffer. So hat der Branchenverband Bitkom 2021 Cyber-Schäden in der deutschen Wirtschaft auf über 200 Mrd. € geschätzt; das wären etwa 5% des Brutto-Inland-Produktes BIP. Wahrscheinlich hat vor jedem Schadensfall ein Experte gesagt, das könne nicht passieren. Allerdings wird unbeirrt behauptet, die Schäden blieben weit hinter dem Nutzen weitestgehender Digitalisierung zurück. Ob das so ist und vor allem ob das so bleibt über die nächsten Jahrzehnte, kann ich nicht beurteilen – jedenfalls war mit Wohler, als ich noch an eine gesicherte europäische Friedensordnung glaubte.

Bisher beinhalten diese Schadenszahlen noch kaum Fahrerassistenzsysteme oder gar ganze Verkehrssysteme. Der Ukrainekrieg zeigt aber, wie wichtig es einem skrupellosen Aggressor ist, Kraftwerke, Stromversorgung und Verkehrssysteme auszuschalten; das ist kriegsrational, denn sterben die Überfallenen an Hunger, Durst und Kälte, müssen sie nicht per Hand oder Bombe getötet werden. Dies so drastisch zu sagen, ist nur die Schilderung des ukrainischen Kriegsalltags, der in genau dieser Absicht geplant und durchgeführt wird.

Warum glauben wir eigentlich, dass wir im Zweifel vom solchen Feinden anders behandelt werden, dass wir stets im Cockpit unserer Autos entspannt „gamen“ können, während automatisierte Liefersysteme uns ungestört mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln versorgen?

Hätten wir für möglich gehalten, was dem ukrainischen Volk zurzeit angetan wird?

## **11. Wo leben wir eigentlich?**

### **Zwar nicht im Paradies, aber ...**

Erfreuliche Beobachtungen

Von Gerd Eisenbeiß, 15. Juni 2024

Wir wollen es perfekt – und zwar für alle; dies „wir“ meint zuallererst die Deutschen, wenn auch die anderen Europäer im alten Westen nicht gar so verschieden sind. Das Paradies des Wohlstands und der Freiheit ist das Leitbild und – das ist das Thema dieses Textes – wir zweifeln, weil das Paradies nicht um die Ecke wartet. Christen wissen das eigentlich schon seit 2000 Jahren, wir alle könnten aber wenigstens gelernt haben, zu allererst wir Menschen selbst die Ursache der wenig paradiesischen Zustände sind – und nicht irgendwie im Geheimen, sondern mit offenem Egoismus. Auch die Monster, die ganze Völker mit egomaner Selbstsucht ins Elend führen, sind als giftige Disteln Ausgeburten realer menschlicher Gesellschaften.

Wenn wir reden über den Zustand unseres Landes als unseren Wohnort auf dem Planeten Erde reden, sollten wir als Realisten nicht mit zunehmend schlechter Laune beklagen, was hierzulande zum Paradiesideal fehlt. Das ist zwar ehrenwert, wenn es anspornt, besser zu werden. Es kann aber zur depressiven Missachtung des realen Glücks führen oder über Enttäuschung und Wut zur Zerstörung dessen, was an realem Glück möglich ist.

Deshalb ist ab und an nützlich, von außen auf unser Land zu schauen. Und da sind einige seriöse internationale Vergleichsindizes heilsam. 18 Staaten der Welt haben mehr Einwohner als Deutschland; alle 19 beherbergen 69% der Menschheit, produzieren 67% der globalen Wirtschaftsleistung auf 46% der Landfläche (ohne Antarktis), 7 von ihnen können als demokratisch, 8 als autoritär regiert gelten.

Zum Vergleich taugt zunächst den HDI, den Human Development Index der Vereinten Nationen. Dieser Index ist ein Wohlstandsindikator, der neben dem Realeinkommen pro Kopf auch die Lebenserwartung bei Geburt und die Schuljahre berücksichtigt. Dieser Index wurde zuletzt für das [Bewertungsjahr Jahr 2022](#) veröffentlicht<sup>[1]</sup> und zeigt Deutschland als höchst bewerteten Staat der Welt mit über 80 Mio. Einwohnern; höher bewertet sind nur 6 kleinere Länder: Neuseeland, die skandinavischen Länder, die Schweiz und Irland.

Ein anderer Index, der [Demokratie-Index der britischen Zeitung „The Economist“](#) bewertet regelmäßig die Qualität der Demokratie in allen Staaten der Welt. Auch hier wird Deutschland in der Veröffentlichung 2024 am besten von allen 19 Staaten mit mehr als 80 Mio. Einwohnern bewertet; die Staaten mit besserer Bewertung sind 11 europäische Staaten sowie Neuseeland und Taiwan! Wikipedia zeigt die gesamte Staatenliste auf .

Natürlich bedeuten diese Höchstbewertungen unseres Landes nicht, dass alles ideal ist oder gar, dass die Regierung nicht kritisiert werden sollte, die Verbesserungspotenziale nicht nutzt. Nur sollte man zur Kenntnis nehmen, dass das Geschrei von ganz Rechts und Links über Unfreiheit, antidemokratische Verschwörungen, Meinungsunterdrückung und unerträgliche Armut keine Berechtigung haben, wenn man nicht ein Menschenbild zugrunde legt wie das Urchristentum oder den Idealkommunismus.

Menschliche Gesellschaften sind nirgends und werden niemals ideale Paradiese sein. Soziale Gerechtigkeit und das richtige Maß an Freiheit der Einzelnen, das die Freiheit und Würde der anderen wahrt, müssen immer wieder neu bestimmt und erkämpft werden; Verbesserungen sind möglich, aber die Distanz zum Paradies darf insbesondere in einem Land wie Deutschland, das Spitzenwerte entsprechender Vergleiche aufweist, nicht zu Wut und Depressionen oder politischem Extremismus und Gewalt führen.

Es gibt auch eine Länderbewertungen mit Klimaschutzrelevanz ohne die triviale Falle, Armut als optimal auszuweisen, da sie die [Klimaschutzeffizienz der Volkswirtschaften von über 200 Staaten und Territorien](#) in Treibhausgasemissionen bezogen auf das Sozialprodukt, also in g CO<sub>2</sub>äquivalent/BIP in US\$ in Zeitreihen bis 2022 bewertet.

Die einzelnen Daten mögen zeitlichen und methodischen Ungenauigkeiten unterliegen, sagen aber dennoch einiges aus. Z.B. ist auch bei dieser Messlatte Deutschland 2022 die klimaeffizienteste große Volkswirtschaft mit mehr als 80 Mio. Einwohnern. In der gesamten Liste steht es auf Platz 25 hinter einigen Kleinstaaten, aber – das hat Gewicht – hinter den größeren europäischen Partnern im Norden, Westen und Süden. Hier schlägt noch die Kohletradition durch sowie der Kernenergieverzicht und der Wasserkraftmangel – möglicherweise sogar die Vereinigung mit der DDR, einem früheren Ostblockstaat; so liegen die östlichen EU-Staaten von Polen bis Bulgarien zwischen 194 (Ungarn) und 290 (Polen) sowie 400 (Bulgarien). Unter den EU-27 weisen Deutschland und Spanien genau den EU-Mittelwert von 174 aus. Vergleicht man aber mit den Bevölkerungsgiganten, so liegt Indien bei 392, China bei 611, USA 279, Indonesien 363, Pakistan bei 425 und Japan 227, Russland bei 641, d.h. alle deutlich schlechter.

Auch dieser Klimaschutzeffizienzvergleich zeigt, wie exzellent Deutschland in wesentlichen Kriterien liegt – nicht dass es nicht besser werden sollte und könnte, aber es wird doch deutlich, wie schwer es offenbar insbesondere in großen Volkswirtschaften ist, Wohlstand, Ökologie und Freiheit als Gesamtsystem zu entwickeln und zu bewahren, denn menschliche Gesellschaften folgen keinem Optimierungsalgorithmus.

**Vor dem Hintergrund aktueller Wahlergebnisse muss man eine große Zahl von Mitbürgern schon fragen: „Wo lebt ihr eigentlich?“**

[1] [Human Development Index der Vereinten Nationen 2022](#). Man kann kritisieren, dass wesentlich mehr Kriterien, z.B. ökologische, in den HDI einbezogen werden sollten; der Report 2024 reagiert darauf mit zahlreichen Analysen zu anderen sozialen Parametern wie z.B. Genderfragen, auf gut 300 Seiten.

## 10. Sozialen Frieden sichern

### Erbschaften besteuern

Von Gerd Eisenbeiß, 10. Juni 2024

Ich weiß nicht, ob auch in Deutschland die Vermögensverteilung immer steiler wird, ich bin aber sicher, dass sie schon heute unerträglich steil ist und zu Recht als ungerecht empfunden wird. Ein Zitat aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts (von Tucholsky?) sagt, die Vererbung großer Vermögen sei ein erstrangiger gesellschaftlicher Skandal – richtig!

Um präziser zu sein: es geht um jene Erbschaften, die politische Macht bedeuten und nicht um das Häuschen, das die Kinder erben. Als die Bundeskanzlerin 2012 das deutsche Volk um Vorschläge bat, habe ich mich mit einigen Ideen im Rahmen dieses sog. Deutschlanddialogs beteiligt – leider ohne Resonanz. Mein Vorschlag Nr. 1 war dabei überschrieben „Generationengerechtigkeit durch praktikable, liquiditätsschonende Erbschaftssteuer“ und wie folgt begründet: Deutlich höhere Erbschaftssteuern sind ein zentrales Element, die Vermögens-

divergenz zwischen Arm und Reich zu korrigieren. Da die Gesellschaft Anteil am Entstehen von Vermögen hat, muss sie auch stärker erbberechtigt werden. Die Erbschaftssteuer ist dabei der Vermögenssteuer überlegen, da sie weit weniger Verwaltungsaufwand erfordert, etwa eine jährliche Vermögensbewertung.

Erbschaftssteuern sind ein Element der Generationengerechtigkeit, weil sie Ausgleich schafft zwischen denen, die immer größere leistungslos erworbene Vermögen anhäufen und denen, die ausschließlich die Schuldenberge anteilig zu bewältigen haben; geringe Erbschaftssteuern widersprechen demgegenüber dem Leistungsprinzip, nach dem Wohlstand durch Leistung und nicht durch Todesfälle von Verwandten zu erwerben ist.

Ein Hemmnis der Erbschaftssteuern ist das mögliche Liquiditätsproblem von Vermögen, das in Unternehmen gebunden ist. Mein Vorschlag: eine zu schaffende Treuhandeinrichtung übernimmt als stiller Teilhaber jene gewinnbeteiligten Anteile, die im Erbfall nicht unmittelbar entrichtet werden können. Die Erben haben ein Vorkaufsrecht auf Wiedererwerb der Treuhand-Anteile. Die Treuhand hat die Anteile nach zehn Jahren am Markt zu veräußern.

Dieser Vorschlag macht das moralisch gebotene Miterben der Gesellschaft praktikabel, ohne eine übermächtige Staatsholding zu schaffen.

Heute im Jahr 2024 ist höchste Zeit, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu bringen – nicht, weil von der auf liberales Gelb geschalteten „Ampel“ gesetzgeberische Initiativen zu erwarten wären, sondern weil dies für die Kräfte der demokratischen linken Mitte ein Flaggschiffprojekt werden könnte von hohem reformerischen Wert, ja es gehört in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Identität und ökologischen Verantwortungsbewusstseins! Und Liberale und Konservative, die das Leistungsprinzip als zentralen Wert hoch halten, geraten zumindest in Widersprüche, wenn sie das bisherige Erbrecht verteidigen.

Wichtig ist eine solche Erbschaftsteuerreform auch im Hinblick auf den Investitionsbedarf zur Sanierung und ökologischen Transformation der öffentlichen Infrastruktur – das bedeutet, dass es nicht um die Finanzierungsmöglichkeiten von Sozialleistungen für Kinder, Alte und Arme geht! In grober Abschätzung der so mobilisierbaren Mittel komme ich auf die bescheidene Größenordnung von 60 Mrd. € pro Jahr, d.h. das 6-fache des derzeitigen Aufkommens der Erbschaftssteuer; gemessen am gesamten leistungslosen Einkommen von Erben und Beschenkten von über 300 Mrd. € pro Jahr blieben auch 60 Mrd. im Bereich von 2% statt bisher lächerlichen 0,3 %.

Es wäre also keine Enteignungsrevolution, sondern eine vernünftige Fortsetzung gesellschaftlicher Evolution.

## 9. Donald ante portas

Von Gerd Eisenbeiß, 17. Mai 2024

Nicht alles, was wie eine ATOMBOMBE wirkt, ist nuklear – Trumps Atombomben sind „nur“ ein Akronym: „a treacherous onslaught on morality by open and mischievous broadcasting of endless lies“, aber nicht ungefährlicher als Putins Bombe. Und nun rüttelt dieser Prahlschamane wieder am Zaun der Macht wie einst Gerhard Schröder vor dem Kanzleramt in Bonn.

Kein amerikanischer Präsident nach 1945 hat eine gefährlichere Bombe gezündet als Trump mit der Wahlfälschungslüge – HE REALLY TRUMPED IT UP. Sicher hat auch sein

republikanischer Vorgänger Bush Verheerungen verursacht, als er die Welt über Funde von Massenvernichtungswaffen im Irak täuschte; aber immerhin scheint er diese Lüge für gerechtfertigt gehalten zu haben, um einen blutrünstigen Diktator zu beseitigen.

Warum ist die Wirkung von Trumps Wahllüge als so zerstörerisch einzuschätzen? Weil sie die USA zu einer Bananenrepublik gemacht hat, in der wie in zahllosen Entwicklungsländern eine freie demokratische Wahl nicht mehr zu einem allgemein akzeptierten Machtwechsel führen wird – eine elementare Grundbedingung für eine funktionierende Demokratie.

Sicher sind Proteste gegen verkündete Wahlergebnisse gerechtfertigt, wenn von der Kandidatenzulassung über die Chancengleichheit im Wahlkampf bis zur Auszählung tatsächlich gemogelt wird – in der Regel vom Machthaber, der zur Wiederwahl steht oder seinem Wunschnachfolger zur Macht verhelfen will; oft sind sein Motiv für den Betrug all jene Verbrechen, derentwegen er selbst nicht vor Gericht oder im Gefängnis landen will.

Genau diese Motivation steht auch hinter Trumps Lügengebäude. Aber die Wirkung ist viel verheerender!

Denn was immer die USA außen- und innenpolitisch schon alles zu Lasten anderer falsch gemacht oder gar imperialistisch aus Eigennutz verbochen haben, sie waren mit ihrer anerkannt funktionierenden Demokratie mit klar geregelten Wahlen und friedlichen Machtwechseln ein Leuchtturm der Freiheit für die ganze Welt. Aus diesem Leuchtturm versucht Trump eine Ruine zu machen, die der in Weißrussland oder Simbabwe ähnelt.

Übertreibung? Nein! Es ist aus zahllosen Beispielen bekannt, dass es unendlich viel leichter ist, eine Lüge in die Welt zu setzen, als dieselbe durch Argumentation und Beweisführung wieder aus den Hirnen zu entfernen. Was es dazu braucht, ist „nur“ einen charismatischen Führer oder eine moralisch scheinbar hochstehende Gruppe wie die russisch orthodoxe Kirche, die die Lüge mit ihrem Ansehen glaubwürdig macht. Entscheidend ist, die Lügen unerschütterlich beständig zu wiederholen.

Trump hat diese seine größte Lüge strategisch vorbereitet; er hat schon früh im Wahlkampf Fälschung prophezeit und die insbesondere angezweifelte Briefwahl zu behindern versucht. Noch nie in der Geschichte hat ein Regierungschef die Möglichkeit gehabt und so konsequent genutzt wie Trump, seine zig Millionen Follower auf Twitter täglich mehrfach direkt zu kontaktieren; da er der Präsident war, haben ihm selbst Trump-kritische Medien geholfen, seine Behauptungen überall bekannt zu machen. Es wird noch viele sozialwissenschaftliche Untersuchungen geben, die diese ein- und erstmalige Twitterpolitik analysieren werden. Trump hat damit den Wahlkampf über fast ein Jahrzehnt verstetigt. Das wird nunmehr viele Nachahmer finden!

Und er hat erreicht, was zu befürchten war: große Teile seiner Anhängerschaft, insbesondere bildungsferne weiße Amerikaner, haben nun die Überzeugung verinnerlicht, dass sie dem Wahlprozess nicht trauen können, also betrogen werden. Dies ist nicht nur für Trump trotz verlorener Präsidentschaft erfreulich, sondern auch für die Republikaner insgesamt, denen es dämmert, dass die soziologischen Veränderungen der US-Bevölkerung zunehmend konservative, republikanische Mehrheiten verhindern. Schon fordern Trumpisten wie Senator Lindsey Graham Änderungen des Wahlrechts mit der ausgesprochenen Zielsetzung, damit republikanische Siege möglich bleiben. Man mag rätseln, was er meint, aber es scheint klar, dass die Hebel solcher Veränderungen in Wahlkreismanipulationen bestehen könnten oder in Zugangshürden für farbigen Mitbürger im Wahlprozess.

Zwischenzeitlich ist die Trump'sche Wahllüge in der republikanischen Fundamentalopposition verhärtet. Sie wird den begonnenen Wahlkampf zusammen mit der 2. Fundamentallüge

beherrschen: die Lüge nämlich, dass auch das Gerichtswesen der USA korrupt ist wie Präsident Biden selbst, den Trump grundlos den korruptesten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten nennt. Wo auch immer und warum auch immer Trump vor Gericht steht, beschimpft und beleidigt er seine Richter wie auch Zeugen und Schöffen, d.h. er versucht das demokratische Gerichtswesen zu zerstören. Und hat bei gefährlich vielen Amerikanern Erfolg! Wenn Trump irgendjemandes Opfer ist, dann das seines Elternhauses und all der Speichellecker um ihn herum.

Man sieht: Trumps ATOMBOMBE wirkt analog einer Neutronenbombe; die Hirne werden zerstört, die Körper bleiben unbeschädigt.

Die USA waren auch vor Trump auf Unionsebene keine gute Demokratie, sondern eine oligarchische Plutokratie mit einem ungerecht chaotischen Wahlsystem (anders auf kommunaler und Staatsebene!). Aber ab jetzt sind die USA eine Bananenrepublik mit zwei feindlichen Ethnien mit den Kernen:

- bildungsferne weiße Verlierer des Strukturwandels, eher männlich und älter
- Bildungseliten aller Hautfarben sowie unterprivilegierte Nicht-Weiße, eher weiblich und jünger.

Die „Eliten“ sind gespalten: kulturell und wissenschaftlich Tätige einerseits und wirtschaftlich Interessierte andererseits. Erstere dürften oft „linkere“ Wünsche haben, als sie Biden erfüllen könnte, und letztere dürften den Proleten Trump als Person verachten, aber als „Dealer“ schätzen, der Reiche Reicher macht und Armen glaubwürdig Hoffnung gibt, die er zynischer Weise gar nicht erfüllen will.

Trump ist empfindlich und rachsüchtig. Die davon ausgehenden Gefahren sind noch wenig kommentiert worden. Er wird nicht vergessen wollen, wer sich in den 4 Oppositionsjahren von ihm distanziert oder gar über ihn lustig gemacht hat. Diese Demütigungen durch Journalisten, Richter, Politiker (auch seiner Partei) wird er rächen – nicht nur in den ersten 24 Stunden, in denen er ein Diktator sein zu wollen erklärt hat. Das wird Demokratie und Rechtsstaat weiter schädigen – noch schlimmer könnten die Folgen in der Außenpolitik werden; denn Trump ist nicht entgangen, wie die demokratischen Staaten des Westens über ihn gespottet haben und wer weiterhin zu ihm gepilgert ist wie etwa Viktor Orban. Da wird es ihn erfreuen, wenn der von ihm bewunderte Diktator in Moskau Verständnis signalisiert, wenn er die Europäer in den Senkel stellt, NATO-Verpflichtungen kündigt und internationale Organisationen zerstört.

Am gefährlichsten für das Schicksal der Welt ist eine neue Präsidentschaft Trumps eben vor dem Hintergrund von Putins Strategie der Spaltung sowie Netanjahus Taktik, keine faire Nahostlösung zuzulassen und auch damit die Wiederwahl Bidens zu verhindern. Sicher sind diese beiden würdige Mitglieder eines Monstercabinetts zusammen mit Xi, Chamenei, Kim Jong-un etc, aber sie sind strategisch begabt und sortiert – Trump war noch nicht einmal dem Nordkorea-Kim gewachsen – er wird mit der amerikanischen Demokratie auch den Westen zerstören.

Seit Trump seine Lügenmaschine, die „ATOMBOMBE“, in Washington D.C. gezündet hat, hat der Niedergang der USA begonnen. Er hat begonnen, weil Demokraten und Republikaner sich nicht mehr als faire Wettbewerber dem Volk stellen, sondern als teilweise hasserfüllte Feinde. Wenn die Amerikaner nicht aufwachen und den hohen Wert von VERNUNFT UND

ANSTAND wie-der entdecken, wird Putins Wunsch nach einer neuen chaotischen Staatenordnung erfüllt, in der brutale Gewalt neue Imperien ermöglicht.

## **8. Technologieoffenheit**

### **Es könnte ein positiver Begriff sein**

Von Gerd Eisenbeiß, 4. Mai 2024

Im Leben des Autors hat Technologie-Politik eine dominante Rolle gespielt, insbesondere die Energietechnologien mit all ihren Wurzeln in der Materialforschung, der Informationstechnik und natürlich der Physik. Insofern trifft ein Plädoyer für Technologie-Offenheit auf ein offenes Ohr und ein aufmerksames Hirn.

Absolut positiv wird dabei die Offenheit gegenüber Forschungsfragen gesehen. Aber auch da gibt es Grenzen, die bei zu hohen Kosten liegen – „zu hoch“ ist dabei im Vergleich zu alternativen Verwendungen der finanziellen Ressourcen zu beurteilen.

Eher unseriös erscheint ein Plädoyer für Offenheit bei erkennbar dauerhaft subventionsbedürftigen Technologien, doppelt unseriös, wenn das Plädoyer von Personen und Gruppen kommt, die an anderer Stelle Hüter des Subventionsabbaus sein wollen. Reden sie von Technologieoffenheit, weil sie die Fakten nicht kennen oder wollen sie diese Fakten nicht kennen, weil sie sich in der Nähe der 5%-Hürde Stimmen von ähnlich uninformierten Bürgern erhoffen?

Das Syndrom ist umso merkwürdiger, als nicht nur die kompetenten Wissenschaftler, sondern auch die im Markt tätigen Unternehmer abraten, Technologien wie Kernenergie oder e-fuels für PKWs als Problemlöser anzuerkennen.

Als der Autor vor Jahrzehnten Physik studierte, war er natürlich fasziniert von der Welt der Atome, wie man sie zu nützlicher Chemie zusammenführen und sogar zur Energieerzeugung spalten kann. Als er später im Bundeskanzleramt und im Forschungsministerium die Kernenergiepolitik der SPD richtig fand und sogar mit dem Bürgerdialog Kernenergie einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung dieser Technologie und der Politik von Helmut Schmidt leisten durfte, waren die ersten kommerziellen Kernkraftwerke (KKW) in Deutschland rentabel und sicher – „sicher“ in dem Sinne, dass nicht nur nichts Furchtbares passiert ist, sondern die technische Zuverlässigkeit dieser Reaktoren regelmäßig an der Spitze aller weltweit betriebenen KKWs lagen.

Gleichwohl zeigte gerade die „Bürgerdialog“ genannte Kampagne mit ihren zahllosen Dialogveranstaltungen, dass die Bevölkerung eher denen glaubte, die große Gefahren befürchteten, als denen, die von ausreichender Sicherheit sprachen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Frage, wo und wie der sehr langlebige radioaktive Müll gelagert werden sollte. Es zeigte sich, dass das demokratische Deutschland keine Bereitschaft zeigte, diesen Sorgen eine klare technisch-praktische Lösung entgegenzusetzen. Der Autor ist seitdem und für die nächsten Jahrzehnte überzeugt, dass es in Deutschland trotz gut gemeinter Kommissionen und ernstem Bemühen keinen Endlagerungs-Standort mit ausreichender öffentlicher und politischer Akzeptanz geben wird.

Der nukleare Müll ist in Deutschland eine Ewigkeitssorge, die nicht einmal eine bei 5% zitternde Partei ignorieren darf.

Es kommt hinzu, dass die hohen Investitionen jenseits der ebenfalls großen Forschungskosten in keinem demokratischen Staat sinnvoll sind, in dem jede Wahl mit Oppositionssieg ihre sofortige Abschreibung bedeuten könnte; das ist ja auch der Grund, warum die deutsche Energiewirtschaft stabile Klarheit beim Kernenergie-Aus fordert.

Apropos Kosten: Wer immer noch davon träumt, Kernkraftwerke seien billig und wirtschaftlich, der sollte sich Neubau-Projekte wie Flamanville in Frankreich (seit 17 Jahren im Bau!) und Hinkley Point C in England (2017 begonnen) anschauen, dem die britische Regierung höhere Stromkosten garantieren musste als Windparkbetreibern; Wikipedia ist eine einfache Wissensquelle! Im Moment sieht es so aus, als seien neue KKW's in Europa wirtschaftlich unvernünftig; die meisten Neubauten oder Planungen werden von russischen und chinesischen Firmen in ihren eigenen und technologisch weniger entwickelten Ländern betrieben. Das beunruhigt!

Zu der Vorstellung, die Kernfusion werde eine Lösung sein, kann man nur sagen: Das steht noch in den Sternen! – sowohl als kommerziell reife Technik wie auch als wirtschaftliche Stromquelle, ist also kein Vektor praktischer Energiepolitik. Dass sich Deutschland kräftig an der internationalen Forschungsstrategie beteiligt, ist vernünftig; vielleicht gibt es gegen Ende dieses Jahrhunderts tatsächlich Fusionskraftwerke in energiewirtschaftlich relevanter Zahl.

Das 2. Lieblingsthema der Klagen über ideologisch blockierte Technologieoffenheit ist der Verbrenner-PKW. Dabei scheint es nicht der Weisheit letzter Schluss zu sein, den Verbrenner-PKW zu einem bestimmten Datum zu verbieten; es müsste reichen, den elektrischen Strom bei der Produktion klimaneutraler Flüssig-Kraftstoffe („e-fuels“) keinesfalls stärker zu subventionieren als den Ladestrom für Batteriefahrzeuge. Dann würden in klimaneutralen Märkten ganz von selbst keine Verbrenner-PKW mehr gekauft werden und die existierenden Fahrzeuge würden nach und nach ausgemustert oder in ausländische Märkte ohne vergleichbaren Klimaehrgeiz verkauft. Da andererseits solare Flüssig-Kraftstoffe sicher für Flugzeuge, Schiffe und sehr schwere Fahrzeuge für klimaneutralen Betrieb erforderlich sein werden, wird man ja lernen, zu welchen Kosten und Preisen dies möglich wird – Hauptsache, die Nutzer dieser Transportmittel müssen den echten Preis ihres Kraftstoffs bezahlen. Eine insofern offenere Haltung gegenüber E-Fuels wäre also angebracht, zumal niemand davon ausgehen sollte, dass die Welt mehrheitlich so ehrgeizig ist oder sein wird, wie es sich die Vereinten Nationen, das IPCC, die Grünen der Welt und auch der Autor wünschen.

Der verbale Ehrgeiz Deutschlands und der EU wird der Bevölkerung ohnehin noch schwer auf die Füße fallen – nicht weil es falsch wäre, möglichst rasch globale Klimaneutralität zu erreichen, sondern weil es mit realen Menschen nicht realistisch ist, dies Ziel in den nächsten 4 Jahrzehnten zu erreichen. Deutschland und die EU sollten ihren Ehrgeiz in Anpassung an die erkennbaren Akzeptanzprobleme bei der eigenen Bevölkerung soweit reduzieren, dass sie die relevanten Emissionswerte schneller als andere senken, aber eben nicht so schnell, dass sie sich selbst aus den Märkten nehmen und populistische bis faschistische parlamentarische Mehrheiten riskieren, die dann gar nichts tun, was irgendwie nach ökologischer Zumutung riecht.

Spätestens Gelbwesten- und Bauerndemonstrationen haben stellvertretend für den Großteil der europäischen Bevölkerung klar gemacht, wie wenige Menschen für Klimaschutz und

Nachhaltigkeit spürbare Einkommens-, bzw Kaufkraftverluste hinnehmen möchten – jedenfalls, wenn diese auf transparente Weise von der Politik gewollt und durchgesetzt werden. Dabei scheint das Wörtchen „transparent“ von besonderer Bedeutung, denn das erfolgreiche europäische Emissionshandelssystem ETS ist relativ protestarm über die Bühne gegangen – wahrscheinlich weil es langsam wirkte und es die Bürger beruhigte, dass es ja „nur“ die Kraftwerke und Großanlagen der Industrie betraf, wenn es überhaupt in der Breite verstanden worden ist.

Da es allerdings eine wichtige Tugend freiheitlicher Gesellschaften ist, alles sehr transparent zu machen und friedlichem Widerstand große Verzögerungs- und Verhinderungsrechte einzuräumen, tun sich solche Gesellschaften sehr schwer, Opfer für eine wichtige, im Falle Nachhaltigkeit sogar notwendige Sache zu bringen. Es ist dabei kein Trost, dass autoritäre Systeme so etwas erst gar nicht versuchen. Man frage sich, ob man ein einziges undemokratisches System kennt, dass in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit mehr geleistet hat als die EU.

Das aber gefällt jener technologieoffenen 5%-Partei auch nicht; warum plakatiert sie wohl im beginnenden Europawahlkampf „Freiheit statt Richtlinien“, wo doch „Richtlinien“ aus Brüssel bisher die erfolgreichsten Instrumente globaler Klimapolitik waren und bleiben müssen, z.B. das oben gerühmte ETS.

Aber auch deutlich über 5% liegende Parteien sollten über die Bedeutung von Technologieoffenheit nachdenken. Es ist in der ökologischen Stress-Situation unserer Pflanzenwelt sicher falsch, die Beschleunigung von Züchtungsverfahren durch Gentechnik verbieten zu wollen. Und es ist auch nicht Teufelswerk, CO<sub>2</sub> in tiefe Aquifere zu pressen, wenn die geologische Stabilität dieser Lager genügend gesichert ist. Man muss doch herausfinden, ob das zuverlässig genug geht und ob das eine wirtschaftlich vernünftige Ergänzung der Hauptstrategien mit erneuerbaren Energiequellen und sparsamem Energieeinsatz sein könnte.

Zusammenfassend ist festzustellen, Technologieoffenheit ist ein positiver Begriff, der zurzeit politisch missbraucht wird, um den Rufern Aufmerksamkeit und Unterscheidbarkeit zu sichern.

## **7. Abendland – Morgenland**

### **Christentum – Islam**

Von Gerd Eisenbeiß, 20. April 2024

Christliche und islamische Religion haben vieles gemeinsam, aber unterschiedliche Entwicklungen genommen, ebenso Abendland und Morgenland. Darüber nachzudenken ist wichtig, auch weil insbesondere die Konflikte rund um Israel immer wieder zu gefährlicher Konfrontation führen dürften.

Beide Religionen wurden von starken Propheten-Persönlichkeiten auf die Erfolgsschiene gesetzt, vor 2000 Jahren von Paulus und von Mohamed fast 600 Jahre später; dieser Zeitversatz ist heute noch spürbar. Beide Religionen fassten ihre zentrale Lehre in einem Buch zusammen, der Bibel und dem Koran, die einige Geschichten des Alten Testaments und damit auch jüdische Mythologie gemeinsam haben, insbesondere die Berufung auf den Urvater Abraham.

Während sich die christliche Religion lange im Widerstand gegen die römische Staatsgewalt entwickelte, bevor sie zur Staatsreligion wurde, begann der Islam vor gut 1400 Jahren in Medina und dann in Mekka sofort als ein alle Lebensbereiche beanspruchendes, also auch politisches System.

Mögen die Urgemeinden jeweils hierarchiearme Gemeinschaften gewesen sein, die Paulus und Mohamed unmittelbar mit Briefen und Predigten führten, so entstanden in der christlichen Welt bald kirchliche Strukturen (zunächst unter Kontrolle des Kaisers), während im Islam die Nachfolger Mohameds die religiösen und staatlichen Strukturen als Kalifen in einer Person führten.

Während die Christen einen existierenden Staat vorfanden und unterwanderten, schufen Mohamed und die Kalifen überhaupt erst einen Staat, der den Namen verdiente. Christen waren daher von Anfang an gewöhnt, dass ihr Gott sie unter staatlicher Gewalt leiden ließ; dagegen konnten die Anhänger des Islam sofort von Sieg zu Sieg eilen. So dehnte sich das islamische Herrschaftsgebiet innerhalb von 50 Jahren über ganz Arabien, Persien, Syrien und Ägypten aus.

Für die Gläubigen war das der Beweis für die Richtigkeit der Botschaft des Propheten. Als später auch Niederlagen häufiger wurden, war eine häufige Begründung bis heute, man habe Gottes Gesetze nicht rein genug erfüllt.

Es war und ist geradezu kennzeichnend für den Islam, dass er davon ausgeht, dass Gott alles minutiös geregelt habe; die Menschen müssten nur herausfinden, was diese Regeln seien. Da hatte Mohamed viel bei den jüdischen Gemeinden aufgenommen, die ja mit ihren hunderten von Vorschriften in den arabischen Städten wie Medina und Mekka existierten. Am Anfang galt nur Mohameds Wort und dann der Koran als Gottes unmittelbare Anweisung. Später versuchten tausende von Theologen herauszufinden, wie Mohamed als Gottes Prophet entschieden hätte, wenn er noch lebte: es entstanden die Hadithen – auch mit frei erfundenen Regeln, wenn Herrscher ihren Willen religiös verankern wollten. Aber das reichte dem islamischen Perfektionismus nicht, vielmehr wurden auch Interpretationen und Regeln als Gottes Gebot verstanden, die sich in der Gemeinschaft der Experten, der Ulama, ergeben hatten. In diesem System ist bei strenger Befolgung bis heute kaum Raum für unabhängiges Denken, denn alle Aussagen und Entscheidungen müssen sich aus diesen Quellen belegen lassen.

Und nach wie vor wird jede Niederlage oder Demütigung der islamischen Welt, wie die heutige Unterlegenheit gegenüber anderen Weltregionen, von wesentlichen Gruppen dahingehend gedeutet, man müsse wieder zum ursprünglichen Islam des Propheten zurückkehren (Salafismus, Taliban).

Nun ist die christlich-abendländische Entwicklung in vielem ähnlich. Auch die Kirche versuchte als Organisation, sich das staatliche System unterzuordnen; auch gab es immer wieder Strömungen und Sekten, die zur Lebensweise der Urgemeinde zurückkehren wollten, die biblische Gebote und Weltdeutungen wörtlich nahmen und modernisierende Änderungen ablehnten – auch das unabhängige Denken und die wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse. Die Unterdrückung freien Denkens entspricht einer kirchlichen Forderung auf Vernunftverzicht im Glauben (*sacrificium intellectus*), der göttlichen Offenbarung durch die Ulama entspricht die Rolle der Tradition in der katholischen Lehre.

Der Unterschied wäre vielleicht nicht so groß, wenn es nicht den Reformationsprozess im 15./16. Jahrhundert gegeben hätte. Da es natürlich auch immer wieder unabhängige Denker im Islam gab, ist zu fragen, warum diese letztlich scheiterten, während Reformatoren in Europa so erfolgreich waren, dass sie sogar die katholische Kirche selbst verändert haben. Mögliche Antworten sind:

- zentrale Gebiete des europäischen Raums waren machtpolitisch zersplittert, der Kaiser hatte längst keine zentrale Macht mehr, die offizielle Position der Kirche (des Papstes) durchzusetzen.
- der reformatorische Gedanke, dass der Gläubige ein unmittelbares Verhältnis zu Gott habe ohne vermittelnde Priester und Heilige, war im Islam von Anfang an selbstverständlich.
- Die Unzufriedenheit der Reformatoren und ihrer Anhänger hatte im Papst und der korrupten Kirchenorganisation (Ablasshandel!) ein Feindbild, das es im Islam mangels einer solchen Organisation nicht gab.
- nicht unterdrücktes, freies Denken entwickelt sich selbstverstärkend.

Das Resultat dieser Unterschiede ist, dass das große „Haus des Islam“, die Reiche der Araber, Perser und Türken von Mindanao im Osten bis Marokko im Westen, trotz Hochkultur aus Handwerk, Baukunst, Literatur und Kunst sowie komplexer, funktionierender Staatsorganisation seine Denker und Wissenschaftler zu eng an die Religion gebunden hat; so konnten insbesondere keine Technologien und keine Industrien entstehen, wobei wahrscheinlich auch das islamische Zinsverbot eine hemmende Rolle spielte.

Demgegenüber entstanden in Westeuropa aus Wissenschaft Technologien und Industrien, insbesondere auch bessere Waffen und Schiffe, die Grundlage für die spätere Weltherrschaft, die unlängst zu Ende gegangen ist. Zuvor hatten Europäer immer wieder erfolglos versucht, ihre Macht nach Osten auszudehnen, z.B. unter Konstantin gegen die persischen Sassaniden, und in den Kreuzzügen, bis schließlich die türkischen Osmanen vor fast 600 Jahren Konstantinopel eroberten und das römische Reich beendeten. Erfolgreich waren die Europäer nur, wenn sie als Händler nach Osten gingen wie z.B. die Venezianer und Genuesen.

Westeuropa schaute zwar nach Indien, dessen Gewürze und Schätze lockten, musste aber die islamische Welt umschiffen – nach Westen um Kap Hoorn oder um Afrika herum. Ihre soliden Schiffe entdeckten dabei den amerikanischen Kontinent und erlaubten ihnen, Handelsniederlassungen in Indien zu eröffnen; erst waren es Portugiesen, dann Niederländer, Engländer und Franzosen, nicht zufällig die Küstenstaaten am offenen Meer. Eine Parallele ist das arabisch-muslimische Handelssystem, das sehr früh den ostafrikanischen Raum erfasste und kulturell beeinflusste.

Eine Sonderentwicklung fand im christlich-orthodoxen, russischen Osten Europas statt; dort hatte man sich erfolgreich gegen asiatische Reitervölker behauptet und im militärischen Gegenzug das gesamte Nord-Asien kolonisiert und die überwiegend nicht-islamischen Regionen bis heute behalten. Während die russischen Regime der letzten 100 Jahre christlich-islamische Konflikte weitgehend vermeiden konnten, haben sich die autokephalen orthodoxen Kirchen im Osten Europas zu ethno-nationalistischen Organisationen entwickelt, in Russland in extremer Form zu einer Hilfstruppe des aggressiven Herrschers.

Für Europa war die islamische Welt selbst für lange Zeit machtpolitisch ebenso uninteressant, wie die europäische für die islamische Welt, wenn man vom Kampf um Südspanien und von

den letztlich gestoppten türkischen Vorstößen über den Balkan absieht. Für die hochentwickelten islamischen Völker war insbesondere das unzivilisierte Zentral- und Nordeuropa ohne Bedeutung.

Dagegen bauten die europäischen Händler ihre Geschäfte in der islamischen Welt immer erfolgreicher aus; sie konnten Gewürze und für die heimischen Industrien billige Rohstoffe kaufen – billig, weil sie mit Waffen und Fertigprodukten wenn nicht gar Glasperlen bezahlten, die industriell zu niedrigeren Kosten hergestellt werden konnten als in traditionell handwerklicher Art. Hinzu kam, dass es ein Leichtes war, die korrupten Fürsten und Beamten jener Staaten zu bestechen; so hat der persische Schah mehrfach Monopollicenzen an Europäer gegeben, die dafür lediglich seine persönlich Schatztruhe füllen mussten.

So gerieten die islamisch beherrschten Länder immer tiefer in europäische Abhängigkeit; europäische „Berater“ saßen in den Regierungsämtern und optimierten ihren Rat nach ihrem Nutzen. Keines dieser Länder musste militärisch in Schlachten und Kriegen erobert werden. England übernahm nach dem Ende des muslimisch beherrschten, indischen Mogul-Reiches und nach 1920 auch des osmanischen Reichs schleichend die Macht über Ägypten/Sudan im Westen bis Burma im Osten. Nur Persien/Iran, Afghanistan und das Zentrum der arabischen Halbinsel blieben formal außerhalb des britischen Herrschaftsgebietes. Frankreich eroberte im 19. Jahrhundert weite islamische Gebiete in Nord-, West- und Zentralafrika und erwarb nach 1918 Syrien/Libanon als Mandat des Völkerbunds.

Auch wenn die Staaten dieser Regionen nun wieder unabhängig sind, zehrt die demütigende „Schmach“ am islamischen Selbstverständnis: einerseits einzig im Besitz von Gottes Wahrheit zu sein, moralisch allen anderen weit überlegen, aber geopolitisch machtlos und im täglichen Leben auf lauter Dinge angewiesen zu sein, zu deren Entstehen man nichts beigetragen hat wie Autos, Handys, Maschinen und Waffen aus der Welt der verachteten „Ungläubigen“. Und Allahs große Gabe, Öl und Erdgas unter islamischem Boden, hat sich nicht als Quelle von nachhaltiger Stärke erwiesen; nun soll ihm wegen der Gefahren für das Weltklima sogar sein Nutzwert entzogen werden.

Heute könnten einige Staaten der Region, insbesondere Iran, Syrien und Türkei, aus dieser Situation ausbrechen, die Bevölkerung wäre willens und fähig, demokratischer und laizistischer zu leben. Aber ihre Herrscher blockieren den Aufbruch und ruinieren die gesellschaftliche Kreativität. Dabei ist sicher kein Vorteil, dass die islamischen Staaten nach einer Phase schleichender religiöser Säuberung kaum noch christliche Minderheiten oder gar bekennende Atheisten dulden, während der Anteil der Muslime und Atheisten im offenen Westen beständig zunimmt.

Also werden wir noch lange mit den tief liegenden Spannungen zwischen der europäischen und der islamischen Welt zu tun haben. Klug zurückhaltende Politik und tolerantes interreligiöses Zusammenleben im Westen sowie gesellschaftliche Revolutionen im Osten könnte an der spannungsreichen, gefährlichen Situation etwas ändern – langsam aber langfristig vorteilhaft für alle; dass auch muslimische Gesellschaften Demokratie können, beweist das nicht-arabische Indonesien als größter muslimischer Staat der Erde.

Wenn das nicht gelingt, bleibt die islamische Welt eine Region voller Pulverfässer und Brandstifter.

# 6. Israel – von der Gründung in eine gefährdete Zukunft

Unwillkommene Gedanken

Von Gerd Eisenbeiß, 11. April 2024

Denk ich an Israel in der Nacht, ...

Denn die Existenz dieses Staates ist mir auch ganz persönlich ein wichtiges Anliegen. Aber es wird mir immer schwerer, dies Maß an Sympathie und Solidarität aufzubringen, weil das Land zunehmend seine eigene Zukunft ruiniert.

Die folgenden Betrachtungen schauen über den Gaza-Krieg hinaus und nehmen in der Faktenschilderung keine Rücksicht auf die übliche deutsche Zurückhaltung bei Kritik aus Angst, als Antisemit zu gelten.

Völkerrechtlich beruht die Gründung des Staates Israel auf palästinensischem Mandatsgebiet Großbritanniens auf der UNO-Resolution 181, die am 29.11.1947 wie folgt beschlossen wurde:

Für den Teilungsplan stimmten 33 Mitglieder der Vollversammlung (alle nicht muslimisch): Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Guatemala, Haiti, Island, Kanada, Liberia, Luxemburg, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Schweden, Sowjetunion, Südafrika, Tschechoslowakei, Ukraine, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Staaten und Weißrussland.

Gegen den Plan stimmten 10 muslimische Entwicklungsländer: Afghanistan, Ägypten, Iran, Irak, Jemen, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien und die Türkei sowie Griechenland, Indien und Kuba.

Dazu 10 Enthaltungen von Argentinien, Äthiopien, Chile, El Salvador, Honduras, Jugoslawien, Kolumbien, Mexiko, der Republik China und dem Vereinigten Königreich. Thailand (Siam) blieb der Abstimmung fern.

Es muss daran erinnert werden, dass die Völker afrikanischer und ozeanischer Territorien damals fast vollständig unter europäischer Kolonialherrschaft lebten und daher am Beschluss nicht mitwirken konnten. **Der Gründungsbeschluss beruht also auf einer 70% Mehrheit in den von europäischen Völkern dominierten Vereinten Nationen**, die auch damals schon nur eine Minderheit der Weltbevölkerung repräsentierte. Bemerkenswert ist die Enthaltung Großbritanniens, das als Mandatsmacht seit dem 1. Weltkrieg die vorausgehende Geschichte dieses Gebietes aus Palästina und Transjordanien zu verantworten hatte, insbesondere die intensive Einwanderung europäischer Juden, die in ganz Europa seit fast 2 Jahrtausenden drangsaliert, vertrieben und deren Angehörige ermordet worden waren, insbesondere von Nazi-Deutschland vor 1945.

Da dem Teilungsbeschluss der UNO und der Staatsgründung Israels ein Angriff arabischer Staaten folgte, konnte das siegreiche Israel ein größeres zusammenhängendes Territorium erobern, als die UNO-Resolution 181 vorsah. Dies Israel umfasste die Grenzen von 1967, also ohne die Golanhöhen und Ost-Jerusalem, und ließ den arabischen Palästinensern das Westjordanland und den Gaza-Streifen am Mittelmeer mit einer Grenze zu Ägypten.

**Die vor allem für Palästinenser tragischen Ereignisse von Niederlage und Vertreibung sind von den Konfliktparteien bewusst oder aggressiv aktuell gehalten worden:**

- Auf arabischer Seite hat man die aus Israel vertriebenen oder geflohenen Palästinenser nicht in die arabischen Nachbarvölker integriert, sondern mit Hilfe der UNO in Lagern untergebracht, ja sogar den Kindern und Enkeln den Flüchtlingsstatus vererbt; **die Wunde sollte offen bleiben!**
- Auf israelischer Seite hat man ganz Jerusalem und die Golanhöhen annektiert sowie mittlerweile mehr als 600.000 Juden im West-Jordanland siedeln lassen, die sich dort als Herren verhalten und mehr oder gar alles Territorium beanspruchen – unterstützt von einer parlamentarischen Mehrheit und Netanjahus Regierung. **Diese Siedlungen sind in jener Wunde wie Messer, die weiter stochern und schneiden.**

Dass diese Situation der arabischen Palästinenser von Anfang an tragisch und dramatisch war und ist, wird leider zu wenig beachtet. Gerade die Europäer wären es nicht nur Israel schuldig gewesen, seine Existenz zu sichern, sondern auch den arabischen Menschen eine friedliche und entwicklungsfähige staatliche Existenz zu schaffen. Die zunächst demokratische Entwicklung Syriens sowie die stabile Situation Jordaniens beweisen, was arabische Menschen in diesem Raum zu leisten im Stande waren und sind, wenn sie nationale Identität in Freiheit genießen dürfen. Was emigrierte Palästinenser in aller Welt leisten, muss sich vor israelischer Überheblichkeit nicht verstecken. Leider wird diese kulturelle und zivilisatorische Leistungsfähigkeit arabischer Völker fast durchweg von korrupten und autoritären Herrschern unterdrückt.

So aber, wie die Geschichte gelaufen ist, ist nun auch die **Situation Israels stabilitätsgefährdet** – auch ohne Berücksichtigung von aktuellem Hamas-Terror und Gaza-Krieg: Israels militärische Sicherheit ist ohne US-Unterstützung mit Waffen, Aufklärung, Geld und Diplomatie nicht zu gewährleisten. Die US-Demokraten werden sich ebenso wie die Europäer weigern, Israel weiterhin volle Deckung gegen sein feindliches Umfeld zu bieten, wenn Israel keine radikale Wende vollzieht. Das betrifft insbesondere die Siedlungspolitik im Westjordanland. **Und diese Siedlungstätigkeit ist aus israelischer Mehrheitssicht kein abgeschlossener Prozess sondern eine Eroberungsstrategie, die auf das ganze Land westlich des Jordan zielt.**

**Man muss es doch ungeschönt feststellen: Da Israel (und nicht nur Netanjahu!) keinerlei staatliche Lösung für die Palästinenser vorsieht, plant es offenbar eine dauerhaften Beherrschung.** Das ähnelt nicht nur einer Kolonialherrschaft, sondern das ist faktisch dauerhafte Kolonialherrschaft. Logisch müsste man dann eine Entwicklung hin zu einer Ein-Staatenlösung erwarten, die allen Bewohnern gleiche Bürgerrechte zugesteht wie Russland in seinem sibirischen Kolonialgebiet.

Ein solcher Staat erscheint aber auf Jahrzehnte völlig unrealistisch: Parlamentswahlen in einem solchen Gebilde würden fast trennscharf die jüdisch-arabischen Zahlenverhältnisse widerspiegeln; die Folge wäre eine jüdische Mehrheitsdiktatur bis diese in die Minderheit

geraten würde. Mir fehlt glücklicherweise die Phantasie, was bei einer muslimisch-arabischen Mehrheit passieren würde, zumal ein nicht geringer Teil der jüdischen Bevölkerung einem religiösen ethnonationalistischen Staatsideologie anhängt, ihr Stammesgott selbst habe nur ihnen das Territorium einst geschenkt und nicht die damals europäisch dominierte Weltgemeinschaft in Form einer UNO-Resolution.

Israels (und nicht nur Netanjahus) Politik scheint also zu sein, auf eine dauerhafte militärische Überlegenheit zu setzen, und auf US-Präsidenten zu hoffen, die alles unterstützen, was Israels Regierungen tun. Ob das erfolgreich ist? Jedenfalls wird sich die Weltgesellschaft mehr und mehr von Israel abwenden – vielleicht sogar noch radikaler, wenn der nächste Präsident Trump heißen sollte.

Man sollte dabei nicht verkennen, dass die arabischen Staaten und Iran keine Wüstenscheichtümer mehr sind, sondern teilweise steinreiche und hochgerüstete Global Player mit gut ausgebildetem Militär. Noch sehe ich dort eine überwiegende Tendenz, die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, die aber die Herrschaft der Emire und Clans nicht gefährden darf. Ob die Herrscher dabei die Anti-Israel-, ja judenfeindliche Stimmung weiter ignorieren können? Ob ihre Generäle und Obristen der 2. und 3. Reihe das trotz der Empörung der Massen aushalten, ist eine nicht abschätzbare Unsicherheit. Ein Sturz der Öl-Monarchien gilt wohl als unwahrscheinlich, bis er eines Morgens passiert ist.

Die Hamas und andere arabische und muslimische Organisationen werden nicht nur nicht aufhören, Israel mit Terror anzugreifen, sondern sie werden dies nach der Gaza-Katastrophe verstärkt tun – immer mit dem selben strategischen Ziel wie am 7. Oktober, Zündfunken in die arabischen Massen zu schleudern, um deren Regierungen in den Vernichtungskrieg gegen Israel zu treiben.

Dass insbesondere so brutale Verbrechen wie das Massaker vom 7. Oktober an israelischen Zivilisten wirkungsvolle Zündfunken sind, zeigt ihr Erfolg bei Europäern, Ländern des globalen Südens sowie insbesondere bei der Änderung der US-Politik unter Biden. Denn dieser hätte wohl keine Wahlchancen mehr, wenn die muslimischen und anderen Einwanderer aus Sympathie für die palästinensische Sache der Wahl auch nur fern blieben. Trump hat es da im Wahlkampf leichter, denn er kann ohne Nachteil pro Israel agitieren und dabei auch noch Hilfe aus der US-jüdischen Gemeinde erwarten, die bisher eher Demokraten unterstützt hat.

Aber selbst ein gewählter Präsident Trump wird bemerken (er soll ja jetzt bessere Berater haben, und Wahlkampfaussagen waren ihm schon immer egal), dass es die neue multipolare Weltordnung auch den USA nicht mehr erlaubt, 1, 5 Mrd. Muslime und die arabischen Ölstaaten in die Arme Russlands oder Chinas zu treiben.

So dürfte auf Israels Regierung und Bevölkerung eine bittere Alternative zukommen:

- entweder es droht eine Isolation auch gegenüber seinen bisherigen Freunden in Europa und Amerika, die seine Existenz gefährden kann, oder
- es muss die nächste Chance nutzen, zu einem **auch territorialen Ausgleich mit friedensbereiten Palästinensern zu** kommen mit einer internationalen Garantie der vereinbarten Grenzen zwischen beiden Staaten; jüdische Siedlungen werden danach keine israelischen Exklaven auf palästinensischem Staatsgebiet bleiben können.

Fasst man zusammen, dann treibt Israel langsam und stetig auf eine Katastrophe zu. Der tiefere Grund ist, dass sich dort so viele nicht auf die innere und äußere Konsolidierung des Staates in den Grenzen von 1967 konzentriert haben, sondern den Träumen von einem gottgeschenkten Groß-Israel nachhängen. Nur die Bescheidung auf ein international garantiertes Territorium könnte eventuell eine Katastrophe verhindern.

## 5. Terror – Nur ein Zwischenruf im Elend und Propagandagetöse um Krasnogorsk

Von Gerd Eisenbeiß, 26. März 2024

Es ist ein unerträglicher Gedanke, dass Gebäude, in denen Menschen leben, lieben und feiern, plötzlich angegriffen und zerstört werden. Den Tätern ist es dabei egal, ob Frauen, Männer und Kinder in den Räumen zerquetscht, verstümmelt oder auch verbrannt werden – Hauptsache, es sterben viele unter grausamen Bedingungen, damit nicht nur die unmittelbaren Opfer, sondern auch ihre Freunde und Landsleute leiden.

Putin nennt das in Krasnogorsk „Terror“ und in der Ukraine „Spezialoperation“.

Ich traure mit allen, die Opfer solchen Wahnsinns werden.

## 4. Russland. Ein paar Beobachtungen und Gedanken zum Verständnis mit einem unwahrscheinlichen Schluss – auch für Putin

Von Gerd Eisenbeiß, 25. März 2024

Eine Gesellschaft sollte stets vor dem Hintergrund ihres Weges aus der Vergangenheit beurteilt werden, denn sie ist das Ergebnis dieser Entwicklung. Man kann dabei sehr ungerecht werden, wenn man die Entwicklung der eigenen Gesellschaft vergisst. Je weiter wir in Westeuropa zurückschauen, desto ähnlicher ist die Gegenwart in Russland (aber auch in anderen Weltregionen) unserer eigenen Vergangenheit!

Alles, was hier über Russen gesagt wird, bedeutet nicht, dass es in Russland nicht viele Menschen gibt, die die Welt unvoreingenommen und oft weitgehend ähnlich sehen wie kluge Leute im Westen. Autoritäre Regime haben aber meist erfolgreich verhindert, dass diese Menschen Organisationen bilden, ihre Sicht verbreiten und Einfluss gewinnen können. Wesentliches Instrument sind **unscharfe Gesetze**, die jede kritische Äußerung strafbar machen können, z.B. das russische Gesetz über „Ausländische Agenten“; Patriotismus-Gebot und Vorwürfe von „Verrat“ tun ein Weiteres. Wer **Angst** hat, sein Gesprächspartner oder auch nur ein unbeteiligter Zuhörer könnte ihn anzeigen, wird sehr vorsichtig in seinen Äußerungen.

Aber Russen wissen seit Jahrhunderten, dass **die Macht lügt**, ja, dass es normal ist, dass die Macht lügt. Man nimmt es nicht besonders übel – so ist es halt und damit ist man gewohnt zu

leben. Um gut und einigermaßen sicher zu leben, macht man ohne schlechtes Gewissen mit: wo die Obrigkeit lügt und betrügt, muss man eben schauen, wo man bleibt. Dieses System der Lügen wird für so selbstverständlich gehalten, dass man überzeugt ist, dass es überall so ist – auch im „Westen“. Um dieses Bild zu stabilisieren, ist das Abschotten von unkontrollierten Informationen entscheidend wichtig, auch ggf. das Ächten und Kriminalisieren anderer Ansichten. Es ist interessant, dass **solche Strategien auch im „freien Westen“** funktionieren: Trump, Johnson, Berlusconi und insbesondere Orban und Kaczynski sind damit erstaunlich weit gekommen, auf deren Spuren jetzt auch z.B. Fico und Vucic in Slowakei und Serbien wandeln.

Deshalb fällt es keiner Macht in Russland schwer, frei erfundene Geschichten über den Westen, seine moralische Verkommenheit und seine bösen Absichten zu erzählen. Sie werden umso eher geglaubt, als die Russen seit Jahrhunderten **ein ungebrochenes, imperiales Verständnis** von ihrer besonderen Rolle in der Welt haben – auch ohne Putin, der diesen Anspruch nicht wecken, sondern nur bedienen muss. Einen mächtigen Mann an der Spitze zu haben, macht stolz. Russland kommt Herrschaft über andere zu, weil es mit 11% der globalen Landoberfläche riesig ist, und weil es **von der orthodoxen Kirche bestätigt „heilig“** ist. Nicht moralisch verkommen zu sein insbesondere in Bezug auf Sexualität wie der Westen, macht den einfachen Russen ähnlich stolz wie den einfachen Moslem. Als Deutscher begegnet man in dieser Analyse der eigenen Geschichte vom imperialen Ende 1918 und dem katastrophalen Versuch einer imperialen Auferstehung 1933-1945 sowie der immer noch nur teilweise überwundenen Homophobie.

Nicht unähnlich arabischen und anderen Völkern sehen sich die Russen gern als **Helden und Opfer** zugleich. Zum Heldentum gehört die historische Eroberung des größten Staats- und Einflussgebietes der Welt (vor 1990 16% der globalen Landoberfläche), und ganz besonders der Sieg über den Faschismus im „Großen Vaterländischen Krieg“, von der aktuellen Macht intensiv gepflegt.

Um dieses Heldenbewusstsein zu fördern, werden die Gräueltaten Stalins aus den Büchern und Klassenzimmern entfernt und die Tatsache tot geschwiegen, dass der Sieg im Weltkrieg im Wesentlichen ein angelsächsischer war, an dem die Russen Anteil hatten, nachdem sie von den Amerikanern im „Pacht- und Leihvertrag“ von 1941 üppig mit Panzern und anderen Waffen ausgestattet worden waren (siehe Wikipedia zu „Pacht- und Leihvertrag“).

Als **Opfer** sehen sich Russen nicht nur wegen Hitlers Überfall 1941 (mit dem man zuvor eine Beutegemeinschaft auf Kosten u.a. Polens und der Balten gebildet hatte), sondern zurzeit auch gern, weil sie ihre imperialistische Beute, d.h. große Teile ihres Kolonialreichs<sup>5</sup> von der Elbe bis an den Pazifik seit 1989 Stück für Stück verloren haben. Dafür dämonisiert die Regierung den „Westen“ seit einigen Jahren als „Nazi“-Bande, die Russland schaden, ja „vernichten“ will. Russen haben kein Verständnis für die Ängste ihrer Nachbarn; soweit diese slawische Sprachen sprechen, behauptet man sogar einen historischen, wenn nicht gar „heiligen“ Führungsanspruch: Moskau sei **das Dritte Rom** nach dem Untergang der beiden Reiche von Rom und Byzanz – symbolisiert durch die Caesaren-, also Zarenkrone.

Russen können das Funktionieren der Demokratie wahrscheinlich nicht verstehen; sie haben es ja auch nie erkämpft und es wurde ihnen nie beigebracht wie uns Deutschen. Es ist ihnen

---

<sup>5</sup> Lenin hat das russische Herrschaftsgebiet nach dem 1. Weltkrieg ohne Scheu, ja prahlend als zweitgrößtes Kolonialreich bezeichnet.

daher leicht zu vermitteln, dass westliche Staaten genauso funktionieren wie ihr eigenes Land, d.h. mit zentraler, letztlich alles entscheidender Macht mit lediglich dekorativer Garnierung durch Wahlen und Parlamente. Autoritärer Führungsstil wird als selbstverständlich auch als Stil des Westens, insbesondere der USA unterstellt. Dass Gerichte und Presse tatsächlich unabhängig von der Regierung arbeiten, dürfte vom „normalen Volk“ für sehr unwahrscheinlich gehalten werden. Die russische Führung, insbesondere Putin, weiß es natürlich besser – oder sollte man sagen, er könnte es besser wissen, wenn er nicht längst Opfer von **Diktatorenblindheit** ist, also überhaupt noch unangenehme Nachrichten an sich heranlässt. Auch Putin kann allerdings nicht verkennen, dass Russland international nur von solchen Machthabern ohne opportunistische Gründe unterstützt wird, die wie er ihr eigenes Volk schwer schädigen, etwa Aleksander Lukaschenko, Baschar al-Asad, Kim Jong-un, Daniel Ortega, Nicolás Maduro, Ali Chamenei, Isayas Afewerki etc. – ein wahres Horrorkabinett.

Jedenfalls ist Putin sehr interessiert, das verzerrte Bild des hass- und verachtungswürdigen Westens in der Öffentlichkeit zu stabilisieren. Russen sollen das autoritäre, ins faschistische gleitende System als selbstverständlich und alternativlos akzeptieren. Hatte das kommunistische Herrschaftssystem bis 1989 wenigstens noch ein kollektives Korrektiv für den Generalsekretär, nämlich das Politbüro, kennt Putins System schon lange keinerlei Korrektiv zur Ein-Mann-Herrschaft mehr, ist also längst hinter Chruschtschows Stalin-Kritik von 1956 zurück gefallen ist.

Russlands Weltbild ist erkennbar dem seines Präsidenten ähnlich; das macht die Symbiose des Diktators mit seinem Volk ziemlich stabil: **Russland ist allein und trotz als Helden- und Opfervolk einer feindlichen Welt.** Diese Welt steht unter amerikanischer Hegemonie und sollte daraus befreit werden. Diese Befreiung sieht man als möglich, wenn man zur Ordnung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurückkehrt, d.h. zu souveränen Imperien unter starken Führern mit Vasallen-Staaten im Gefolge. Nicht eine UNO in New York, sondern ein Kränzchen von ein paar Großen in einem „Jalta“ wie 1945 sollte das Schicksal der Welt bestimmen.

Vor dem Hintergrund von Russlands besonderer „heiliger“ Mission dürften für Putin auch in einer solchen Welten-Ordnung Verträge keine übergeordneten, sondern nur taktische Instrumente sein. Entscheidend für seine russische Politik würde weiterhin allein das russische Interesse sein, wie er es für Russlands Größe und seinen eigenen Ruhm als nützlich sieht. Rechte Dritter zählen dabei nur entsprechend ihrer militärischen Stärke.

**Leider ist aus dieser Analyse zu schließen,** dass auch das plötzliche Verschwinden Putins im Knast oder Sarg die russische Politik höchstens sehr langsam verändern dürfte. Ein Sturz Putins muss als recht unwahrscheinlich gelten – geschähe er doch, dürfte die wahrscheinlichste Putsch-Konstellation eine von Offizieren mit Unterstützung von Oligarchen sein, jedenfalls keine demokratische Erhebung. Bei aller Unwahrscheinlichkeit: schon römische Kaiser wurden von ihrer Palastwache gestürzt, so letztthin auch einige Präsidenten in der Sahelzone.

**Die Motive für einen (unwahrscheinlichen) Putsch?** Offiziere dürften Putins strategisches Versagen längst erkannt haben. Geplant war ein rascher Durchmarsch bis Odessa und Lemberg in 1 bis 2 Wochen und kein verlustreicher Stellungskrieg über mehrere Jahre am Ostrand der Ukraine. Und die Oligarchen wollen wieder das Leben überall auf der Welt auf Luxusjachten genießen und ihren Kindern und Enkeln die beste Erziehung bieten, die es im offiziell verhassten, heimlich aber bewunderten und beneideten Westen gibt.

# 3. Gelingt eine friedliche Wende zu Globaler Nachhaltigkeit?

Nach einem Vortrag am 5. März 2024 im Bonner Gewerkschaftshaus

Von Gerd Eisenbeiß, 18. März 2024

## 1. Einleitung: Die Zukunft – Utopie oder Dystopie?

Die hochrangigen Klimakonferenzen (COPs) der Weltgemeinschaft machen Hoffnung. Ihre „ambitionierten“ Beschlüsse, das menschliche Leben zu sichern, ja glücklicher zu gestalten, werden gefeiert. Dort pflegt man die Utopie, dass die Menschheit in großartiger Selbstlosigkeit solidarisch zusammenrückt, damit die Armen der Welt ein menschenwürdiges Leben führen können. Die hochrangigen Teilnehmer dieser Konferenzen aus Politik und Wissenschaft dürften ahnen, was der dazu nötige Verzicht z.B. auf aus dem Boden sprudelnde Energien, Fleisch oder bequeme individuelle Mobilität bei ihnen zuhause bedeutet, wo Verzicht ein Unwort ist.

Denn auf der anderen Seite steht die Unwahrscheinlichkeit, ja wahrscheinlich Unmöglichkeit einer Realisierung dieser Vorstellung, die in der wirklichen Natur des Menschen und der Endlichkeit des Planeten begründet liegt; denn selbst wenn radikaler Verzicht theoretisch die Grundbedürfnisse von 8 bis 10 Milliarden Menschen sichern könnte, würde dies den Zusammenbruch einer nachhaltig ausreichenden Versorgung nur hinausschieben; denn die Grenzen des Wachstums waren und sind real, die das Ehepaar Meadows vor 50 Jahren zum ersten Mal in unser Bewusstsein gebracht haben. Nachhaltig lebte die Menschheit weder damals mit 4 Milliarden und erst recht nicht heute mit 8. Außerdem ist das der Utopie zugrunde liegende Menschenbild so unrealistisch wie das von christlichen und islamischen Urgemeinden oder marxistischen Träumern. Folglich wird sich das Menschen-System in diesem Jahrzehnt auf andere, unerfreuliche Weise entwickeln – nicht weil es gar keine ökologischen Fortschritte geben wird, sondern weil diese viel zu langsam bleiben werden.

Diese Dystopie wird sich mittelfristig realisieren in einer Verkürzung des menschlichen Lebens durch Ernährungs- und Gesundheitsdefizite. Dabei nehmen die Verfügbarkeit von Wasser und Ackerböden gerade dort am meisten ab, wo arme Gesellschaften überproportional zunehmen – und das zumeist in Äquatornähe. Kriegerische Verteilungskämpfe um überlebenswichtige Ressourcen, auch Territorien, werden immer wahrscheinlicher.

Die sich verschärfende ungleiche Problemlage in äquatornahen und den gemäßigten Klimazonen führt schon heute zu einem Migrationsdruck, für den keine humanitäre Auflösung möglich erscheint – nicht in und durch liberale Demokratien und noch viel weniger durch autoritäre Regime. Eher werden die privilegierten Gemeinschaften versuchen sich abzuriegeln, dabei aber lernen, dass auch die drängenden Völker in Äquatornähe moderne Technologien und Waffen haben – von Drohnen bis Kernwaffen und von Rohstoffboykotten bis Cyberwar-Fähigkeiten. Spannungen wie die zwischen dem „Westen“ und China/Russland sowie terroristische Staaten wie Iran und Nordkorea ermöglichen die Beschaffung solcher Waffen weltweit. In den Ländern des bisher weitgehend demokratischen, liberalen Westens wird der bereits erkennbare Erfolg nationalistischer Engstirnigkeit vor diesem Hintergrund kaum gebrochen werden können. Liberale Demokratien ermöglichen es eben ihren Bürgern, ihre Interessen selbst zu definieren und zu verfolgen und an den Wahlurnen auszudrücken, und sie

favorisieren dabei immer häufiger Lügner, Angeber, Alt- und Neufaschisten des Trump-Typs. Diese profitieren in besonderer Weise von der Ablehnung des „Fremden“, (Xenophobie), einem Menschheitserbe aus uralter Zeit; die „Zivilisation“ konnte das zwar eindämmen, aber nicht beseitigen – insbesondere nicht, wenn es um Großgruppen und Massen geht und nicht um einzelne Fremde, die als Gäste zumeist sogar hoch geachtet werden.

## **2. Wie tickt der Mensch?**

Zunächst: der Mensch konnte nie viel wissen. Er war kurzsichtig in Raum und Zeit. So konnte er weitreichende Konsequenzen seines Handelns nicht bedenken.

„Was kann ich wissen?“ ist die 1. Kant'sche Frage, die erst seit kurzer Zeit ganz anders beantwortet werden kann als früher. Allerdings ist die Menschheit weit davon entfernt, das verfügbare Wissen auch zu kennen, geschweige denn in ihrem Handeln zu berücksichtigen. Da Wissen Wissen erzeugt, beschleunigt sich die Lücke zwischen möglichem Verstehen und dem, was den Menschen in seinem alltäglichen Leben beschäftigt. Selbst bei sehr informierten Menschen fallen Wissen und Handeln immer weiter auseinander. Religionsstifter ahnten das wohl, weshalb sie das Handeln normierten und nur dafür erforderliches Wissen erlaubten. Zudem ist das Wissen der Welt weder vollständig, noch als Autorität anerkannt. Falschaussagen im Internet, Verschwörungsgeschichten, Religionsgebote und Fußball-ergebnisse sind weiter verbreitet als Wahrheiten über den Zustand des Planeten und seine ökologische Zukunft. Auf die 8 Milliarden-Menschheit bezogen weiß der Durchschnittsmensch also bei Weitem nicht, was er wissen könnte. Vielmehr gilt unverändert: „Die Aufmerksamkeit der Menschen ist die knappste Ressource unserer Welt!“, um die hochintelligente Werbefachleute und die Unterhaltungsindustrie mit größerem Einsatz kämpfen als kluge Politiker und die Wissenschaft.

Aber selbst der, der zumindest ahnt, was ökologisch auf dem Spiel steht, stößt bei der 2. Kant'schen Frage „Was soll ich tun?“ auf uralte Prägungen. Die Denk- und Handlungsgewohnheiten ändern sich eben viel langsamer als der Wissensstand der Eliten.

Und man muss auch an verhaltenssteuernde ökonomische Erkenntnisse erinnern: So bin ich der Überzeugung, dass der schon historische Stern-Report (Nicholas Stern 2006) recht hatte, wenn er für genügend viele Klimaschutzmaßnahmen eine langfristige Wirtschaftlichkeit konstatierte. Nur reicht das eben nicht, weil wir alle die Zukunft rediskontieren, d.h. für jeden von uns ist ein kurzfristiger Nachteil entscheidender als ein langfristiger Vorteil (und umgekehrt), der eventuell sogar jenseits unserer Lebenszeit liegt. Diese Abwertung künftiger Vor- oder Nachteile wird unterstützt durch Vermutungen wie die folgenden: sind Zukunftsaussagen nicht immer unsicher? Wird künftiges Wissen, insbesondere der technische Fortschritt, prognostizierte Gefahren und Nachteile nicht verschwinden lassen? Den Menschen ist doch immer noch etwas eingefallen!

„Was darf ich glauben?“, die 3. Kant'sche Frage, wird zudem weithin autoritär beantwortet – oft heißt es eher „Was muss ich glauben“. Und im liberalen Westen wird das Vertrauen in wohlmeinende kenntnisreiche Eliten in und durch „soziale“ Netzwerke systematisch zerstört. Man darf auch nicht die Augen davor verschließen, dass das demokratische Spiel zwischen Opposition und Regierung immer gefährdet ist, ein hasserfüllter Krieg zu werden. Das für die Zukunft der Menschheit heilige Gut der Demokratie kann nur bewahrt werden, wenn sich die politischen Kräfte einer Gesellschaft an faire Spielregeln halten und nicht zu Mitteln eines „Kriegsrechts“ greifen, wie zurzeit z.B. in den USA oder immer noch in Polen.

## **3. Was verlangt eine nachhaltige Zukunft?**

Und von dieser Menschheit erwarten wir in der Nachhaltigkeitsdebatte, dass sie gewaltige Änderungen ihres Lebens und Minderung ihres materiellen Lebensstandards hinnimmt um ihrer Enkel und ferner Inseln willen!

Tragischerweise ist die unmittelbar spürbare Kaufkraftminderung durch Klimaschutz, Blühstreifen oder tierethische Ställe umso größer je schneller alte z.B. fossile durch neue „grüne“ Anlagen ersetzt werden, obwohl eine enorme Beschleunigung volkswirtschaftlicher Transformation erforderlich wäre. So haben wir in Deutschland, der EU und den USA durchaus beträchtliche Reduktionserfolge bei den Treibhausgasen, aber gemessen an den Reduktionsnotwendigkeiten ist alles viel zu langsam.

Und dann gibt es noch eine Eigenschaft der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategien, die uns noch viel mehr abverlangt, als nur an unsere eigene Zukunft und die unserer Enkel zu denken. Klimaschutz und Nachhaltigkeit können nur als globale Strategien erfolgreich sein. Beim Klimaschutz ist dies besonders deutlich, denn es ist ein und dieselbe Atmosphäre, in der sich die Treibhausgase verbreiten: ist da z.B. wirklich zu erwarten, dass in einzelnen Regionen CO<sub>2</sub> zu hohen Kosten aus der Atmosphäre zurückgeholt wird, während andere Regionen weitere Treibhausgase emittieren?

Ein gewaltiges Konfliktpotenzial steckt auch in den beträchtlichen Forderungen der geschädigten Regionen, die zum Raubbau am Planeten nicht beigetragen haben. Das hat die Wissenschaft auch der letzten Regierung im sogenannten globalen Süden klar gemacht, dass es die Industrieländer mit ihren Treibhausgasemissionen waren und sind, die die globale Erwärmung zu verantworten haben. Ihre Forderung ist nun nicht nur, dass die Industrieländer damit aufhören und ihnen bei der Bewältigung der schon eingetretenen Schäden helfen müssen, sondern es sind auch Forderungen nach Wiedergutmachung zu erwarten sowie Hass und Terrorismus. Es ist ja auch keine Frage, dass der Lebensstil reicher Länder weite Regionen der Erde so geschädigt hat und noch schädigt, dass die gerade dort wachsende Bevölkerung zunehmend ihre Zukunft im wohlhabenderen Norden sucht.

Dieser Norden ist aber weitgehend unwillig, Migranten aufzunehmen, am härtesten östlich der Elbe; dieser wachsende Migrationsdruck lastet zurzeit noch zu 80% auf jeweiligen Nachbarregionen im Süden, aber die Menschenströme in die Wohlstandsgebiete des atlantischen Westens von Deutschland bis Kanada werden wohl überproportional zunehmen. Und wieder müssen wir auf den Menschen schauen, jetzt den Bewohner dieser Wohlstandsgebiete; wird er diese Migration weiter akzeptieren oder gewaltsam blockieren. Dabei wird oft verkannt, wie stark die Xenophobie im Menschen verankert ist. Der zivilisatorische Firniss der Gastfreundschaft bröckelt, sobald die Immigrationszahlen ein marginales Maß übersteigen.

Es sind diese Tendenzen, eine Abschottung im Norden gegen Forderungen und Menschenströme aus dem Süden, die mich zweifeln lassen, ob die Zukunft friedlich sein wird. Es ist die Wiederholung wert, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Machtlosen von gestern heute sehr wohl im Stande sind, den Mächtigen von gestern großen Schaden zuzufügen: unzählige Länder haben Zugang zu den modernsten Waffen und verdeckter Kriegsführung im Cyberspace. Diese neue multipolare Welt wird aus vielen Gründen nicht friedlicher werden! Die Unwilligkeit der Wohlhabenden zu Solidarität wird dabei nur ein Grund sein, Wege der Gewalt und des Krieges zu beschreiten.

#### **4. Wie sind wir in dieses Schlamassel geraten?**

Das vor hunderttausenden von Jahren erwachende menschliche Hirn war zu seinem evolutionären Vorteil, Selbsterhalt und Dominanz neugierig. Das führte zu Wissenschaft, Technologie, Medizin und damit zu Produktivität und Wachstum an Menschen und Naturverbrauch. Die deutsche Sprache erlaubt zu formulieren: die Neugier führte letztlich zur Konsumgier. Da Wissen Wissen erzeugt, war diese Entwicklung explosiv wie eine E-Funktion, so bald

Wissen z.B. von den religiösen Autoritäten nicht mehr unterdrückt wurde. Das setzte ein Bevölkerungswachstum frei, das zu Hungersnöten im alten Europa und Migrationsströmen führte, die insbesondere in Amerika und Australien auf militärisch-technologisch unterlegene Völker traf, so dass deren Fast-Vernichtung innerhalb kürzester Zeit gelang. In anderen Regionen insbesondere Afrikas traf diese technisch-militärische Überlegenheit auf Klimabedingungen, die eine europäische Besiedelung weitgehend verhinderte; statt dessen begnügten sich die Europäer mit der Beherrschung der dortigen Völker und ihrer Ausbeutung. Diese technische Überlegenheit Europas (sogar gegenüber Indien und China) machte sie zugleich blind für die kulturelle Gleichwertigkeit jener Kulturen; das ist die tragische Geschichte des Kolonialismus, der nun wieder Ursache von Konflikten wird, wenn sich der Norden weigert, Migranten aufzunehmen und für die historischen Vorgänge und ökologischen Folgen zu zahlen.

Da aber 8 bis 10 Milliarden Menschen auf diesem Planeten nicht leben können wie die Völker rund um den Nordatlantik, diese aber ihren Wohlstand mit Zähnen und Klauen verteidigen werden, ist eine friedliche Zukunft schwer vorstellbar.

## **5. Klimaschutz – ein scheiternder Teil der Nachhaltigkeitsvision**

Nun ist Nachhaltigkeit wesentlich mehr als Klimaschutz; gleichwohl taugt Klimaschutz in einem zeitknappen Vortragsrahmen als Beispiel. Dass die globale Erwärmung eine große Gefahr für die Menschheit darstellt und menschengemacht ist, war manchen schon in Rio 1992 klar; Ende des letzten Jahrhunderts gab es für diese Aussage kaum noch Zweifel. So konnte 1997 das Kyoto Protokoll verabschiedet werden, trat aber erst Jahre später in Kraft.

Ein paar Daten zur Situation: derzeit werden die Treibhausgasemissionen auf ein Äquivalent von 47 Gigatonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr geschätzt, wovon 75% aus dem Energie-sektor stammen. Das vereinfachende Budgetkonzept gibt ein paar Faustregeln zur Orientierung: weitere 1000 GT werden die globale Mitteltemperatur mit 50% Wahrscheinlichkeit um etwa 0,45° erhöhen; dementsprechend werden weitere 1200 GT die Erwärmung auf über 2° bringen – jene äußerste Grenze, die sich die Staatengemeinschaft vorgegeben hat.

Schaut man auf den weiteren Verlauf der Emissionen, kann man ein Scheitern nicht leugnen. Seit 1940 zittert sich die globale Durchschnittstemperatur von etwa 0,2° Erwärmung (gegenüber dem vorindustriellen Durchschnittswert) auf jetzt vielleicht sogar 1,53°. Dieser letzte Wert mag ein Ausreißer in der Zitterkurve sein (der derzeitige Mittelwert wird auf 1,4° geschätzt), signalisiert aber, dass das in Paris 2015 (COP21) gesetzte Limit sicher überschritten wird. Dabei erwärmen sich die Kontinente überdurchschnittlich: Eurasien und Amerika um etwa 2,3°, Afrika um 1,7° (Daten von NOAA und DWD).

Über den weiteren Anstieg hinaus sind sog. Kippunkte zu befürchten, wo Veränderungen zu einer zusätzlichen Beschleunigung der Erwärmung führen, z.B. das Verschwinden von Gletschern auf Land, das Auftauen von Permafrostböden oder das Verschwinden von borealen Wäldern, Mangroven etc.

Das World Economic Forum hat die wahrscheinlichen Schäden abgeschätzt und kam dabei bis 2050 auf fast 15 Mio. Klimatote (unter anderem durch Hochwasser 8,5, Dürren 3,5 Mio.), die wirtschaftlichen Schäden wurden auf 7.000 Mrd. \$ geschätzt. Diese fast schon moderaten Folgen (man bedenke, dass jedes Jahr die Größenordnung von 100 Mio. Menschen sterben!) berücksichtigen nicht, was der Kern meiner Einschätzung ist: Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus als Folge gefährdeter Lebenschancen.

Was kann getan werden? Es steht eine Menge Technologie zur Verfügung, die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren; von besonderer Bedeutung ist dabei der Übergang von fossilen Energiequellen wie Kohle, Öl und Erdgas auf erneuerbare wie Photovoltaik, Wind- und Biomassekraftwerke. Diese liefern bisher etwa 30% der globalen Stromerzeugung; gut

60% liefern immer noch fossile Kraftwerke.

Das sieht besser aus, als es ist. Denn Sonne und Wind sind nur mit gut 10% dabei, die Biomasse, die zumeist nur auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion vermehrt eingesetzt werden könnte, liefert fast 20 Prozent. Auch die beteiligte Wasserkraft gilt nicht als wesentlich ausbaubar. Noch deprimierender: die Sektoren Verkehr, Gebäudeheizung, Metallurgie und Chemie sowie Zementindustrie laufen noch fast vollständig auf fossilen Roh- und Brennstoffen; der Weg zu ihrer Klimaneutralität führt in der Regel zur Umstellung auf erneuerbaren Strom. Dieser muss also noch viel stärker und vor allem schneller ausgebaut werden. Wir alle haben die heftigen Widerstände schon erfahren, die die Menschen gegen Windanlagen, Netzausbau und bald auch Wasserstoff-Pipelines auf die Straße und in die Arme von Populisten treiben, die versichern ein Klimaproblem gebe es gar nicht.

Es kommt hinzu, dass eine auf komplexe Stromversorgung mit Sonne und Wind angewiesene Gesellschaft keine Feinde haben sollte, die Lust und Interesse haben, zu stören und zu zerstören! Denn die Versorgungssysteme für Nahrung und Energie sind wesentlich empfindlicher als in der Vergangenheit. Wir spielen da nicht mit dem Feuer, sondern mit dem Black Out, der mit dem Stromsystem auch die übrige Versorgung zusammenbrechen lässt.

Der Weg zu den erneuerbaren Energien verspricht auch kein Ende der Knappheiten oder gar der Abhängigkeit von fernen und unsicheren Lieferanten. Alle neuen Energietechnologien, ob Photovoltaik, Wind, Batterien oder Brennstoffzellen und Wasserstoff benötigen strategische Rohstoffe, über die nur wenige Staaten verfügen, oft vor allem China: Sehr kritisch sind Iridium (für Elektrolyseure), Dysprosium (Magnete, Windanlagen, E-Fahrzeuge), Lithium (Batterien, E-Fahrzeuge). Auch kritisch: Neodym und Praseodym (Magnete, Windanlagen, E-Fahrzeuge), Kobalt und Nickel (Magnete, Batterien), Graphit (Batterien).

Mindestens so wichtige Knappheiten bedrohen die Lebensversorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser; noch stehen der Weltbevölkerung etwa 20 ha pro Kopf an Ackerland zur Verfügung, das aber wird ständig weniger wegen der Ausbreitung von Dürregebieten und Wüsten, möglicherweise auch demnächst wegen Phosphormangel, Artenschwund und Naturschutz.

Und die Benachteiligten sind wie schon ausgeführt nicht mehr wehrlos und können ihre wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen gegenüber Konkurrenten durchzusetzen, immer häufiger als Terrorismus und verdeckte Kriegsführung („surrogate warfare“). Was die schiitischen Huthis zurzeit im Roten Meer bewirken, können andere Mächte, nicht nur China, jederzeit an anderen Meerengen auslösen.

## **6. Kann so auch nur globale Klimaneutralität rechtzeitig und friedlich gelingen?**

Das war die Titelfrage: Wenn man von derzeit etwa 47 Gt CO<sub>2</sub>äquivalent ausgeht und man unrealistisch optimistisch von einer sofortigen linearen Reduktion ausging, dann würden in den etwa 25 Jahren bis 2050 noch etwa 600 Gt erlaubt sein. Nach der zitierten Faustregel entspräche das einer weiteren Erwärmung von 0,3° auf die bereits erreichten 1,4°. Verlängert sich der (unrealistisch) lineare Reduktionsprozess um 10 Jahre, würden noch über 800 Gt emittiert, also wahrscheinlich 1,8° Erwärmung erreicht. Die IPCC-Wissenschaftler rechnen natürlich mit realistischeren Reduktionsverläufen und haben im letzten Report zu Protokoll gegeben:

„Der Report bringt neue Abschätzungen der Wahrscheinlichkeiten, eine globale Erwärmung von 1,5° in den nächsten Dekaden zu überschreiten, und stellt fest, dass eine Limitierung der Erwärmung auf 1,5° oder gar 2,0°

außer Reichweite liegt, wenn nicht sofort schnelle und weitreichende Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen beginnen.“

Ich möchte im Lichte des hier Vorgetragenen behaupten, dass der einschränkende Nebensatz „wenn nicht sofort schnelle und weitreichende Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen beginnen“ aus psychologischen Gründen beigefügt wurde, um das klima-politische Engagement nicht zu entmutigen – nicht aber aus der Überzeugung, da werde ausreichend viel geschehen. China z.B. hat sich vor etwa 3 Jahren bis 2030 weiteres Emissionswachstum genehmigt und will dann bis 2060 klimaneutral sein. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass es diesen Kurs schon bis 2023 deutlich verfehlt hat, obwohl es kräftig in Sonne und Wind investiert, aber eben 2022 auch weiter 218 GW Kohlekraftwerke genehmigen musste.

Und das Resultat verfehlter Temperaturgrenzen der Erwärmung wird eine dramatische Verschlechterung der Lebenschancen der Völker und eine Ausbreitung von Konflikten und Kriegen sein.

Klimaschutz ist dabei nur ein Teil globaler Nachhaltigkeit, die ebenso wenig auf Erfolgskurs ist, wenn es um Artenvielfalt, Bodenqualität oder den Zustand der Meere geht.

## **7. Zusammenfassung:**

Die Menschheit ist nicht mehr kurzfristig in Raum und Zeit. Handlungsfolgen sind abschätzbar. Unwissen ist keine Entschuldigung mehr.

Nachhaltigkeit, Arten-, Umwelt- und Klimaschutz brauchen global gemeinsames Handeln und Solidarität. Regierungen machen zwar entsprechende Versprechungen, wissen aber, dass sich ihre Völker einschneidenden Änderung eher verweigern, auf je-den Fall wirksam bremsen – trotz lautstarker Aktivisten wo erlaubt. Darum wird viel zu langsam gehandelt – wenn überhaupt.

Globale Nachhaltigkeit scheint rechtzeitig nicht erreichbar: würde versucht, sie autoritär mit der notwendigen Geschwindigkeit erzwungen, würden die Völker sich verweigern und die Systeme unfriedlich destabilisieren. Deshalb wird es keine Regierung wagen (ob demokratisch oder autoritär), die notwendigen Transformationsprozesse mit der notwendigen Geschwindigkeit durchzusetzen. Verfehlt die Menschheit erwartungsgemäß das Ziel globaler Nachhaltigkeit in den nächsten Jahrzehnten, werden auch die internationalen Konflikte dramatisch schärfer und mit Gewalt ausgetragen werden.

8 oder gar 10 Mrd. Menschen werden nicht friedlich und gesund in eine nachhaltige Zukunft gehen; sie überfordern die Tragfähigkeit des Planeten. Zu erwarten sind also Katastrophen, Kriege, Hunger und Krankheiten und damit eine Abnahme der Weltbevölkerung, möglicherweise auf jene 2 Milliarden, wie es sie bei meiner Geburt gab.

Trotzdem – und das wurde auch in der Diskussion unterstrichen, in der es auch vereinzelt positivere, technologieoptimistische Sichtweisen gab – darf das Bemühen um Klimaschutz und die anderen Nachhaltigkeitsdefizite nicht nachlassen, um zumindest die Folgen so stark zu mildern wie irgend möglich.

## **2. Gaza und Ukraine Unrealistische Gedanken?**

Von Gerd Eisenbeiß, 4. März 2024

Offenkundig hat es diese Woche in Gazas Süden ein Massaker gegeben, bei dem israelische Soldaten auf eine palästinensische Menschenmenge geschossen haben, die sich Hilfslieferungen sichern wollte.

Soweit klar – unklar ist, warum und wo die Verantwortung für die über 100 Toten liegt. Die Forderung oder auch das Versprechen, den Vorgang „lückenlos aufzuklären“, scheint unrealistisch; keiner Seite wird zugetraut, eine Wahrheit zulasten der eigenen Seite zuzugeben oder entsprechende Fakten öffentlich zu machen.

Deshalb muss man indirekt analysieren: **wer hat welches Interesse**, die möglicherweise nicht absichtlich ausgelöste Katastrophe herbeizuführen oder im eigenen Propagandakonzept zu nutzen.

Die **Hamas** hat mit ihrem brutalen Überfall und Massenmord am 7. Oktober gezeigt, dass sie an solchen Ereignissen interessiert ist. Ihre Strategie ist erkennbar, die israelische Seite zu Reaktionen zu bringen, die ebenfalls brutale Gewalt beinhalten. Denn nur so kann die militärisch weit unterlegene Hamas die arabischen Massen und Machthaber dazu bringen, Israel anzugreifen und zu vernichten. Es ist auch klar, dass die Hamas den Gaza-Krieg sofort beenden könnte, wenn sie die Geiseln frei ließe und sich selbst nach Katar oder Istanbul absetzte. Ohne die muslimischen „Brüder“ kann sie den Krieg nicht gewinnen; wenn sie weiter kämpft, bekundet sie, dass sie das Leiden des palästinensischen Volkes für ihre politischen Ziele instrumentalisiert, die – das darf nie übersehen werden – die Ermordung von möglichst vielen Juden vorsehen, um Israel von der Landkarte löschen zu können. In diesem Konzept kommt das Massaker gerade recht. Was immer die Hamas an Erkenntnissen dazu hat, sie wird immer lügen, zumal sie damit international offensichtlich erfolgreich ist.

Israels Regierung wird ebenso lügen, wenn sie Kenntnisse hätte, dass das Massaker beabsichtigt war, und sich nicht aus einer Massenpanik heraus entwickelt hat. Aber die Interessenlage Israels ist doch anders einzuschätzen als die der Hamas; für Israel ist das Ereignis im höchsten Maße unwillkommen, peinlich und nachteilig. Es scheint keinen vernünftigen Grund dafür zu geben, Israel eine Absicht zur Tötung von hilfeschuchenden Palästinensern zu unterstellen. Im Gegenteil: Israels Regierung sieht, dass es die Hamas geschafft hat, das Land auch bei Israels Freunden immer unbeliebter zu machen – weit über das hinaus, was Netanjahu und seine rechts-radikale Regierung schon selber geleistet haben und weiter leisten. D.h. es ist völlig unwahrscheinlich, dass es sich um eine gezielte Massentötung gehandelt hat!

In Abwägung aller Aspekte dürfte es sich also um einen tragischen Zwischenfall handeln, wie er in der angespannten Situation eben passieren konnte.

### **Was hat das Ganze nun mit der Ukraine zu tun?**

Bei der Analyse der Hamas-Strategie wurde deutlich, dass alles Leid der letzten und der kommenden Monate durch Hamas-Entscheidungen beendet werden könnte. Die internationale Gemeinschaft bis hin zum Generalsekretär der Vereinten Nationen verfehlen ihre Verantwortung, wenn sie die Hamas nicht zur Aufgabe zu drängen und z.B. den Hamas-Führern ein Exil zu sichern.

So wie die Hamas durch Aufgabe das Schicksal der Gaza-Bewohner wenden könnte, stellt sich die Frage auch für die Ukraine, so bitter das ist.

Auch in der Ukraine nähert man sich einer Situation, wo der russische Eroberungssieg nicht mehr zu verhindern sein wird; zu groß sind die russischen Reserven an Soldaten, Waffen und Geld gegenüber der ausblutenden Bevölkerung der Ukraine. Auch hier stellt sich zunehmend die Frage, ob es all die Toten, Verletzten und Zerstörungen wert ist, sich weiter gegen einen so überlegenen Gegner zu wehren, der mit ungeheurer krimineller Energie alles vernichten wird, was sich ihm in den Weg stellt. Wenn die Analysen über Putins egomane Persönlichkeit und Motive einigermaßen richtig sind, wird es für ihn kein Aufgeben geben oder geben müssen, solange er herrscht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es nach der Eroberung der Ukraine auch um Moldawien gehen, das innerlich nicht durchweg anti-russisch ist (wesentliche russisch-sprachige Minderheit, zumal in Transnistrien sowie, nicht rumänisch sprechende, russophile Gagausen im Süden).

Selbst wenn Oligarchen und Militärs Putin stürzen würden, könnte kein russischer Nachfolger die Krim und den Donbass räumen, ohne von der völlig radikal-nationalistisch aufgeputschten Bevölkerung selbst gestürzt zu werden.

Daraus folgt, dass sich die ukrainische Führung und ihre Unterstützer im Westen dem Gedanken nähern sollten, die bestehende Restukraine zu einem Territorialverzicht zugunsten einer Friedensregelung zu sichern. Mehr scheint nicht mehr erreichbar – weniger könnte sonst die Folge sein, da der totale Sieg Russlands droht.

Die Tragik dieses Vergleichs Hamas – Ukraine liegt natürlich darin, dass die Hamas eine terroristische Organisation ist, die Israel überfallen hat, während die Ukraine schuldlos Opfer einer skrupellosen, terroristischen Staatsmacht ist. In beiden Fällen stellt sich schwierige Frage, wie weit Freunde gehen dürfen und sollten, auf die Aggressionsopfer Druck auszuüben, um sie vor den leidvollen, ja blutigen Folgen falsch kalkulierter Ziele zu bewahren.

**Müsste der Westen Angst haben**, nach einer Kapitulation der (Teil-)Ukraine Putins nächstes Opfer zu sein?

Ich meine kurz- und mittelfristig **Nein**. Auch Putin und seine Generäle haben gelernt, dass Russland große Schwächen hat und obendrein große Verluste aus dem letztlich planwidrig verlaufenen Eroberungskrieg gegen die Ukraine.

Die Frage nach der Sicherheit des Westens ist viel ernster diejenige, ob seine Einigkeit, d.h. im Kern die NATO, nicht viel größeren Macht- und Abschreckungsverlust vor sich hat, weil z.B. Amerika seinen Schutz Europas beendet oder Mitglieder wie die Türkei eigentlich unglaubwürdige Verteidigungspartner sind.

# 1. Was Deutschland seinen großen Zielen schuldig ist.

## Bemerkungen zur Schuldenbremse und Arbeitskräftemangel

Von Gerd Eisenbeiß, 27. Februar 2024

Vielleicht wird der ideologische Streit um die Schuldenbremse entspannt, wenn man diese nicht grundsätzlich verwirft, sondern konkret begründet modifiziert.

Das ist wichtig, weil die großen Aufgaben der nächsten beiden Jahrzehnte in Deutschland sonst nicht zu bewältigen sind – ich meine den ökologischen Umbau Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie die leider wieder notwendigen deutlich höheren Aufwendungen für die äußere Sicherheit. Man sollte Realist genug sein zu erkennen, dass beides nur durchsetzbar ist, wenn die Zumutungen an die Bevölkerung nicht in frontale Ablehnung, zerstörerische Proteste und gar die Wahl von Populisten münden sollen, die die Aufgaben schlicht als nicht notwendig diffamieren.

Was also kann man ändern, ohne das Selbstdisziplinierungsinstrument „Schuldenbremse“ zu verwerfen?

Eine kleine Parameterstudie mit einfachen Annahmen zeigt, wie verschiedene Vorgaben wirken. Das verwendete Modell unterstellt ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts BIP mit verschiedenen Durchschnittswerten bis 2045, dem Zeitraum, in dem die außerordentlichen Aufgaben erledigt sein sollten. Ferner wird die Wirkung höherer Netto-Neuverschuldungsquoten des Bundes (zurzeit 0,35%) untersucht.

Ausgangspunkt ist das BIP 2023 und die aktuell erlaubte Netto-Neuverschuldungsquote des Bundes sowie die aktuelle BIP-Verschuldungsquote von 64,4%. Unterstellt man ein BIP-Durchschnittswachstum von 1%, bzw 2% bis 2045, dann sinkt die Schuldenquote bis 2045 auf 58,6%, bzw 47,9%, also deutlich unter den EU-weit angestrebten Wert von 60%. Wüchse das BIP nur um 0,55% bliebe die Schuldenquote konstant.

Eine solche Entwicklung ist ganz und gar unnötig – ja, sie ist im EURO-Raum Ärgernis! Mit einer Schuldenbremse, die mit 0,5% mehr als 0,35% erlauben würde, steigt zwar der Schuldenberg schneller an, aber gleichwohl sinken die Schuldenquoten: bei 1% BIP-Wachstum bis 2045 auf 61,7%; bei 2% Durchschnittswachstum des BIP werden 2045 sogar 50,7% erreicht. Schon das wären Superzahlen!

Wenn man wie der Autor seit längerem eine Schulden-Obergrenze von 80 BIP% für richtiger hält als das EU-Ziel 60%, dann könnte bei unterstelltem BIP-Wachstum von 1% eine Vervielfachung der Schuldenbremse auf 1,4% zugelassen werden, bei 2% Durchschnittswachstum, sogar eine Versechsfachung auf 2,1%.

Da die Inflationsrate zwar das nominale BIP vergrößert, den bestehenden Schuldenberg jedoch nicht, sind die Fälle 2% reales Wachstum ohne Inflation im Rahmen dieser Betrachtung äquivalent dem Fall Nullwachstum mit 2% Inflation.

Die Ausschöpfung eines sehr viel größeren Kreditrahmens seitens des Bundes muss Begrenzungen des Kapitalmarktes und des Arbeitsmarktes berücksichtigen, damit keine Inflationseffekte ausgelöst werden. Der Arbeitsmarkt bestimmt, was in Deutschland geleistet werden kann. Der aktuelle Arbeitskräftemangel signalisiert eine spürbare Selbstüberforderung; Gesellschaft und Politik wollen zu viel auf einmal und damit mehr, als sie selbst leisten wollen und können. Da der Import von Arbeitskräften als Menschenimport verstanden und gestaltet werden muss, wird er wenig helfen. Die Angeworbenen und ihre Familien werden ja zusätzliche Wohnungen, Kindergärten, Schulen und Ärzte brauchen und wegen der Sprachprobleme sowie kultureller Andersartigkeit auch darüber hinaus personalintensive Betreuung. Notwendig erscheint daher für die beiden kritischen Jahrzehnte ein Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und eine gezielte Aktivierung arbeitsfähiger, in Deutschland lebender Menschen in Deutschland, also inklusive derjenigen Ausländer, die aus anderen Gründen nun einmal bei uns sind. Wahrscheinlich sollte auch auf eine Reduzierung des nationalen Leistungsbilanz-

Überschusses (2022: 160 Mrd. €) hingewirkt werden, d.h. mehr Import von Gütern, die den Hauptzielen ökologischer und äußerer Sicherheit dienen. Sehr wünschenswert wäre natürlich auch ein Verzicht auf filigrane Gerechtigkeitsdetails, die als Bürokratie empfunden werden, da sie sowohl beim Staat wie auch bei Unternehmen und Bürgern unverhältnismäßig viel Arbeitskapazität in Anspruch nehmen.

Abschließend nochmals zum politischen Sinn der Studie und ihres Ergebnisses: Deutschland will zugunsten künftiger Generationen bis 2045 ökologisch ehrgeizige Ziele in sozialem und äußeren Frieden erreichen und benötigt dafür größeren Kreditspielraum, um die notwendigen Maßnahmen sozial abzufedern. Ein neuer Zielwert der Schuldenbremse, nämlich 80% statt 60% BIP würde jährlich das 4 bis 6fache an Neukrediten (quantitativ statt 14-20 bis zu 90-130 Mrd. €) erlauben. Das wäre sinnvoll, weil das Scheitern der Sicherheits-, Umwelt- und Klimapolitik wegen mangelnder sozialer Akzeptanz die künftigen Generationen schwerer treffen wird, als ein staatliches Schuldenniveau von 80%, das international kaum ein anderer Staat aufweist.